

Preussische Allgemeine



Nr. 7 · 14. Februar 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Trümmer einer Volkspartei

Die CDU nach dem Drama von Erfurt und dem Rücktritt ihrer Vorsitzenden Kramp-Karrenbauer **Seite 3**



Nahostkonflikt Donald Trumps „Deal des Jahrhunderts“ **Seite 6**



Geschichte Der Bombenangriff auf Dresden vor 75 Jahren **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Ramelow und seine Genossen

Sollte die CDU 30 Jahre nach der Einheit noch immer eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei verweigern? Bei der Beantwortung dieser Frage wird gern auf Bodo Ramelow verwiesen. Dieser, so heißt es allerorten, sei doch kein Radikaler, sondern im Grunde ein liberaler Sozialdemokrat. Somit könne doch auch die von ihm geführte Linke in Thüringen kein Problem sein.

Ein Blick auf das Führungspersonal der Linken im Lande sagt jedoch etwas anderes. Von den fünf Ministern des bisherigen Kabinetts Ramelow haben vier eine SED-Vergangenheit. So trat Birgit Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, 1977 in die Partei ein. Von 1983 bis 1988 war sie Mitarbeiterin der Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ), danach bis zur „Wende“ der SED-Kreisleitung. Birgit Klauert, bis 2017 Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, wurde 1974 Mitglied der SED. Ihr Nachfolger Helmut Holter trat 1973 der Partei bei. 1985 begann er ein Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau, das er 1987 als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler abschloss. Die Jüngste im Bunde ist Heike Werner. Sie trat 1988 in die SED ein und zeigte als Gründungsmitglied der Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke“, dass sie auch nach dem Untergang der DDR dem Kommunismus treu ergeben war.

Es wäre sicher unredlich, den Genannten ein Leben lang ihre Mitgliedschaft in der SED anzulasten. Doch belegt diese Ministerriege eindrucksvoll, wo die Linkspartei auch 30 Jahre nach der „Wende“ noch immer tief verwurzelt ist. *neh*

THÜRINGEN

Das Ausmaß des Schadens ist kaum zu ermessen

Der Berliner Eingriff nach der demokratischen Ministerpräsidentenwahl in Erfurt hat das Vertrauen vieler Bürger in den Staat massiv untergraben

VON HANS HECKEL

Das ganze Ausmaß des Schadens, der durch die Vorgänge um die Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen angedeutet wurde, wird erst mit einigem zeitlichen Abstand zu ermessen sein. Eine aggressive Einheitsfront, die von der gewalttätigen Antifa über etablierte Parteien und tonangebende Medien bis zum Kanzleramt reicht, hat einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten von der FDP aus dem Amt gejagt.

Der Vorgang ist eine Steilvorlage für all jene, die schon länger behaupten, die deutsche Demokratie der Gegenwart sei bloß noch eine Fassade, welche die Bürger über deren faktische Machtlosigkeit hinwegtäuschen soll. Die angebliche Konkurrenz unter den etablierten Parteien sei reines Theater, um den Wählern vorzugaukeln, sie hätten die Wahl. Und je mehr Deutsche diesem Betrug auf die Schliche kämen, desto schärfer würde das Volk per Gesinnungsdiktatur unter der Knute gehalten. Sobald aber bei dieser schlechten Komödie wirklich mal etwas nicht so laufe, wie es sich die „Eliten“ wünschten, würde knallhart gegen demokratische Entscheidungen durchgegriffen.

Wer es wollte, konnte diese Radikalkritik anhand der Vorgänge in Erfurt (und Berlin) bestätigt sehen. FDP-Chef Christian Lindner goss, von Hilflosigkeit

getrieben, noch Öl ins Feuer. Die Kandidatur seines Parteifreunds Thomas Kemmerich sei doch nur als „Statement“ gemeint gewesen, damit nicht der Eindruck entstehe, aus der politischen Mitte trete gar niemand an.

Demnach haben die Liberalen gar nicht ernsthaft die Absicht gehegt, Bodo Ramelow von der Linkspartei zu besiegen. Es sollte nur so oder so ähnlich aussehen. Genau das aber ist es, was die scharfen Kritiker der derzeitigen deutschen Zustände meinen, wenn sie von „Fassadendemokratie“ sprechen.

Doch selbst, wer in seiner Kritik längst nicht so weit geht, kann die beunruhigende Schiefelage nicht übersehen, in welche die Republik geraten ist; eine Schiefelage, die sich anhand der Thüringer Ereignisse drastisch offenbart hat. Kanzlerin Merkel spricht (wie meist) kaum selbst aus, was sie umtreibt, sondern lässt ihre engsten Anhänger an die Öffentlichkeit treten.

Etwas den Kieler CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther, der eine Öffnung seiner Partei zur umgetauften SED empfiehlt, während sich andere Merkelianer in Verdikten gegen die AfD überschlagen: „Nazis“, „Faschisten“ etc. Die „Beweisführung“ für derlei Aburteilungen verläuft nach dem immergleichen Schema: Einzelne, besonders pittoreske Repräsentanten der Blauen werden herausgegriffen oder (oft uralte und missverständliche oder bewusst missverständene) Zitate in

Endlosschleife wiederholt. Völlig ausgeblendet wird dagegen, aus welchen Gesellschaftsschichten sich AfD-Politiker und Anhänger in ihrer großen Mehrheit rekrutieren, nämlich aus der bürgerlichen Stammklientel, die früher bei Union, FDP und auch SPD fest beheimatet war.

Diese Menschen fürchten, dass mit Euro, Grenzöffnung, dem Niedergang von öffentlicher Ordnung, Sicherheit und Infrastruktur und etlichem mehr der Staat und die Heimat in Gefahr geraten, für die ihr Herz schlägt und denen ihre Loyalität gehört. Sie sind das Gegenteil destruktiver „Umstürzler“.

Dafür sehen sie sich beispiellosen Attacken ausgesetzt, die nun, nach den Vorgängen in Thüringen, erstmals auch FDP-Politiker und Einrichtungen in ganz Deutschland getroffen haben. Gleichzeitig werden sie von den tonangebenden Kräften auch in Union und FDP in brachialer Weise an den Rand gedrängt, während der Merkel-Flügel der Union immer näher an eine Partei heranrückt, die eine „Kommunistische Plattform“ in ihren Reihen beheimatet und deren Verbindungen in die düsteren Kreise der Antifa bekannt sind.

Doch nichts währt ewig, auch keine Schiefelage. Das bürgerliche Lager, das derzeit in Trümmer gelegt wird, wird sich regenerieren. Es ist nur die Frage, welche Parteien bei der Wiederauferstehung dabei sein werden – und welche nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Ankara will in Deutschland eigene Schulen gründen **Seite 4**

Kultur

Ausstellung über Verschwörungstheorien im Kloster Dalheim **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Allenstein erhält einen Verkehrsverbund **Seite 13**

Lebensstil

An der Zubereitungsart des Kaffees erkennt man nationale Unterschiede **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de



4 191814 302902 07
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Direkte Demokratie Vor dem Hintergrund der Thüringer Ereignisse kam unter anderem die Idee auf, die Bürger stärker unmittelbar an der politischen Willensbildung zu beteiligen

Eine Option mit Hindernissen

Die Hürden für Volksentscheide sind in Deutschland traditionell sehr hoch

VON DIRK PELSTER

Wer in Deutschland ein Volksbegehren einleiten möchte, der steht vor einer nahezu unüberwindlichen Aufgabe. Zumeist muss er eine riesige Zahl von Unterstützungsunterschriften innerhalb eines sehr kurzen bemessenen Zeitraums sammeln. In einigen Bundesländern reicht es dabei nicht aus, von Tür zu Tür zu ziehen, um sich von seinen Nachbarn ein Formblatt mit dem Antragstext gegenzeichnen zu lassen, sondern die Unterschriften müssen auf einer Amtsstube geleistet werden. Entsprechend gering fällt die Bereitschaft der Mitbürger aus, sich derartigen Mühen zu unterziehen. Sollte das Vorhaben dauerhaft Haushaltsmittel binden, so muss weiterhin ein Plan vorgelegt werden, der ausweist, an welchen Stellen Kosten eingespart werden, um das Projekt zu finanzieren. Ein solcher Aufwand kann allenfalls auf kommunaler Ebene oder von extrem großen Organisationen erfolgreich geleistet werden. Gelingt dies ausnahmsweise, so sehen die Vorschriften zur Volksgesetzgebung in den einzelnen Bundesländern zumeist noch vor, dass bei einem anschließenden Volksentscheid ein bestimmtes Quorum der abgegebenen Stimmen erreicht wird. Dies ist ebenfalls schwierig, denn nicht jeder Bürger interessiert sich in gleichem Maße für die zur Abstimmung gestellte Frage. Jemand, der selbst in Bielefeld lebt, nimmt möglicherweise nur geringen Anteil daran, dass in der Eifel ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden soll.

Formale Hürden

Neben diesen bewusst hochgehängten formalen Hürden gibt es jedoch noch weitere Hindernisse, um eine Beteiligung der Bürger niedrig zu halten. Im föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik berühren wichtige politische Fragen in der Regel nicht nur das Land, in dem die Abstimmung erfolgen soll. Als die Berliner Initiative zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegel das formale Verfahren erfolgreich durchlaufen hatte, verkauften die Politiker in Bund und Ländern den verdutzten Berlinern, dass eine Schließung ihres beliebten Flughafens trotz des beeindruckenden Ergebnisses des entgegen-



Lang und beschwerlich ist in Deutschland der Weg zum Volksentscheid: Aktivisten der Initiative „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jetzt verbindlich machen – Mehr Demokratie vor Ort“ stehen mit 14.023 gesammelten Unterschriften im Foyer des Hamburger Rathauses, um sie an die Senatskanzlei zu übergeben

Foto: pa

genstehenden Referendums dennoch erforderlich sei, da entsprechende Vereinbarungen mit dem Bund und dem Land Brandenburg eine Abwicklung des Verkehrsknotenpunkts verlangten, sobald der Flughafen Berlin Brandenburg „Willy

Brandt“ in Schönefeld irgendwann einmal seine Pforten öffnen sollte.

Ähnliches erlebten die Schweizer, die in einer Volksabstimmung im Jahr 2010 für die Ausschaffung, sprich Abschiebung, krimineller Ausländer votierten. Obwohl

die Eidgenossen nicht in der EU sind, traten die Brüsseler Kommissare auf den Plan und drohten erfolgreich damit, das mit der Schweiz geschlossene Abkommen über die Personenfreizügigkeit gänzlich zu kündigen. Die Drohung war erfolgreich und der Ausschaffungsinitiative deshalb nur ein Teilerfolg beschieden. Noch heute kann die Schweiz straffällig gewordene EU-Bürger nicht einfach ausweisen, ohne damit gegen ein internationales Abkommen zu verstoßen.

Verträge wider den Bürgerwillen

Im EU-Mitglied Bundesrepublik ist die Abhängigkeit von Brüssel umso größer. Der größte Teil der im Bundestag verabschiedeten Gesetze besteht heute schon nur noch aus der Umsetzung Brüsseler Vorgaben. Es wird sich daher bei fast jeder wichtigen politischen Frage eine EU-Richtlinie finden, die einem Volksbegehren entgegensteht und über das folglich nach EU-Recht gar nicht erst abgestimmt werden darf.

Kurzporträts



Ralf-Uwe Beck ist Vorstandsvorsitzender des Vereins „Mehr Demokratie“, der sich für direkte Bürgerbeteiligung und Wahlrechtsreformen einsetzt



Susanne Fürst stellte in Österreichs Nationalrat einen FPÖ-Gesetzesentwurf zur Absenkung der Anforderungen für die Einleitung von Volksbegehren vor



Ministerpräsident **Michael Kretschmer** hat im letzten Landtagswahlkampf mehrere Vorstöße zur Stärkung der direkten Demokratie in Sachsen gewagt

HISTORISCHER HINTERGRUND

Eine lästige Konkurrenz für die Parteien

Warum die Bundesrepublik eine indirekte Demokratie ist

Wenn in der Bundesrepublik der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung des Volkes an den Prozessen der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung laut wird, dann treffen solche Forderungen auf Widerstand oder zumindest erhebliche Vorbehalte der Parteien. Der bislang aussichtsreichste Gesetzesentwurf zur Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene wurde von der Regierung unter Gerhard Schröder 2002 vorgelegt, scheiterte jedoch am Widerstand der CDU.

Einfluss der westalliierten Besatzer

Aber auch die rot-grüne Koalition stand einer bedingungslosen Mitbestimmung

des Souveräns eher skeptisch gegenüber. So enthielt die im Bundestag eingebrachte Vorlage mehrere Einschränkungen. Etwa durfte kein Volksbegehren über die

Wiedereinführung der Todesstrafe oder über eine nachteilige Veränderung der Stellung von Bundestagsabgeordneten eingeleitet werden.

Vorbehalte gegenüber dem Volk

Diese Distanz zur Volksgesetzgebung erklärt sich historisch. Innerhalb der von den Alliierten nach 1945 wieder zugelassenen Parteien bestand seit Anbeginn der Bundesrepublik ein tief empfundenes Ressentiment gegenüber dem Wahlvolk, ging man doch davon aus, dass charismatische Populisten, wie einst Adolf Hitler, sich über den Weg der Volksabstimmung erneut hinter die Schalthebel der Macht setzen könnten, um die Demokratie aus-

In den Besatzungszonen hatten die Besatzer mehr Vertrauen zu den Politikern als zu den Besetzten

Theodor Heuss, der Hitler im Reichstag den Weg ebnete, lehnte Plebiszite als „Prämien für Demagogen“ ab

zuhören. Es war der spätere Bundespräsident Theodor Heuß, der sich im Parlamentarischen Rat gegen die Aufnahme von Plebisziten in das Grundgesetz

wandte und diese als „Prämie für jeden Demagogen“ bezeichnete. Tatsächlich hatte jedoch die Mehrheit der Abgeordneten des Reichstages 1933 das Ermächtigungsgesetz durchgewinkt und den Nationalsozialisten die uneingeschränkte Macht in Deutschland zu Füßen gelegt. Auch Heuß selbst votierte damals für die Aufhebung der Demokratie.

In Ablehnung dieses Faktums werteten die Väter des Grundgesetzes die Parteien in ihrer Bedeutung erheblich auf. Ihre Vertreter sehen in der Möglichkeit einer Volksabstimmung eine lästige Konkurrenz, die ihren Einfluss auf die Geschichte des Landes erheblich begrenzen könnte.

DEUTSCHLAND

Ein Vergleich zwischen Ost und West

Rasch nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Siegermächte in Ost und West damit, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands staatlich ihren Vorstellungen entsprechend neu zu ordnen. Ein ausgerufenes Ziel war dabei die Demokratisierung des unterworfenen Landes.

Territoriale Neugliederung

In den großteils künstlich geschaffenen Ländern setzten unter strenger Reglementierung der Alliierten verfassungsgebende Prozesse ein. Bei den Debatten um die jeweiligen Landesverfassungen spielte die Frage über direkt-demokratische Mitbestimmungselemente zunächst eine bedeutende Rolle. Allerdings hing man die Voraussetzungen für die Einleitung von Volksentscheiden so hoch, dass sie praktisch weitestgehend bedeutungslos blieben. Auch über die Landesverfassungen selbst durften die Deutschen nur in acht Fällen selbst abstimmen.

Ausbau der Parteienmacht

Das später erarbeitete Grundgesetz kennt ein Plebiszit nur im Falle einer territorialen Neugliederung des Bundesgebietes, wie es etwa 1996 bei der gescheiterten Abstimmung über die Zusammenlegung von Brandenburg und Berlin durchgeführt wurde. In der ersten Verfassung der DDR stand man Volksabstimmungen zumindest pro forma wesentlich aufgeschlossener gegenüber, auch wenn die Deutschen dort nur insgesamt einmal an die Urnen gerufen wurden, um genau jene Verfassung wieder zu ersetzen.

Im Westen konnten die politischen Parteien derweil ihre Macht immer weiter ausbauen. Sie zeigten nur wenig Interesse daran, ihre Position durch die alternative Möglichkeit einer Volksgesetzgebung gefährden zu lassen. Nach dem Beitritt der DDR zum Bundesgebiet kam zwar neue Bewegung in die erstarrte Debatte und heute bestehen in fast allen Landesverfassungen direkt-demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Jedoch sind die Erfordernisse weiterhin so hoch, dass sie praktisch keine Relevanz besitzen.

D.P.

Eine Volkspartei am Abgrund

Wenige Tage nach den Ereignissen von Thüringen haben die Erschütterungswellen die Bundespolitik erreicht. Der Rücktritt der CDU-Vorsitzenden offenbart die tiefe Verunsicherung der größten Regierungspartei

VON RENÉ NEHRING

Die Erschütterung ist groß und nachhaltig. Seitdem in der vergangenen Woche der Liberale Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD zum thüringischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, versuchen CDU und FDP, möglichst hohe Dämme zur Alternative für Deutschland zu errichten und jegliche Zusammenarbeit mit ihr auszuschließen. Mit zum Teil schrillen Tönen weisen sie sich zudem die Schuld für die entstandene Lage zu. Mit dem Rückzug Annegret Kramp-Karrenbauers vom Amt der CDU-Vorsitzenden ist aus einem lokalen Ereignis eine veritable Krise der gesamten Republik geworden.

In der Aufregung der vergangenen Tage blieb freilich eine bedeutsame Frage unberücksichtigt: Wie konnte es überhaupt zu den Erfurter Verhältnissen kommen? Wie konnte es insbesondere dazu kommen, dass die thüringische CDU, die seit der Gründung des Freistaates 1990 lange stabil über 40 Prozent der Wählerstimmen eingefahren hatte und mit Bernhard Vogel 1999 sogar die absolute Mehrheit gewann, bei den Landtagswahlen im Herbst des vergangenen Jahres nur noch 21,8 Prozent erzielte?

Noch bei der Landtagswahl 2014 waren die Christdemokraten mit 33,5 Prozent stärkste Kraft geworden, mit über 5 Prozent Vorsprung vor den Linken. Diese Wahl fand jedoch vor der migrationspolitischen Wende von Bundeskanzlerin Merkel im Sommer 2015 statt. Seit jenen schicksalhaften Tagen hat die Union – einschließlich der CSU – bei nahezu allen Wahlen dramatisch an Zustimmung verloren: 2016 in Baden-Württemberg 12,0 Prozent, 2017 bei der Bundestagswahl 8,6 Prozent, 2018 bei den Landtagswahlen in Bayern 10,5 Prozent und in Hessen 11,3 Prozent sowie 2019 bei der Wahl zum Europäischen Parlament 7,5 Prozent, bei der Landtagswahl in Sachsen 7,3 Prozent und eben in Thüringen 11,8 Prozent.

Niedergang ohne Folgen

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Verantwortung für den Zustand der CDU keineswegs in Erfurt liegt, sondern in Berlin. Normalerweise würde eine solch verheerende Entwicklung ernsthafte Debatten über den Kurs der Partei und das Spitzenpersonal auslösen. Als die SPD im Frühjahr 2005 ihr traditionell wichtigstes Land Nordrhein-Westfalen verlor, stellte deren Bundeskanzler Gerhard Schröder sofort die Vertrauensfrage, um diese Dynamik gar nicht erst in Gang geraten zu lassen.

Nicht jedoch bei der CDU unserer Tage. Hier konnte Angela Merkel, die in den letzten 20 Jahren – zunächst als Partei- und Fraktionsvorsitzende, dann als Bundeskanzlerin – wie niemand sonst den Kurs der Partei geprägt hat, trotz aller Wahlniederlagen einfach weitermachen. Zwar legte sie vor anderthalb Jahren den Vorsitz ihrer Partei nieder, doch wagte es bisher keiner zu fordern, dass Merkel auch ihr Amt als Bundeskanzlerin niederlegen müsse, um der Union einen echten Neuanfang zu ermöglichen.

Diese Zurückhaltung ist mehr als erstaunlich. Denn die Stimmenverluste der Union unter der Ägide Angela Merkels kamen ja nicht aus heiterem Himmel, sondern gingen einher mit fundamentalen Kursänderungen auf grundlegenden Politikfeldern: zum Beispiel in der Energiepolitik, im Verkehrswesen (Stichwort: Diesel) und in der Migrationspolitik, die wiederum dramatische Folgen für die innere Sicherheit hatte. Auf diesen und anderen Gebieten gab die Partei nach und nach klassische Grundsätze auf und näherte sich – mit dem Ziel einer neuen Koalitionsoption – insbesondere den Grünen als potenziellem Partner an.

Um so bemerkenswerter ist, wie treu die CDU mit ihren hunderttausenden Mitgliedern und tausenden Mandatsträgern auf allen Ebe-



Machte den Weg frei für eine Neuausrichtung ihrer Partei: die scheidende CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer

Foto: imago images/Reiner Zensen

nen des Staates der Kanzlerin auf deren Weg der programmatischen Entkernung folgte und dabei wacker eine Wahlklatz nach der anderen erduldet. Selbst als sich nach der Bundestagswahl 2017 die Freien Demokraten einer Regierungsbeteiligung verweigerten, weil sie keine Lust hatten, nur der lästige Mehrheitsbeschaffer in einem eigentlich schwarz-grünen Bündnis zu sein, gab es keinerlei Nachdenken darüber, ob der Kurs der Partei noch der richtige ist, wenn sich der jahrzehntelange natürliche Koalitionspartner abwendet.

Ebenso folgenlos blieben lange Zeit die Gründung der AfD und deren rasante Wahlerfolge, obwohl gerade diese dokumentierten, dass sich nicht nur geringe Teile des Bürgertums von der Union abgewendet haben, sondern Millionen Wähler. Anstatt in sich zu gehen und zu fragen, wie diese verprellten Bürger wieder zurückzugewinnen wären, ließen die Kanzlerin und ihre Getreuen die Wirtschaftsliberalen und Konservativen einfach ziehen und rückten noch ein Stückchen weiter zu den Grünen und Sozialdemokraten hinüber. Solange die CDU nach den jeweiligen Wahlen noch eine Regierungsbeteiligung erreichen konnte, blieb die Welt in Ordnung.

Ende einer Entwicklung

Mit Thüringen ist dieser Weg nun an ein Ende gekommen. In einem Bundesland, in dem die CDU lange Zeit so etwas wie die Staatspartei war, ist sie nur noch hilflose Getriebene. Die Parteien links und rechts von der Mitte geben nicht nur den Ton an – sie sind inzwischen die eigentlichen Gestalter der politischen Ereignisse. Die Kraft der Union reicht offenkundig nur noch aus, um – mit der ganzen Autorität des Kanzleramtes – die Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten zu torpedieren und ihn zum Rücktritt zu nötigen. Eine positive Gestaltungsoption hat sie nicht mehr.

Natürlich lässt sich einwenden, dass Thüringen nur ein einzelnes Bundesland ist. Doch zeigt das Schicksal des sozialdemokratischen Koalitionspartners, wie schnell aus einem vermeintlichen Ausrutscher ein Dauerzustand werden kann. 1999 stürzten die Genossen im Nachbarland Sachsen auf 10,7 Prozent ab, inzwischen sind sie auch auf Bundesebene fast

auf diesem Niveau angekommen. Zudem zeigen auch die oben genannten Ergebnisse in den anderen Ländern einen deutlichen Trend.

Die Vorgänge in Thüringen und die Reaktionen darauf offenbaren nicht zuletzt auch die personellen Schwächen an der gegenwärtigen Spitze der Union. Natürlich sollte man sich vor historischen Vergleichen hüten, da diese zumeist hinken: Aber die führenden Köpfe von CDU und CSU vergangener Tage liefen oftmals erst richtig zu Hochform auf, wenn sie unter öffentlichem Druck standen. Als Konrad Adenauer 1952 mit den westlichen Besatzungsmächten den Bonner Vertrag über die Teilsouveränität der Bundesrepublik abschloss, erfuhr auch er von der damaligen Linken und der Presse vollen Gegenwind – und reagierte mit der legendären Formel: „Wir stehen vor der Wahl zwischen Sklaverei und Freiheit. Wir wählen die Freiheit!“ Als die sozialliberale Koalition in den 70er Jahren mit den Ostverträgen eine abschließende Antwort auf die offene deutsche Frage geben wollte, zog die bayerische Staatsregierung unter Franz Josef Strauß vor das Bundesverfassungsgericht und bewirkte, dass das Ziel der staatlichen Einheit Deutschlands nicht aufgegeben werden durfte. Und als 1982/83 hunderttausende gegen die Nachrüstungspolitik der NATO demonstrierten, beugte sich der frisch gewählte Kanzler Helmut Kohl (weshalb sein sozialdemokratischer Vorgänger Helmut Schmidt) keinesfalls dem enormen Druck der „Friedensbewegung“.

Geradezu legendär war auch Kohls Auftreten 1991 in Halle, als er von Jusos mit Eiern beworfen wurde und sich nicht hinter seinen Leibwächtern versteckte, sondern direkt auf die pöbelnden Demonstranten losging. Heute reichen ein paar linke Demonstranten vor dem Thüringer Landtag und ein paar Zwischenrufe des politischen Gegners – und die Kanzlerin dekretiert von Südafrika aus, dass die Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit den Stimmen der CDU ein „unverzeihlicher“ Fehler sei und deshalb „rückgängig gemacht werden muss“, weil der Mann der Mitte Stimmen von der falschen Seite bekommen hatte.

Der Vergleich zu Kohl ist auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Während der alte

Vor allem muss der Neue schnellstmöglich einen Wechsel im Kanzleramt herbeiführen. Ansonsten wird auch er wie AKK ein König ohne Land sein

Kanzler fast jede große Rede mit den Worten „Gott schütze unser deutsches Vaterland!“ beendete – unter anderem kurz vor Weihnachten 1989 in Dresden –, nahm seine Nachfolgerin am Abend der Bundestagswahl 2013 dem braven Parteisoldaten Hermann Gröhe die Deutschlandfahne aus der Hand, die jener jubelnd über das Wahlergebnis auf die Bühne des Adenauer-Hauses mitgebracht hatte. Wohlgermerkt: die schwarz-rot-goldene Flagge, die noch immer die offizielle Flagge der Bundesrepublik Deutschland ist. Derlei Geste sagen mehr als alle Parteiprogramme.

Ausblick

Wie sehr sich in der Ära Merkel die Koordinaten der CDU verschoben haben, zeigt nicht zuletzt der Umgang mit der Werteunion. Anstatt froh darüber zu sein, dass es nach der Gründung der AfD noch eine Gliederung gibt, die den verbliebenen Konservativen eine Heimat innerhalb der Partei bietet, wird die Werteunion verbissen bekämpft; zum Teil mit einem Vokabular („Krebsgeschwür“, Elmar Brok und Annette Widmann-Mauz), das an die schlimmsten Zeiten der jüngeren deutschen Geschichte erinnert.

Wer auch immer das Erbe von Angela Merkel und Annegret Kramp-Karrenbauer antreten wird, steht vor einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Er – zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurden nur männliche Kandidaten genannt – muss einerseits die verprellten Konservativen und Wirtschaftsliberalen zurückgewinnen und zugleich verhindern, dass auf der anderen Seite des politischen Spektrums Wähler zu den Grünen oder der SPD abwandern. Es geht also weniger darum, nach „rechts“ oder „links“ zu rücken, sondern überhaupt erst einmal wieder eine Glaubwürdigkeit zu gewinnen, die den Wählern verschiedenster Richtungen eine Orientierung bietet.

Vor allem muss der Neue schnellstmöglich einen Wechsel im Kanzleramt herbeiführen. Ansonsten wird auch er wie AKK ein König ohne Land sein, den die Kanzlerin jederzeit mit ihrer Richtlinienkompetenz in die Parade fahren kann. Dann wird für die Union alles beim alten bleiben – was bedeutet, dass es für sie weiter nach unten gehen wird.

MELDUNGEN

Zweiter Wahlgang

Leipzig – Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig war Amtsinhaber Burkhard Jung (SPD) mit nur 29,8 Prozent seinem christdemokratischen Herausforderer, dem sächsischen Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow, mit 31,6 Prozent unterlegen gewesen. Durch den Verzicht der Kandidaten von Linkspartei und Grünen sind die Chancen Jungs im zweiten Wahlgang aber deutlich größer geworden. Franziska Riekewald (Linke) empfahl ihren mehr als 30000 Wählern, im zweiten Durchgang am 1. März für Jung zu stimmen. Gerade nach den Wahlvorgängen im Erfurter Landtag gelte es, klare Kante gegen Rechts zu zeigen: „Verhindern wir ein zweites Thüringen.“ Auch die Grünen-Kandidatin Katharina Kreft, die wie die Linke auf ein zweistelliges Ergebnis gekommen war, verzichtet und rief zur Wahl Jungs auf. Aus dem Rennen ist auch AfD-Kandidat Christoph Neumann, der knapp neun Prozent erzielte und auf eine Wahlempfehlung verzichtete. P.E.

Zweifel an Messverfahren

Frankfurt am Main – Die Qualitätsgemeinschaft für nachhaltige Düngung und Ressourcenschutz (QDR) zweifelt am Messverfahren zur Ermittlung des Nitratgehalts im Grundwasser. Laut dem QDR-Vertreter Alexander Neumann bildet das deutsche Messnetz die Nitrat-Belastungssituation nicht repräsentativ ab, sodass die von Deutschland an die EU gemeldeten Nitratwerte im Grundwasser weit über den tatsächlichen Werten in landwirtschaftlichen Gebieten liegen. Aus Sicht des Agraringenieurs beruhen die für den EU-Nitratbericht relevanten Daten nur auf einem dünnen Netz von vergleichsweise wenigen Messpunkten. Einige Messpunkte würden zudem nicht einmal in landwirtschaftlich genutzten Flächen liegen. Die EU-Kommission hatte Deutschland wegen zu hoher Nitratwerte im Jahr 2018 beim Europäischen Gerichtshof verklagt und Recht erhalten. Um hohe Strafzahlungen an die EU abzuwenden, muss Deutschland bis zum Juli eine neue Düngeverordnung implementieren. N.H.

Zügige Bearbeitung

Berlin – Nach Informationen des Bundesverwaltungsamts (BVA) wurden bereits 90 Prozent der Anträge auf eine Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter bearbeitet. Bis Ende vergangenen Jahres wurden demnach von insgesamt 46698 Anträgen 41840 abschließend begutachtet. Eine Bewilligung der Anerkennungsleistung erhielten 35582 der Antragsteller, 5305 wurden bisher abgelehnt. Weitere 4858 Anträge stehen noch zur Prüfung an. Das BVA ist um eine zügige Bearbeitung bemüht, da die Antragsteller in der Regel über 80 Jahre alt sind. Bernd Fabritius, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, lobte die Empathie der Mitarbeiter des BVA. Er hofft, noch in diesem Jahr den letzten Anerkennungsbescheid überreichen zu können. MRK



Nach den Auftritten auf Großveranstaltungen während seines letzten Deutschlandbesuchs möchte Erdogan nun auch mit eigenen Auslandsschulen Deutschlands Türken indoktrinieren: Der türkische Präsident und AKP-Vorsitzende in der Kölner Lanxess-Arena
Foto: pa

SCHULPOLITIK

Paralleles Schulsystem à la Erdogan

Ankara will in Deutschland eigene Schulen gründen – Kritiker fürchten Behinderung der Integration

VON BODO BOST

Die Neo-Osmanisierung der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan beinhaltet auch ein weitgehendes neosomanisches Bildungsprogramm, dessen Ziel die Einflussnahme auf junge, türkischstämmige Menschen auch im Ausland ist. Deshalb hat die Türkei bereits seit Langem Schritte zur Einführung ihres Schulsystems auch in Deutschland ergriffen. Im April letzten Jahres wurde eine gemeinnützige Gesellschaft, eine Tochter der türkischen Maarif-Stiftung, in Köln gegründet und ins Handelsregister eingetragen. Diese Maarif-Foundation ist weltweit dafür zuständig, in der Diaspora die Bildungspolitik im Sinne der Erdogan-Partei AKP auszurichten.

Sorge um eigene Auslandsschulen

Ein Grundkonflikt mit dem deutschen Schulrecht scheint programmiert, denn für alle Schulen in Deutschland gilt deutsche Schulaufsicht. Allerdings wird es eine deutsche Schulaufsicht kaum wagen, gegen eine türkische Auslandsschule disziplinarisch vorzugehen und sie zu schließen, weil dies auch die drei deutschen

Schulen in der Türkei treffen würde und wegen der in Deutschland lebenden 3,5 Millionen Türken. Ein solcher Konflikt hätte zudem sicher auch außenpolitische Implikationen.

Mit den drei deutschen Auslandsschulen in der Türkei, um die es schon seit Jahren vermehrt Konflikte, etwa um Weihnachtsfeiern, gibt, hat die Türkei enorme Druckmittel in dieser Frage in der Hand, die sie auch einsetzen wird, das hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt. Der Sinn der deutschen Schulen in der Türkei, die während der deutsch-türkischen Freundschaft im Osmanenreich gegründet wurden, war zunächst die Schulbildung der Kinder deutscher Fachkräfte und Militärangehöriger, die befristet in die Türkei entsendet worden waren. Mit der Gastarbeiterzeit kamen dann die Kinder aus binationalen deutsch-türkischen Familien hinzu.

Bei beiden Gruppen handelt es sich jedoch nicht um typische Auswanderer, wie bei den Türken in Deutschland, die bewusst aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ihrem Heimatland den Rücken gekehrt und sich ein neues Land gesucht haben, in das sie sich mehr oder weniger integrieren wollen. Eine Integra-

tion will Erdogan jedoch verhindern. Immer wieder trichtert er seinen türkischen Landsleuten bei Reden in Deutschland ein, sich nicht in ihre Gastländer zu integrieren. Er möchte sie politisch zum eigenen Machterhalt instrumentalisieren.

Skepsis in allen Parteien

Das ist ihm bei den letzten Wahlen sogar gelungen. Erdogan konnte das Präsidialsystem in der Türkei nur einführen, weil er unter den Auslandstürken eine große Mehrheit hatte, nicht in der Türkei selbst. Auch die Zustimmung für Erdogans AKP ist in Deutschland größer als in der Türkei selber. Diese AKP-Anhänger sollen nun als Dank Schulen erhalten, die sie in ihrer Parallelgesellschaft unterstützen.

Auch in den türkischen Ditib-Moscheen wird seit Erdogan immer mehr

politische Indoktrination betrieben, wie sie dem religiös-politischen Konzept der Muslimbruderschaft entspricht, dem Erdogan sehr nahe steht. Es wurden in den letzten Jahren sogar einige Fälle bekannt, in denen Ditib-Imame ihre eigenen Gemeinden im Auftrag türkischer Behörden ausspioniert haben. Genauso wie unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit die Religion und Moscheen als religiöse Räume von Erdogan instrumentalisiert werden, könnte in Zukunft auch der Bildungsauftrag missbraucht werden, warnen Kritiker der neuen türkischen Schulen.

Obwohl der Entwurf des deutsch-türkischen Schulabkommens der Öffentlichkeit noch nicht vorliegt, warnen im politischen Berlin bereits alle Parteien vor der Gründung türkischer Schulen in Deutschland, sofern diese Orte der Propaganda des Systems Erdogan werden. Die Union fürchtet sogar den Einstieg in ein „paralleles Schulsystem“ in Deutschland. Die Erfahrungen mit dem „Partner“ Türkei sind in den letzten Jahren fast nur noch negativ. Erdogan ist nicht bereit, Abstriche an seinem fundamentalistisch-islamischen Kurs zuzulassen. Unter ihm verstößt die Türkei permanent gegen Prinzipien der Meinungs- und Pressefreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit.

Ein Grundkonflikt mit dem deutschen Schulrecht scheint programmiert

BAYERNS AfD

„Die Leute trauen sich nicht“

Im aktuellen Kommunalwahlkampf hat die Partei mit zahlreichen Repressalien zu kämpfen

Am 15. März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. In der Landeshauptstadt München kandidiert für die AfD Iris Wasill. „Als gebürtige Münchnerin in dritter Generation liegt mir die Stadt und ihre Beziehung zum Umland besonders am Herzen“, so die Volljuristin, die bei einem Versicherungskonzern arbeitet. Wohnen, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung nannte sie in einer Vorstellungsrede als Schwerpunktthemen und betonte: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, München davor zu bewahren, eine grüne politische Hölle zu werden.“ Die 50-Jährige prognostiziert der AfD ein zweistelliges Ergebnis, räumt aber

Schwierigkeiten während des Wahlkampfes ein: „Wir haben Probleme, Räume und Kandidaten zu finden.“

Diese Einschätzung teilen viele Parteikollegen. „Die Haupthürde ist die geringe Mitgliederzahl“, sagt die Kreischefin von München-Ost, Christina Specht. Knapp 130 sind es insgesamt. Und von ihnen ist nur ein Teil bereit, sich aufstellen zu lassen. „Die Leute trauen sich nicht“, sagt Specht, und der Fürstfeldbrucker Kreisvorsitzende Florian Jäger ergänzt: „Es ist eben das eine, in die Wahlkabine zu gehen. Da sieht mich keiner. Das andere ist, sich zu engagieren.“

Selbst in Hochburgen wie Rosenheim, wo die Alternative über 160 Mitglieder verfügt, war es schwierig, die Liste vollzubekommen. „Nicht jeder will sich engagieren. Das ist ein allgemeines Problem. Bei uns kommt das persönliche Risiko hinzu“, sagt der Kreisvorsitzende Andreas Winhart. Während der Landesvorstand erklärt, es sei trotz aller Widrigkeiten gelungen, in allen relevanten Gemeinden Listen einzureichen, haben die Aktivisten an der Basis zu kämpfen. „80 Prozent unserer Plakate werden zerstört. Zudem werden Gastwirte unter Druck gesetzt, und die Medien schreiben uns runter“, er-

klärte der Erdinger Kreischef Wolfgang Kellermann, der trotzig ankündigt: „Das macht uns aber noch stärker.“ Selbst bundespolitische Prominenz hat Probleme, angekündigte Wahlkampftermine wie abgesprochen durchzuführen. „Die Entscheidung der Wirte, uns keine Räume zu geben, fällt oft nicht freiwillig. Sie würden gerne, sind aber oft verängstigt und werden unter Druck gesetzt“, teilt die AfD mit. Am Ende hofft die Partei dennoch auf einen Wahlerfolg: „Die Zustimmung in der Bevölkerung ist sehr hoch. Und in der Wahlkabine schaut ja noch keiner zu“, sagt Winhart. Peter Entinger

JUSTIZ IN DER KRISE

Tausende Verfahren einfach eingestellt

Immer mehr Tatverdächtige entgehen einem Urteil, weil das Personal für ein Verfahren fehlt

VON NORMAN HANERT

Nachdem Polizisten, Rettungskräfte und Mandatsträger immer öfter zum Opfer von Gewalt werden, beklagt auch die Politik eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft und verspricht ein Gegensteuern. Neue Daten aus Berlin zeigen allerdings, dass ausgerechnet bei Rohheitsdelikten die Strafverfahren immer öfter eingestellt wurden.

Aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Justiz auf eine parlamentarische Anfrage des FDP-Innenexperten Marcel Luthe geht hervor, dass von 2015 bis 2019 die Zahl der Verfahren gegen namentlich bekannte Tatverdächtige von 157675 auf 174345 im vergangenen Jahr gestiegen ist. Laut den Angaben der Justizverwaltung nahm zudem die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter von 63681 auf 95879 stark zu.

Erstaunlicherweise aber sank die Zahl der Anklagen im selben Zeitraum von 26322 auf nur noch 25074. Bemerkenswert ist hierbei die Antwort der Senatsverwaltung für Justiz auf die Frage, bei welchen Deliktgruppen im vergangenen Jahr die Verfahren eingestellt wurden: In 17400 Fällen handelte es sich um Vermögens- und Fälschungsdelikte, Urkundenfälschung, Geld- und Wertzeichenfälschung. In etwa 8300 eingestellten Verfahren war zu Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit ermittelt worden. Weitere 10000 Verfahrenseinstellungen betrafen „Sonstige Delikte des Strafgesetzbuches“.

Selbst Rohheitsdelikte ungesüht

Luthe sieht diese Daten als Beleg für die höhere Belastung von Polizei, Staatsanwaltschaften und auch der Gerichte in Berlin. Diese müssten aus Sicht des FDP-Politikern statt durch ein „tröpfchenweises“ Umsteuern durch massive Investitionen gestärkt werden. Tatsächlich steht das gesamte deutsche Justizsystem durch die bevorstehende Pensionierungswelle der Baby-Boomer-Generation vor einem massiven Personalproblem.

Holger Pröbstel, Vorsitzender des Deutschen Richterbands in Thüringen, wies bereits vergangenes Jahr darauf hin, dass bis 2031 bundesweit rund 40 Prozent



100 Richter fehlen derzeit allein in Brandenburg: Justiz ist zunehmend überlastet, der Rechtsstaat leidet

Foto: pa

aller Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gingen. In den östlichen Bundesländern würden bis 2031 sogar fast zwei Drittel des gesamten Personals aller Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. In Pension geht hier eine ganze Generation von Juristen, die nach 1990 das Justizsystem in den neuen Bundesländern aufgebaut haben.

Wie dünn die Personaldecke schon jetzt ist, wird in Brandenburg deutlich. Dort nannte Justizministerin Susanne Hoffmann (parteilos) unlängst im Landtag die Zahl von 746 Richtern, die derzeit an Brandenburgs Gerichten arbeiten. Da der tatsächliche Personalbedarf mit 850 Richterstellen angegeben wird, bedeutet die genannte Zahl, dass derzeit mehr als 100 Richter allein in Brandenburg fehlen. Das Beispiel der erst im Herbst auf Vorschlag der CDU neu ins Amt gekommenen Justizministerin macht zudem deutlich, wie prekär die Lage insbesondere bei Spitzenpersonal ist: Die Verwaltungsjuristin Hoffmann hatte erst

im Juni 2019 die Nachfolge des verstorbenen Generalstaatsanwaltes Erardo C. Rautenberg übernommen. Mit der Ernennung der 60-Jährigen zur Justizministerin ist der Posten des Chefanklägers in Brandenburg seit November erneut unbesetzt. Schon die Nachfolgeregelung für den langjährigen Generalstaatsanwalt Rautenberg hatte sich fast ein Jahr hingezogen. In Brandenburg ist der Chefankläger für die vier Staatsanwaltschaften in Potsdam, Cottbus, Neuruppin und Frankfurt (Oder) zuständig.

Spitzenposten unbesetzt

Die für den östlichen Teil des Bundeslandes zuständige Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) hat derzeit einen besonders dreisten Fall von Diebstahl auf den Tisch bekommen: Bislang unbekannte Tatverdächtige hatten Anfang Februar im Ort Peitz (Landkreis Spree-Neiße) ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges gestohlen. Die entwendete Hohlzugsstatue bringt es auf mehrere

Zentner Gewicht und ist etwa 3,50 Meter breit und 3,20 Meter hoch. Polizeibeamten konnten das Denkmal mittlerweile, versteckt in einem Fahrzeug und mit diversen Beschädigungen, in Peitz sicherstellen. Von den Metalldieben fehlt bislang jede Spur.

Inzwischen werden auch von den Schutzzäunen, die entlang von Oder und Neiße gegen die Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest aufgestellt wurden, Beschädigungen und Diebstähle gemeldet. Nachdem östlich der Grenze infizierte Wildschweine aufgetaucht waren, hatte die Landesregierung in den Kreisen Spree-Neiße, Oder-Spree und im Stadtgebiet von Frankfurt (Oder) über eine Länge von 120 Kilometern mobile elektrische Drahtzäune aufbauen lassen. Erste Beschädigungen wurden bereits kurz nach der Fertigstellung des Zauns gemeldet. Aus Frankfurt (Oder) wurde nun zudem berichtet, unbekannte Metalldiebe hätten Kabelmaterial und auch ein Stromgerät abmontiert.

„MIETENDECKEL“

Lompscher droht zu scheitern

Lieblingsprojekt der Berliner Linkspartei ist nach Auffassung von Experten verfassungswidrig

Der sogenannte Mietendeckel des Berliner Senats war ein Lieblingsprojekt der Linkspartei. Nun droht der Versuch, per Gesetz Mieterhöhungen auszuschließen, zu scheitern. Für die öffentliche Wahrnehmung von Rot-Rot-Grün in Berlin wäre das ein Schlag ins Kontor. Gerade die Linkspartei hat Mietern große Hoffnungen gemacht.

Aus der Senatsverwaltung heißt es: „Wer am Stichtag 18. Juni 2019 in einer Wohnung wohnte und am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes immer noch in dieser Wohnung wohnt, dessen Miete wird auf dem Stand des 18. Juni 2019 eingefroren.“ CDU und FDP wollen wegen des Mietendeckels das Bundesverfassungsgericht anrufen. Doch ob dort überhaupt eine materielle Prüfung erforderlich ist, scheint nun zweifelhaft. Marco Wanderwitz (CDU), Parlamentarischer

Staatssekretär im Bundesinnenministerium, hat nun erklärt, dass das Berliner „Gesetz“ gar nicht in die Gesetzgebungskompetenz eines Bundeslandes fällt. Die Eigentums- und Vertragsfreiheit der Wohnungseigentümer würde beeinträchtigt. Sogar Vermieter, die nur geringe Mieten verlangen, wären betroffen. Das verstieße gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Land ist wohl gar nicht zuständig

Selbst Neuvermietungen will der rot-rot-grüne Senat reglementieren: „Wenn Wohnraum nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wiedervermietet wird, ist es per Gesetz verboten, eine höhere als die eingefrorene Miete zu nehmen.“ Die Befürchtung geht um, dass damit die Wohnungsnot noch verstärkt würde, weil viele Vermieter nicht bereit sein könnten, ihre Wohnung zu diesen Bedingungen neu zu

vermieten. Stattdessen könnten sie sie einfach als Eigentumswohnung an einen Selbstnutzer verkaufen. In anderen Ländern wie Spanien, wo lange eine Art Mietendeckel herrschte, ist genau dies massenhaft geschehen.

Müller war gewarnt

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) wurde parteiintern gewarnt. Verfassungsrechtler Ulrich Battis hatte eingewendet: Falls der Senat kein Neubau-Beschleunigungsprogramm auflege, werde der Deckel vom Verfassungsgericht kassiert. Statt das Vorhaben zu unterbinden, begnügte sich die SPD mit kosmetischen Nachbesserungen. Nun hofft die Bausenatorin, dass die Bundesregierung ihr Vorhaben per Bundesgesetz umsetzt. Dann müsse „der Bund ran“, hofft Lompscher. Zuständig wäre das Bundesministe-

rium des Innern, für Bau und Heimat unter Horst Seehofer (CSU). Warum der nun ausgerechnet dafür Sorge tragen sollte, dass die Linkspartei in Berlin ihre Wahlversprechen einlösen kann, erscheint Beobachtern skurril.

Denkbar ist, dass Lompscher einen „Schuldigen“ sucht, falls ihr Vorhaben scheitert. Aber der Mietendeckel hat bereits eine Eigendynamik entwickelt. In Hamburg wirbt die Linkspartei mit diesem Vorhaben um Stimmen: „Rot-Rot-Grün in Berlin zeigt: Städte haben Mittel, um den rasanten Anstieg der Mieten zu stoppen ... Wir unterstützen die Forderung nach einem Mietendeckel für Hamburg, damit dem Mietenwahnsinn endlich Einhalt geboten wird“, argumentiert die Hamburger Linkspartei im Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl am 23. Februar.

Frank Bückler

● KOLUMNE

Hallo Meinung

VON VERA LENGSELD

Am vergangenen Freitagvormittag, als die Nachricht kam, dass Kanzlerin Merkel die Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten rückgängig machen will, dachte ich zum ersten Mal in meinem Leben an Auswanderung. Dieses Land, das vor unser aller Augen in eine Gesinnungsdiktatur abgleitet, ist nicht mehr zu retten.

Aber am Abend war ich zu einem Treffen der Förderer der Bürgerplattform „Hallo Meinung“ in den „Tegeler Seeterrassen“ eingeladen. Ich kam zu früh und war angesichts der Größe des gähnend leeren Saals in Zweifel, ob der sich bis Veranstaltungsbeginn wirklich füllen würde. Doch bald waren alle Stühle bis auf den letzten Platz besetzt.

Geschafft hat das Peter Weber, ein bayrischer Unternehmer, dem angesichts der Unwilligkeit unserer Politiker, die wahren Probleme des Landes anzupacken und endlich im Sinne ihrer Wähler zu handeln, der Kragen geplatzt war. Er kam zu dem Schluss, dass in dieser Situation die Bürger, die das Land trotz permanenten Politikversagens am Laufen halten, Verantwortung übernehmen müssten. Binnen eines Vierteljahres gewann „Hallo Meinung“ 27000 Unterstützer.

In Berlin fand die zweite Veranstaltung der „Runden Ecke“ statt, ein Format, das Unterstützern die Möglichkeit gibt, sich einem breiten Publikum vorzustellen, ihre Initiativen bekannt zu machen und sich kennenzulernen. Die Veranstaltung wurde auf verschiedenen Kanälen der sozialen Netzwerke gestreamt und hatte über 20000 Zuschauer. Auf der Bühne standen ein Richter, ein Staatsanwalt, eine ehemalige WDR-Journalistin, eine Sängerin, eine ehemalige Antifa-Aktivistin, ein Satiriker, ein Moderator, ein Security-Unternehmer sowie eine ehemalige Bürgerrechtlerin und Bundestagsabgeordnete.

Es herrschte Aufbruchsstimmung statt Resignation. Wir dürfen unser Land nicht seinen Zerstörern überlassen. Wenn eine genügend große Anzahl von Menschen aktiv wird und der Politik die rote Karte zeigt, die signalisiert: „Bis hierher und nicht weiter“, wird es gelingen, die „Große Transformation“, die Kanzlerin Merkel plant, zu stoppen. Man muss nur im Internet „Hallo Meinung“ eingeben, sich anmelden und mitmachen!

● MELDUNG

Geld für Bahn

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bund haben sich auf die Finanzierung zum Wiederaufbau der historischen Darßbahn zwischen dem Festlandort Barth und Prerow auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst geeinigt. Der Streckenabschnitt von Zingst nach Prerow ist seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in Betrieb. Teile wurden bis 1947 als Reparationsleistungen abgebaut. Die Kosten für das Wiederaufbauprojekt werden auf bis zu 120 Millionen Euro veranschlagt, etwa 60 Millionen Euro allein für den Neubau der Meiningen-Brücke. Bund, Land und die Usedomer Bäderbahn (UBB) wollen sich zu je einem Drittel die Kosten für eine neue Brücke zwischen Festland und Halbinsel teilen. Die Planungen sehen vor, die Gesamtstrecke im Jahr 2027 wieder in Betrieb zu nehmen. N.H.

MELDUNGEN

Krim für immer verloren?

Kiew – Mit seiner Äußerung, die Krim sei für die Ukraine verloren, sorgte US-Außenminister Mike Pompeo für ein großes Echo in russischen und ukrainischen Medien. Pompeo, der die Ukraine Ende Januar besucht hatte, soll bei einem privaten Treffen gesagt haben, die Ukraine habe die Krim abgeben und alle Spieler der Welt wüssten das. Zudem gehöre Russland nicht zu den Ländern, denen etwas abgenommen werden könne. Am selben Tag äußerte allerdings die Sprecherin des Außenministeriums der Vereinigten Staaten, Morgan Ortagus, dass die USA weitere Sanktionen gegen Russland verhängen werden und Washington die Rückgabe der Krim fordere. Vor genau einem Jahr hatte sich auch Pompeo noch in diesem Sinne geäußert. **MRK**

Rangelei im Parlament

Kiew – In der Werchowna Rada (Obersten Rada), dem ukrainischen Parlament, wurde eine Debatte über den Handel mit Agrarland mit Fäusten ausgetragen. Hintergrund ist, dass Präsident Wladimir Selenskij die Freigabe des Bodenhandels in der Ukraine ab dem 1. Oktober anstrebt. Die Regierung erhofft sich von dieser Maßnahme Investitionen, die zu einem kräftigen finanziellen Schub für den Landwirtschaftssektor führen könnten. Obwohl der Bodenerwerb strikt reglementiert werden soll und Ausländern der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine untersagt bleiben soll, ist laut einer Umfrage die Mehrheit der Ukrainer gegen die Freigabe. Zu der Rangelei war es gekommen, als Oppositionsabgeordnete um Julia Timoschenko versuchten, das Präsidium zu blockieren. Mehrere Abgeordnete der Regierungspartei „Diener des Volkes“ stellten sich den Kollegen der Opposition in den Weg, um die Blockade zu verhindern. Dabei war es zum Einsatz der Fäuste gekommen, eine Art, Meinungsverschiedenheiten auszutragen, wie sie in der Werchowna Rada häufiger vorkommt. **MRK**

Palermo ehrt Schleuser

Palermo – Die sizilianische Hafenstadt Palermo hat Schleusern von drei Schiffen für ihren Einsatz für Asylsucher im Mittelmeer die Ehrenbürgererschaft der Stadt verliehen. Zur Begründung sagte Palmers Bürgermeister Leoluca Orlando, die „Seenotretter“ stünden „auf der richtigen Seite der Geschichte“. Ausgezeichnet wurden auch Aktivisten der deutschen Organisation „Sea-Watch“. Daneben wurden Besatzungsmitglieder eines italienischen Fischfangschiffs sowie der „Mare Jonio“ von der Nichtregierungsorganisation „Mediterranea Saving Humans“ ausgezeichnet. Auf der „Sea-Watch 3“ war auch die in Deutschland und Italien zur Helden der Linken stilisierte Kapitänin Carolina Rackete gefahren, die wegen des Vorwurfs, Schlepper unterstützt zu haben, im vergangenen Jahr in Italien festgenommen worden war. Mitte Januar entschied das Oberste Gericht Italiens, dass Rackete niemals hätte verhaftet werden dürfen. **MRK**



Der in der Verfassung nicht vorgesehene Schwiegersohn des Präsidenten: Seit seiner Heirat mit Trumps Tochter Ivanka (z.v.l.) gehört Kushner (l.) zur präsidentialen Familie

NAHOSTKONFLIKT

50 Milliarden US-Dollar für den Frieden

Hat der „Deal des Jahrhunderts“ von Trumps jüdischem Schwiegersohn Jared Kushner eine Chance?

VON BODO BOST

Donald Trumps „Deal des Jahrhunderts“ für den Nahen Osten hat bei jenen, denen er erklärtermaßen Frieden bringen soll, höchst unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während in Washington Hände geschüttelt wurden, wurden in Gaza wieder Raketen auf Israel abgefeuert. Noch bevor der Inhalt des Deals bekannt war, hatten ihn die Palästinenser bereits abgelehnt. Trumps jüdischen Schwiegersohn Jared Kushner wollten die Palästinenser nicht als Friedensvermittler akzeptieren.

Bis zu 50 Kilometer lange Tunnel

Trump beschränkt einen zukünftigen Palästinenserstaat auf Restgebiete im Westjordanland, die löchrig wie ein Schweizer Käse per Tunnels untereinander und mit dem Gazastreifen verbunden werden sollen. Tunnel von bis zu 50 Kilometer Länge übersteigen allerdings die derzeitige Vorstellungskraft.

Da auch Israel einige unbesiedelte oder mit arabischen Israelis besiedelte Gebiete zum Westjordanland oder zum Gazastreifen abgeben wird, entspricht das Territorium eines zukünftigen Palästinenserstaates in etwa dem der 1967 besetzten Gebiete.

Keine geschlossene Ablehnungsfront

Während bei früheren Friedensplänen, die um ein Vielfaches günstiger für die Palästinenser waren, die Araber diese noch mit einer Stimme abgelehnt hatten, war diesmal die Ablehnungsfront nicht mehr geschlossen. Kein Wunder, viele arabische Staaten im Nahen Osten befinden sich bereits seit fast zehn Jahren in Bürgerkriegen mit oft wechselnden Fronten, während die Grenzen zwischen Israel und den Palästinensergebieten schon seit einigen Jahrzehnten stabil sind. Zumindest die von Bürgerkriegen verschonten Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien oder die Golfstaaten forderten diesmal ihre arabischen Bruderländer

auf, die Vorschläge der US-Administration wenigstens sorgfältig zu prüfen.

In Israel, das sich seit einem Jahr im Dauerwahlkampf befindet, wurde der Deal als willkommene Wahlkampfmunition für den nächsten Wahlgang im März aufgenommen. Zwischen Israels Ministerpräsidenten Benjamin „Bibi“ Netanjahu und seinem Hauptkonkurrenten Oppositionsführer Benny Gantz, Vorsitzender der zentristischen Partei Weiß-Blau, gibt es dabei kaum noch Unterschiede,

beiden stuften den Plan als „historischen Meilenstein“ ein.

Eine Million neue Arbeitsplätze

Mit Investitionen von 50 Milliarden US-Dollar wollen US-Präsident Trump und sein Schwiegersohn Kushner den Frieden in Nahost voranbringen. 28 Milliarden sind für die Westbank und den Gazastreifen gedacht. 22 Milliarden sollen in die Nachbarstaaten Libanon, Jordanien und Ägypten fließen, weil diese 1948 und 1967 viele palästinensische Flüchtlinge aufnahmen, ohne diese jedoch zu integrieren, und weil es die einzigen Staaten waren, die Friedensverhandlungen mit Israel begannen, auch wenn sie im Falle des Libanon nicht zum Erfolg führten. Zum Deal gehört auch die Schaffung einer Million neuer Arbeitsplätze für Palästinenser in den kommenden zehn Jahren, das chronische Problem etwa im Gazastreifen, wo die Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent liegt. Dadurch soll sich das Bruttoinlandsprodukt verdoppeln, die Armutsquote halbieren.

Frühere Friedenspläne waren um ein Vielfaches günstiger für die Palästinenser

AUSTRALIEN

Ein neues „Pearl Harbor“

Wie Umweltschützer die Buschbrände instrumentalisieren und teilweise sogar zu verantworten haben

Im Jahre 2016 veröffentlichte die US-amerikanische Psychologin und Gründerin der Nichtregierungsorganisation „The Climate Mobilization“, Margaret Klein Salamon, ihre Denkschrift „Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt. Eine neue Strategie für die Klimabewegung“. Darin fragte sie unter anderem, ob es nicht gut wäre, wenn „ein katastrophales Ereignis“ eintreten würde, „das als Katalysator dient – ein neues Pearl Harbor“. Zur Erinnerung: Der japanische Angriff auf die US-Marinebasis auf Hawaii im Dezember 1941 bot der Roosevelt-Regierung den willkommenen Anlass zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg und führte zum schlagartigen Verstummen all derer, welche die USA aus dem Konflikt heraushalten wollten. Nun sehnen sogenannte Klima-Aktivisten wie Klein Salamon also et-

was ähnlich Dramatisches herbei, um die „Leugner“ des Klimawandels mundtot machen zu können.

Große Hoffnungen setzten sie dabei in die Buschbrände in Australien, die im Juni 2019 aufflammten und sich dann ab Oktober verstärkten, bis am 20. Januar 2020 starke Regenfälle zur deutlichen Entspannung der Lage führten. Die Klima-Aktivisten betonten unablässig, die „beispiellosen Mega-Feuer“ seien eine Folge des vom Menschen verursachten Klimawandels. Zugleich wettete Greta Thunberg mit Blick auf den „klimaskeptischen“ australischen Premierminister Scott Morrison: „Wie ist es möglich, dass nicht mal solche Katastrophen die Politiker zum Handeln bringen?“

Dabei eignen sich die Flammen auf dem Fünften Kontinent in keiner Weise

dazu, als „Klima-Pearl-Harbor“ zu dienen. Zum Ersten gibt es in Australien schon seit Jahrtausenden regelmäßig große Buschfeuer – ausgelöst durch Blitzschläge. Deshalb hat sich die Tier- und Pflanzenwelt auch weitestgehend daran angepasst. Zum Zweiten pflegen die australischen Ureinwohner den Brauch, die dichte Vegetation anzuzünden, um besser jagen und umherstreifen zu können. Zum Dritten sind die aktuellen Brände, bei denen 33 Menschen starben, nicht schlimmer als andere. 2019/20 gab es sogar deutlich weniger Opfer als in den Jahren 1926, 1939, 1983 und 2009. Damals waren zwischen 60 und 173 Tote zu beklagen.

Doch damit nicht genug: Auch die mit der Klimabewegung verbundenen Umweltschützer tragen Verantwortung für

das Feuer-Inferno. Nach den verheerenden Buschbränden in Victoria vom Januar 1939 gab eine Royal Commission unter der Leitung von Richter Leonard Edward Bishop Stretton zahlreiche Empfehlungen heraus, wie sich solche Katastrophen in Zukunft verhindern ließen. Insbesondere wurden die rigorose Entfernung von Tot- und Unterholz aus den Wäldern sowie das Anlegen von Feuerschneisen angeraten. Und so hielt man es zunächst auch. Deshalb verliefen die 16 großen Buschfeuer der folgenden Jahrzehnte allesamt relativ glimpflich. Dann allerdings begannen Umweltschützer gegen die „Eingriffe in die natürlichen Wälder“ mobil zu machen. Daraufhin unterblieben diese immer öfter. Die Quittung hierfür bekamen die Australier bei den Bränden von 1983 bis heute. **Wolfgang Kaufmann**

VON NORMAN HANERT

Sogenannte „Klimaaktivisten“ setzen den Siemens-Konzern massiv unter Druck, um die Lieferung von Technik für ein Kohlebergwerk in Australien zu verhindern. Erstaunlich wenig Widerstand regt sich dagegen bislang gegen milliardenschwere Kohleprojekte, die geografisch sehr viel näher liegen. Nur wenige hundert Kilometer von Berlin entfernt betreiben polnische Energieversorger Großprojekte, die hiesige Anhänger von Greta Thunberg eigentlich zum Dauerprotest auf die Straße bringen müssten.

80 Prozent Kohleanteil

Östlich der Lausitzer Neiße will beispielsweise der polnische Energieversorger PGE für sein Kohlekraftwerk Turów einen Braunkohletagebau massiv erweitern, um ihn noch bis 2044 nutzen zu können. Laut einem Bericht des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) hat die regionale Umweldirektion in Breslau Ende Januar eine Umweltgenehmigung für die Erweiterungspläne erteilt. Ebenfalls in Niederschlesien sind im vergangenen Herbst zwei neue Blöcke im Steinkohlekraftwerk Oppeln in Betrieb gegangen. Allein in dieses Projekt sind umgerechnet 2,6 Milliarden Euro geflossen. 500 Kilometer östlich von Berlin steht in Belchatów in der Region Lodz sogar das größte Braunkohlekraftwerk der Welt.

Ebenso rekordverdächtig ist der Anteil von rund 80 Prozent, den Kohle am polnischen Strommix hat. Die Regierung in Warschau hat zwar im August 2018 angekündigt, dass es nach dem Bau des Kraftwerks in Ostrolenka keine weiteren Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke mehr erteilen wolle. Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass die Regierungspartei PiS einen schnellen Ausstieg aus der Kohlenutzung vorantreibt. Vorgelegt hat die Partei einen Fahrplan, der bis 2040 lediglich eine moderate Reduzierung des Kohleanteils am Energiemix vorsieht.

Polen vermeidet frühe Festlegung

Der aktuelle, stark auf Kohlestrom ausgerichtete Strommix hat ähnlich der polnischen Justizreform das Potenzial, das Klima zwischen Brüssel und Warschau weiter zu verschlechtern. Einerseits drohen Polen durch den EU-Emissionshandel hohe Kosten für seine Kohlekraftwerke, wenn der Preis pro Tonne Kohlendioxid deutlich ansteigt. Andererseits gehen die Kostenschätzungen für einen kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung in einen hohen Milliardenbereich. Dahinter steht das ehrgeizige Ziel der EU-Kommission, dass die EU bis 2040 aus der Kohleverstromung aussteigen und bis 2050 sogar „klimaneutral“ ist. Beides setzt voraus, dass das EU-Mitglied Polen mitzieht.



Polens drittgrößtes Kraftwerk: Das von der PGE betriebene Braunkohle-Großkraftwerk Turów.

Foto: imago images/photothek

KLIMA- UND FINANZPOLITIK DER EU

Deutschland droht eine teure Paketlösung

Der Kohleausstieg der EU ist ohne das Kohleland Polen nicht möglich. Der Nettoempfänger könnte sich seine Zustimmung teuer bezahlen lassen

„Kommunikationsallianz“ installiert

Pfand für Finanzverhandlungen

Bereits beim EU-Gipfel im vergangenen Dezember weigerte sich die polnische Regierung, die gemeinsame Erklärung mit der Absichtserklärung zu einer „Klimaneutralität“ bis 2050 zu unterschreiben. Regierungschef Mateusz Morawiecki handelte stattdessen eine Bedenkzeit bis Mitte dieses Jahres aus. Erst dann will War-

schau mitteilen, ob und unter welchen Bedingungen es mitziehen will. Mit diesem Vorgehen hat sich die polnische Führung in eine gute Verhandlungsposition gegenüber Brüssel und auch den Nettozahlern wie Deutschland gebracht. Denn nun laufen die Verhandlungen über den polnischen Beitrag zur EU-Klimapolitik zeitlich parallel zum anstehenden Poker über den neuen EU-Finanzrahmen.

Bislang ist Polen einer der größten Profiteure des EU-weiten Finanzaus-

gleichs. Seit dem Beitritt im Jahr 2004 hat das Land aus den Brüsseler Geldtöpfen fast 90 Milliarden Euro an Fördergeldern erhalten. Auch viele andere süd-, südost- und ostmitteleuropäische Länder erwarten weiterhin hohe Subventionen aus dem EU-Haushalt. Für Geberländer wie Deutschland drohen durch den Finanzbedarf für Ursula von der Leyens „Green Deal“ sowie den Wegfall der britischen Einzahlungen massive Mehrbelastungen.

LEBENSMITTELGIPFEL IM KANZLERAMT

Weiter keine Mindestpreise für Nahrungsmittel

Was das Treffen der Vertreter von Einzelhandelsketten und Bundesregierung stattdessen ergab

Vertreter der großen Lebensmittelketten sind im Kanzleramt zusammengelassen, um mit der Bundesregierung über ihre Preisgestaltung zu diskutieren. Ihnen wird Preisdumping bei Fleisch und Gemüse vorgeworfen. Den Vorwurf wollen sie nicht auf sich sitzen lassen. „In Deutschland leben rund 13 Millionen Menschen in Armut oder an der Armutsgrenze. Günstige Lebensmittelpreise ermöglichen diesen Menschen eine gesunde und sichere Ernährung. Das wollen und werden wir als Lebensmittelhändler auch in Zukunft sicherstellen“, sagte Lionel Souque, Vorstandschef der Supermarktkette Rewe. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Lebensmitteleinzelhandel (LEH) dennoch an seine Verantwortung

für faire Bedingungen in der Lebensmittelkette erinnert, will sich aber aus der Preisfindung heraushalten. Keinesfalls gehe es darum, Mindestpreise für Lebensmittel im Handel „aufzuquatroieren“, betonte Merkel.

„Kommunikationsallianz“ installiert

Während des sogenannten Lebensmittelgipfels wurden zwar keine konkreten Maßnahmen getroffen, aber doch Anregungen gegeben, wie die Nahrungsmittelherzeugung nachhaltiger werden könnte. Erzeuger sollen konkrete Beispiele unlauterer Handelspraktiken aus der Praxis und auffällige Dumpingpreise melden. Diese Informationen sollen dann – gegebenenfalls anonymisiert – an die betroffenen

Handelsketten weitergegeben werden. Diese haben zugesagt, Beschwerden, die sie betreffen, nachzugehen, sie abzustellen und Bericht zu erstatten.

Auf Merks Vorschlag hin installiert Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner nun eine „Kommunikationsallianz“. Diese Gruppe soll sich künftig zweimal im Jahr treffen.

Dumpingpreise für Fleisch, Obst und Gemüse gefährden die Existenz vieler Landwirte. Doch schnelle Abhilfe konnte (oder wollte) der Gipfel nicht schaffen. Staatlich garantierte Mindestpreise, die manche Verbände gefordert hatten, werde es nicht geben, das sei mit den Prinzipien der Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren, erklärte Ministerin Klöckner. Auch neue

Gesetze seien nicht beschlossen worden. Wohl aber wolle sie nun die Richtlinie der EU gegen bestimmte unlautere Handelspraktiken schnell umsetzen – und nicht erst, wie vorgegeben, bis 2021. Erschwert oder verboten werden sollen etwa die kurzfristige Stornierung von verderblicher Ware oder eine späte Bezahlung der Lieferanten.

Den Vorwurf unfairer Methoden weisen die Supermarktketten allerdings weit von sich. „Für uns als ehrbare Kaufleute sind ehrliche und faire Handelspraktiken die Grundlage unseres Handelns“, heißt es von den Unternehmensgruppen Aldi Süd und Nord, und die Handelskette Edeka betonte, sie unterhalte „faire Beziehungen zu den Landwirten.“ Peter Entinger

• MELDUNGEN

EU-Treffen der Nehmerländer

Beja – Auf Einladung des portugiesischen Ministerpräsidenten António Costa haben sich am 3. Februar Regierungsvertreter von 17 EU-Mitgliedsstaaten aus dem Mittelmeerraum und dem Osten der EU im südportugiesischen Beja getroffen. Mit Ausnahme Kroatiens und Italiens verpflichteten sich die Teilnehmerländer in einer gemeinsamen Schlusserklärung, gegen Kürzungen beim EU-Kohäsionsfonds zu kämpfen. Empfänger der Kohäsionsgelder sind Länder und Regionen, deren Wirtschaftskraft pro Kopf weniger als 90 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Zudem fordern die Länder mehr Flexibilität bei den regionalen Entwicklungsfonds und auch die Abschaffung aller bisherigen Rabatte bei den Zahlungen an die EU. Bei den Verhandlungen über das nächste langfristige Budget der EU wollen Nettozahler wie Deutschland die Zahlungen in den EU-Haushalt auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukt begrenzen. Ein Entwurf der EU-Kommission sieht eine Beitragserhöhung auf bis zu 1,1 Prozent vor. N.H.

Teslas Zeitplan in Gefahr

Berlin – Für die Planungen des US-Elektroautoherstellers Tesla, bereits bis kommendes Jahr auf einem Industriegebiet am Berliner Autobahnring eine Gigafactory zu errichten, ist ein neues Risiko aufgetaucht. Ein „Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern e. V.“ will im laufenden Genehmigungsverfahren als anerkannte Naturschutzvereinigung eine Stellungnahme abgeben. Der Verein aus Bayern hat vergangenes Jahr vom Umweltbundesamt die Anerkennung als Umwelt- und Naturschutzvereinigung erhalten und ist damit bundesweit berechtigt, bei Bau- und Infrastrukturprojekten gegen Genehmigungsbescheide zu klagen. Seine Kritik begründet der Verein mit Bedenken wegen der Rodung eines Kiefernwaldes für das Werksgelände und dem hohen Wasserbedarf. In einer Pressemitteilung hatte bereits der örtliche Wasserverband darauf hingewiesen, dass die Trinkwasserversorgung und die Schmutzwasserentsorgung für die Fabrik derzeit nicht gesichert seien. N.H.

China kauft weniger Öl

Moskau – Das in China ausgebrochene Coronavirus hat Auswirkungen auf die russisch-chinesischen Handelsbeziehungen. In China, dem größten Käufer von Energierohstoffen, ist aufgrund der Schließung von Fabriken im Reich der Mitte die Nachfrage um täglich drei Millionen Barrel Öl zurückgegangen. Dieser Rückgang trifft Russland doppelt so hart wie die Verringerung der Fördermenge, auf die sich russische Energiekonzerne mit den OPEC-Staaten geeinigt hatten, um den Ölpreis stabil zu halten. Seit Jahresbeginn ist der Preis dennoch von 70 auf 55 US-Dollar gefallen. Auch auf andere russische Exportprodukte, wie Metall, drückt der Preisverfall. China ist auch Abnehmer für Schweröl, Kohle und Holz. Als Lieferant von Lebensmitteln nach Sibirien fällt das Land wegen der Seuche nun aus. MRK

Wer's glaubt, wird unselig

Geheimniskrämerei schürt Misstrauen – Ausstellung über Verschwörungstheorien im Kloster Dalheim passt sich dem Zeitgeist an

VON VEIT-MARIO THIEDE

Vor 50 Jahren verfolgten weltweit über eine halbe Milliarde Fernsehzuschauer die Landung auf dem Mond. Alles nur Lug und Trug? Die Theorie von der „Mondverschwörung“ besagt, dass uns die Weltraumbehörde NASA an der Nase herumgeführt und die Mondlandung in einem irdischen Filmstudio inszeniert hat. Andere Verschwörungstheorien sind weit weniger harmlos. Denken wir nur an die angebliche „Weltverschwörung der Juden“.

In der Welt der Verschwörungstheoretiker gibt es viele Sündenböcke. Im Mittelalter galt als ausgemacht, dass der Teufel und die angeblich mit ihm paktierenden „Ketzer“ und „Hexen“ für alles Unglück auf Erden verantwortlich seien. Heute seien es „die da oben“, denen Verschwörungen zulasten der Bevölkerung unterstellt werden. Die aufschlussreiche Schau „Verschwörungstheorien – früher und heute“ deckt im Kloster Dalheim bei Lichtenau im Kreis Paderborn anhand von 250 Exponaten Verschwörungstheorien aus den letzten 900 Jahren auf.

Verschwörungstheorien liefern einfache Erklärungen für komplexe Zusammenhänge. Zum Beispiel: Wer trug die Schuld an Unwettern, Missernten oder der Unfruchtbarkeit von Mensch und Tier? Natürlich die dazu vom Teufel befähigten Hexen und Hexer. Der Dominikaner Heinrich Kramer beschreibt in seinem berühmt-berüchtigten „Hexenhammer“ (1486), woran man die Hexen angeblich erkennen kann. Seine absurde Liste der Indizien nennt mangelndes oder häufigen Besuch des Gottesdienstes, Kräutersammeln und hohes Alter.

Der „Hexenhammer“ leitete auch zur Folter an. Mit der wurden den Opfern die Geständnisse abgepresst. Zu sehen ist eine Kopie des „Folterhemdes“, das Anna Kramerin (1619–1680) bei der „peinlichen Befragung“ tragen musste. Es kam, wie es unter diesen Umständen kommen musste: Das Folteropfer wurde als geständige Hexe enthauptet und anschließend ver-



In Hollywood gedreht? Umhängetasche mit Fotoaufdruck der Mondlandung als Fake News

Foto: Stiftung Kloster Dalheim

brannt. Und das fast 50 Jahre nach der Veröffentlichung des Buches „Cautio criminalis“ (1632), mit dem der Jesuit und Theologieprofessor Friedrich von Spee das allmähliche Ende der Hexenverfolgungen einläutete. Spee stellte nüchtern klar: „Die Gewalt der Folterqualen schafft Hexen, die es gar nicht sind, weil sie es gleichwohl sein müssen.“

Der Klimawandel darf nicht fehlen

Besonders häufig sind bis heute die Jesuiten und die Juden Zielscheibe von Verschwörungstheorien. Anhand von Büchern, Dokumenten und mit Spottbildern versehenen Flugblättern schildert die

Schau die spektakuläre „Papisten-Verschwörung“, die 1678 ganz England in Atem hielt. Der verkrachte anglikanische Geistliche Titus Oates behauptete, die Jesuiten planten im Auftrag des Papstes die Ermordung König Karls II., um dessen katholischen Bruder Jakob auf den Thron zu bringen und so die Gegenreformation einzuleiten. Bevor Oates entlarvt wurde und von König Karl II. sowie erneut von seinem Nachfolger Jakob schwer bestraft wurde, führten seine Verleumdungen zur Hinrichtung von 15 Jesuiten und anderen Katholiken.

Aber gegen wen auch immer sich Verleumdungen richten: Viele der präsentier-

ten Fälle erweisen, dass Verschwörungstheorien zugleich handfeste Verschwörungen sind. Nämlich die der Theoretiker gegen die zu Unrecht Beschuldigten. Nicht selten dienen solche Theorien dazu, von eigener Schuld abzulenken oder eigene Schandtaten zu rechtfertigen.

Die gleichwohl empfehlenswerte Ausstellung hat eine Schwäche: Die Fülle der präsentierten Fälle führt dazu, dass diese unter Ausblendung der näheren Umstände nur stichwortartig angesprochen werden. Je näher wir der Gegenwart kommen, desto mehr werden mögliche Verschwörungstheorien nur flüchtig angerissen. Es geht etwa um die von US-Senator McCar-

thy in den 1950er Jahren weit überzogene Kommunistenjagd, um die vom „Bund Deutscher Jugend“ an die Bürger der frühen Bundesrepublik gerichtete Warnung: „Stalin sucht Soldaten, Agenten und Saboteure!“ oder um die angeblich von den Amerikanern verursachte Kartoffelkäferplage in der DDR. Zu den heutigen Beispielen gehören laut der sehr zeitgeistig angepassten Schau Zweifel am menschengemachten Klimawandel, die der Pharmaindustrie angekreidete „Impf-Lüge“ und die Behauptung von der den Mächtigen hörigen „Lügenpresse“. „Dank“ Internet sei es noch nie so einfach gewesen, Verschwörungstheorien zu verbreiten. Als „Gegengift“ empfiehlt die Schau einige Lesetipps, welche die vorgebrachten Theorien entkräften sollen.

Zuletzt wird man selbst auf die Probe gestellt: „Was glauben sie – Verschwörung oder Verschwörungstheorie?“ Begleitet wird die Frage von Schlüsselworten wie „Sinn“, „Wahrscheinlichkeit“ und „Nutzen“, mit denen man die Behauptungen einer ersten Prüfung unterziehen kann. Eine der sodann aufgetischten Verschwörungstheorien lautet: Der Vatikan besitzt eine Zeitmaschine, die den Blick in Vergangenheit und Zukunft ermöglicht.

Eine andere gilt der Bilderberg-Konferenz. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschäftigen sich in diesen informellen Treffen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Militär, Adel und Medien mit aktuellen Problemen des Weltgeschehens. Die Teilnehmer verpflichten sich zum Stillschweigen über den Gesprächsverlauf. Einer Verschwörungstheorie zufolge streben die „Bilderberger“ nach der Errichtung einer „Welt-diktatur“. Ist das was dran? So viel lässt sich jedenfalls verallgemeinern feststellen: Geheimniskrämerei schürt Misstrauen.

● Bis 22. März im LWL-Landesmuseum für Klosterkultur, Stiftung Kloster Dalheim, Am Kloster 9, Lichtenau-Dalheim, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 9 Euro. Der Katalog aus dem Ardey-Verlag kostet 29,90 Euro. Internet: www.stiftung-kloster-dalheim.lwl.org

ARCHÄOLOGIE

Schmuck im XXL-Format

Groß wie ein Armreif – Statt Kronen bevorzugten Herrscher lange Zeit übergroße Ringe als Insignien ihrer Macht

Das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, jenes, wo die aus der Bronzezeit stammende Himmelscheibe von Nebra ihr Zuhause gefunden hat, zeigt noch bis zum 1. Juni die Sonderausstellung „Ringe der Macht“. Ein ambitionierter Titel, der an Tolkiens „Herr der Ringe“ erinnert. Doch hält er auch, was er verspricht?

Anlass für diese Schau ist die Decodierung der mehrfach verschlüsselten mystischen Inschrift eines 800 Jahre alten Fingerringes, der im Museumsdepot schlummerte und erst 2001 wiederentdeckt wurde. Der zwölfeckige silberne Fingerschmuck war 1898 in dem Dörfchen Paußnitz nördlich von Riesa (Sachsen) in einem Schatzgefäß zusammen mit Hunderten Münzen gefunden und dann vergessen worden. Der Ring gibt Anlass zu zahlreichen Interpretationen. Doch ist er ein Ring der Macht? Welcher Macht?

Denn die Ringe der Macht, die offiziell auch als solche bezeichnet werden, findet

man nicht im Abendland, sondern im Alten Orient. Hier ist der Ring jahrtausendlang das Zeichen zur Legitimierung des Herrschers. Bei der Thronbesteigung, bei der feierlichen Investitur, empfängt ihn der König aus der Hand der Gottheit des

Landes. Damit der Ring auch sichtbar in Erscheinung tritt, handelte es sich nicht um einen Fingerring, sondern einen mindestens handgroßen Reif.

Diese demonstrative Darstellung des Ringes wurde für alle sichtbar in Stein ge-

meißelt. Eine Berühmtheit in diesem Zusammenhang ist die im Louvre befindliche Stele mit dem Codex des babylonischen Königs Hammurabi (1792–1750 v. Chr.), auf welcher der Sonnengott Schamasch dem Herrscher als Zeichen von Macht und Gerichtshoheit den Ring in Kombination mit dem Stab entgegenhält.

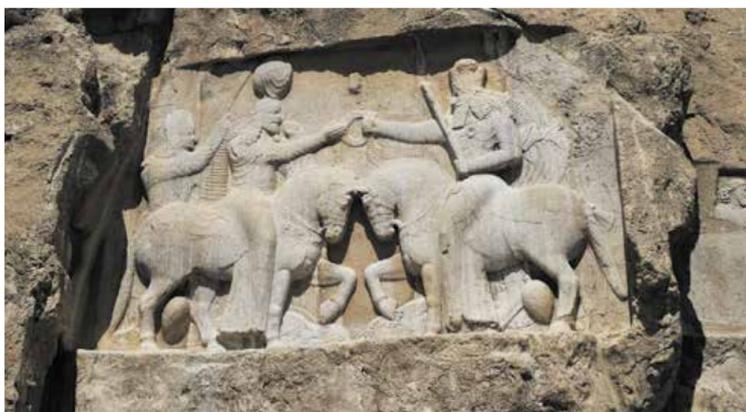
In geradezu vorbildlich-klassischer Manier zeigt das gut erhaltene Felsrelief von Naqsh-e-Rostan nordöstlich von Persepolis/Iran die Investitur Ardashirs I. (224–239/40). Der Begründer des Sassanidenreichs empfängt hoch zu Ross den Ring der Macht von dem ebenfalls reitenden Gott Ahuramazda.

Monumentale Felsreliefs sind natürlich nicht transportabel. Doch zur Klärung von „Machtfragen“ rund um den Ring gehören sie dazu. Selbst als Foto. Ist der Ring im westlichen Abendland doch vor allem Schmuck, Status-, Würde- und Standessymbol, Insignie, Ehe- und Treue-

zeichen, Eid- und Magieträger oder sogar Währung. Doch wer sein Augenmerk mehr auf Ringe als auf Macht lenkt, mag unter den 250 Exponaten der Ausstellung, die in der Altsteinzeit beginnt und geografisch von Skandinavien bis Russland reicht, trotzdem die eine oder andere Entdeckung machen. Etwa unter den Ringen der Kelten oder Wikinger.

Ein beachtenswerter Neufund ist in jedem Fall die lebensgroße Bronzehand mit goldenem Armband, die im Herbst 2017 in Prêles im Kanton Bern gefunden wurde und hier erstmals außerhalb der Schweiz gezeigt wird. Sie wird auf das 15. Jahrhundert v. Chr. datiert und ist in ihrer Art bisher einzigartig. Helga Schmechagen

● Landesmuseum für Vorgeschichte, Richard-Wagner-Str. 9, 06114 Halle/Saale, geöffnet Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 10 bis 18 Uhr, Internet: www.ringe-der-macht.de



Übergabe vom Ring der Macht: Felsrelief von Naqsh-e-Rostan bei Persepolis/Iran

RAF-Terror aus der Luft

Beim Angriff der Royal Air Force auf Dresden vor 75 Jahren wurden 15 Quadratkilometer bebauter Fläche zerstört oder beschädigt. Von vielen Opfern werden wir nie erfahren, dass sie dort damals den Tod fanden

VON BJÖRN SCHUMACHER

In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 griff die Royal Air Force (RAF) Dresden in zwei Wellen mit 772 viermotorigen Bombern vom Typ Avro 683 „Lancaster“ an. Sie warf 1478 Tonnen gewöhnliche Sprengbomben und Blockbuster (Wohnblockknacker, hochexplosive Minenbomben) sowie 1181 Tonnen Stabbrandbomben über dicht besiedeltem Gebiet ab: Dresden-Altstadt, angrenzende Gebiete und Südvorstadt. Das deutsche Militär war wehrlos. In Dresden stationierte Flugabwehrkanonen waren Mitte Januar an die 120 Kilometer entfernte Ostfront verlegt worden. Nur wenige Abfangjäger mit unzureichenden Treibstoffmengen stellten sich den Bombern entgegen. Ein einziges deutsches Flugzeug, wohl die Maschine eines Kuriers, wurde im Dresdner Luftraum gesichtet.

Der erste Angriff dauerte von 22.03 Uhr bis 22.28 Uhr – perfekt ausgeführt von einer RAF-Elitestaffel: der Bomber Group Five. In eingeübter Reihenfolge klinkten die Besatzungen ihre todbringende Fracht aus. Die zuerst abgeworfenen Wohnblockknacker erzeugten Druckwellen, deckten Dächer ab, zertrümmerten Fenster und ließen Brandmauern einstürzen. Danach regneten schmale Brandbomben in die „geknackten“ Häuser mit ihren kaminartigen Luftströmungen. Zuletzt kamen die Sprengbomben zum Einsatz. Sie zerstörten Wasserleitungen wie Straßenbeläge und behinderten so die Löschtrupps. Es entstanden Großbrände, die sich zu einem einzigen Flammenmeer vereinigten und einen orkanartigen Feuersturm entfachten.

683 „Lancaster“-Bomber

Beim zweiten Angriff von 1.30 Uhr bis 1.55 Uhr warfen Bomber der Gruppen Eins, Drei, Sechs und Acht weitere Spreng- und Brandbomben in das Flammeninferno und attackierten angrenzende Wohnviertel und den Hauptbahnhof mit Abertausend schlesischen Flüchtlingen sowie den Großen Garten. Dort hatten viele Dresdner Zuflucht vor der ersten Angriffswelle gesucht.

15 Quadratkilometer bebaute Fläche, mehr als bei jedem anderen Großangriff auf eine deutsche Stadt, wurden zerstört oder beschädigt. Das herrliche Elbflorenz, die fürstliche Residenzstadt mit ihrer barocken Architektur und bildenden Kunst, ging in der Feuerhölle zugrunde. Noch tagelang stürzten ausgeglühte Gebäude in sich zusammen: die Frauenkirche, ein Kronjuwel protestantischer Kirchenbaukunst, am 15. Februar 1945.

Ein militärisches Ziel, der Verschiebepark Friedrichstadt, wurde dagegen erst am 14./15. Februar bei Tagesangriffen US-amerikanischer Maschinen bombardiert, noch dazu mit mäßigem Erfolg. Harsche Kritik an der RAF-Strategie kam von Generalmajor und Militärhistoriker John Frederick Charles Fuller: „Als Entschuldigung für diesen Akt von Vandalismus diente die Tatsache, dass Dresden ein Eisenbahn- und Straßenzentrum war und dass es notwendig war, die Deutschen daran zu hindern, Truppen durch die Stadt zu senden, um den russischen Vormarsch aufzuhalten. Doch alles, was nötig gewesen wäre, um diese Verbindungen zu neutralisieren, war, ihre Ausgänge unter ständigem Luftbombardement zu halten.“

Warum also wurde Elbflorenz eingeseichert? Hauptgrund war die Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942, ausgegeben exakt drei Jahre vor dem Dresdner „Double Blow“. Mit Spreng- und Brandbomben auf Wohngebiete wollten Premierminister Winston Churchill und sein Kriegskabinet die Durchhaltungsmoral deutscher Zivilisten und in der Konsequenz die Kampfmentalität der Wehrmacht brechen. Obwohl das nirgendwo funktionierte und erkennbar keine Kriegs-



Viele Opfer blieben unidentifiziert: Verbrannte Leichen nach den Bombenangriffen vor 75 Jahren

Foto: Mauritius

verkürzung bewirkte, verständigten sich die Alliierten Anfang 1945 auf ein „Zielsystem Mitteldeutschland“ mit forcierten Demoralisierungsangriffen, den sogenannten Thunderclaps (Donner- beziehungsweise Vernichtungsschläge).

Militärische Ziele wurden verschont

Zudem bot das bislang unversehrte Dresden eine willkommene Gelegenheit, die Schlagkraft der RAF zu demonstrieren. Offenbar sollte die Vernichtung des Stadtkerns die heranrückende Rote Armee Josef Stalins beeindrucken. Dieser hatte wenige Tage vorher eine Steigerung britischer Kriegsbemühungen verlangt. Dass Churchill obendrein angedeutet hatte, die Deutschen auf ihrem Rückzug aus Breslau „braten“ zu wollen, sei nicht nur am Rande erwähnt.

Heftig umstritten sind die Frage, ob US-amerikanische Jäger vom Typ North American P-51 „Mustang“ nach dem Tagesangriff vom 14. Februar 1945 auf Zivilisten am Elbufer und im Großen Garten geschossen haben, sowie die Gesamtzahl der von den Luftschlägen getöteten Personen.

Tiefflugbeschießungen durch „Mustang“-Piloten schilderten etliche Zeitzeugen. Ihnen widersprach ein anderer Beobachter, Buchautor Götz Bergander („Dresden im Luftkrieg“). Historiker Helmut Schnatz ergänzte das mit physikalischen Argumenten: Die unruhige Thermik während und nach dem Feuersturm sowie eine dichte Wolkendecke hätten einen raschen Sinkflug der „Mustangs“ ausgeschlossen beziehungsweise für die Piloten zum inakzeptablen Risiko gemacht. Da sich zudem bei Geländeprobe keine Geschosrückstände fanden, darf man vermuten, dass Tieffliegerangriffe auf Dresdner Zivilisten zumindest kein Massenphänomen gewesen sind.

Die Todesopferzahl beschreiben Politiker und Leitmedien seit dem Abschlussbericht einer „Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden“ (2010) mit „höchstens

25000“. Allerdings hatte ihr Initiator, der Dresdner Oberbürgermeister von 2002 bis 2008 Ingolf Roßberg, keine ergebnisoffenen Forschungen, sondern argumentative Munition im Kampf gegen „rechtskonservative und neonationalistische Kreise“ verlangt. Es verblüfft daher nicht, dass ein Mitglied der Kommission, Stadtarchivar Friedrich Reichert, schon 1994 ebendiese Zahl verkündet und mit den Bestattungsmeldungen dreier Friedhöfe begründet hatte.

„Nazi-Stadt, wie alle anderen“

Die Angabe „höchstens 25000“ ist insofern korrekt, als nach den strengen Maßstäben eines juristischen Vollbeweises (konkrete) höhere Opferzahlen schwer zu belegen sind. Aber eine Historikerkommission ist kein Strafgericht. Man hätte brauchbare Beweisziele wie die realistische Möglichkeit oder die überwiegende Wahrscheinlichkeit zugrunde legen und eingestehen sollen, dass sich hinreichende Gewissheit nur bei der Mindestopferzahl erzielen lässt. Warum wurden Zeitzeugen wie Hanns Voigt oder Erich Puff, denen man offenbar mit Skepsis begegnete, ganz einfach ignoriert? Puff hatte damals mit Blick auf übermenschliche Belastungen der Bergungstrupps erklärt: Vor ihrer Verbrennung auf dem Altmarkt wurden mehrfach „unbekannte Tote, einzelne Körperteile, auch Köpfe nicht gezählt ... Zuletzt wurde überhaupt nicht mehr gezählt.“

Das Vorspiegeln von Erkenntnisunsicherheit und das Verschweigen von Aspekten, die nicht ins Raster niedriger Opferzahlen passen, trübten weite Teile des Abschlussberichts. Eine abwägende Prüfung aller verfügbaren Beweismittel und Opferzahl-Thesen fand nicht statt. Anhand weniger Indizien verneinte die Kommission die Existenz von „Ascheleichen“, also instabiler Aschehäufchen, die naturgemäß kaum zu zählen waren. Da die physikalische Frage, ob in Teilen des Flammenmeers zeitweise Krematoriumshitze herrschte, retrospektiv schwer zu

klären ist, hätte es auch hier des Zeugenbeweises bedurft.

„Bomber Harris do it again“

Einen Kontrapunkt setzte der Publizist Wolfgang Schaarschmidt („Dresden 1945. Daten – Fakten – Opfer“). Er zog Aussagen von Männern heran, die mit der Leichenbergung und -verbrennung betraut waren, und schätzte die Opferzahl auf 130000 bis über 150000. Selbst wenn die Zahl mehr als halbiert würde – dies könnte ein Funkspruch der Wehrmacht nahelegen (Verwechslung von Vermissten und geborgenen Leichen?) – läge man noch bei 50000 bis 70000 Toten. In Reichweite rückte dann die DDR-offizielle Marke von „35000 oder mehr“, der Götz Bergander zustimmte: „Ich akzeptiere die Möglichkeit, dass diese Zahl der Wahrheit am nächsten kommt, mag sie auch um einige tausend höher gewesen sein.“

Haltlose Spekulationen kreisen um die Größenordnung von 200000 und mehr. Entsprechende Urkunden waren nachweislich gefälscht und befeuerten schon die NS-Propaganda.

Zum Trauerspiel geraten die von linken wie rechten Akteuren missbrauchten Gedenkfeiern. Viele Linke weigern sich, die moralische Verwerflichkeit und kriegsrechtliche Problematik der Massentötung unschuldiger Zivilisten, darunter Abertausende Kinder, anzuerkennen oder schmähen Dresden als „Nazi-Stadt, wie alle anderen“ (Stephan Fritz, ehemaliger Pfarrer der Frauenkirche). Die Antifa grölt menschenfeindliche Parolen: „Bomber Harris do it again“. Rechtsextreme versuchen, von NS-Verbrechen abzulenken, diese zu bagatellisieren oder – mit irritierender Gleichsetzung – den „Bomben-Holocaust“ anzuprangern.



„Ich möchte keine Vorschläge haben, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können, ich möchte Vorschläge haben, wie wir 600000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können“

Winston Churchill
britischer Kriegspremier

● Björn Schumacher ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

VON KLAUS J. GROTH

Er konnte besser reden als alle anderen. Das machte Adolf Hitler erst zum Anführer der NSDAP, später zum Führer. In den wirren Anfängen der Partei war er nicht einmal Anführer vom ersten Tag an. Den Anfang machten andere, Männer, deren Namen kaum noch bekannt sind.

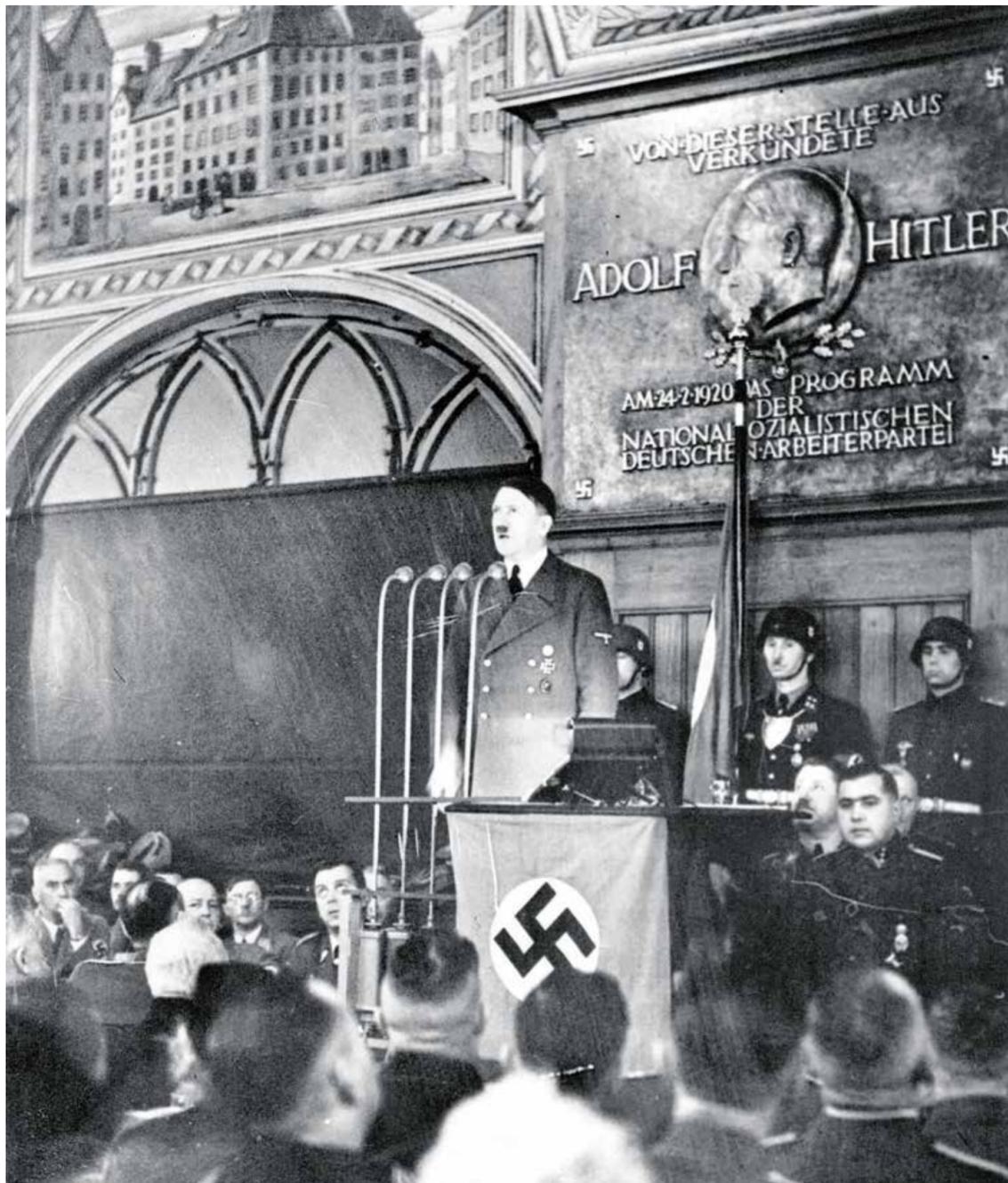
Die Namen des Schlossers Anton Drexler und des Sportjournalisten Karl Harrer stehen am Beginn. Sie gründeten am 5. Januar 1919 in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Drexler wäre gerne 1914 als Kriegsfreiwilliger in den Kampf gezogen, aber man ließ ihn nicht. Seine körperliche Verfassung wurde für zu schwächlich befunden. Stattdessen arbeitete er in einem Ausbesserungswerk der Bahn. Unterstützt von Kollegen, plante er nach dem Krieg eine neue Partei. National sollte sie sein, eine Abwehr gegen internationalistische-marxistische Bewegungen, eine Alternative für das Bürgertum. Antisemitisch und völkisch gab sich die Partei vom ersten Tag an. Der Gründung der DAP waren mehrere Versuche Drexlers vorausgegangen, politisch etwas in Bewegung zu setzen, alle ohne messbaren Erfolg. „Wir bräuchten eine neue Partei, und zwar eine Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei, die judenrein ist“, hatte Drexler überlegt.

Bei seinem Mitstreiter, dem Sportjournalisten Harrer, stieß das nicht auf Gegenliebe. Der leitete eine Vereinigung, die sich „Thule-Gesellschaft“ nannte und deren Zeichen das Hakenkreuz war. Deren Mitglieder waren durchweg bürgerlich, sie tagten im feinen Hotel „Vier Jahrzeiten“ in München, da klang das Wort Sozialismus nicht gut. Harrer, dessen Gesellschaft das Geld für die Parteigründung stellte, setzte sich durch. Das Wort „Sozialismus“ verschwand, die neue Partei sollte „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) heißen. Sie bestand beim ersten Treffen am 5. Januar 1919 lediglich aus der Ortsgruppe München, 25 Kollegen Drexlers von der Bahn. Harrer wurde „Reichsvorsitzender“. Die „Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei“ verlas Drexler. Sie waren mit der Hand geschrieben und sollten eine Brücke zwischen Proletariat und Bürgertum schlagen. Ziel sei es, „gelernte und ansässige Arbeiter“ aus dem Proletariat zu befreien und den Bürgern gleichzustellen. 1920 übernahm Drexler die Führung der Hinterzimmerpartei. Selten kamen mehr als zehn Besucher zu den Treffen.

Gründung der DAP

Hitler notierte über seinen ersten Eindruck bei einem Besuch einer Versammlung der DAP am 12. September 1919, es handele sich um eine Neugründung „wie eben viele andere auch“, erstickend „in ihrer lächerlichen Spießhaftigkeit“, „ein langweiliger Verein“. Dennoch beteiligte er sich an der Diskussion – und machte dabei Eindruck. Ein Lokführer flüsterte Drexler zu: „Mensch, der hat a Gosch'n, den kunnt ma brauch'a.“ Wenige Tage später bekam Hitler ungefragt eine Mitgliedskarte mit der Nummer 555 zugeschickt. Um nicht als Kleinstpartei erkannt zu werden, hatte man die Nummerierung der DAP mit 501 begonnen. Hitler nahm die Einladung zu einer Ausschusssitzung zögernd an. Dabei erlebte er „eine Vereinsmeierei allergrößter Art und Weise“. Das hinderte Hitler allerdings nicht daran, zwei Tage später „den entscheidendsten Entschluss“ seines Lebens zu fassen, er trat der DAP bei, zuständig für Werbung und Propaganda.

Ein halbes Jahr später, am Abend des 24. Februar 1920, wurde im Münchner Hofbräuhaus ein neuer Name für die Partei verkündet. Der „Sozialismus“, den Drexler einst vergeblich in den Namen hatte einfügen wollen, er war wieder da. Diesmal aber ohne Drexlers Wissen, der wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Hitler hatte gemeinsam mit Rudolf Heß, Ernst Röhm und anderen den Zusatz „Na-



Anlässlich des 20. Jahrestages der Parteigründung: Adolf Hitler im großen Saal des Münchner Hofbräuhauses vor einer Tafel mit seinem Konterfei und dem historischen Hinweis: „Von dieser Stelle aus verkündete Adolf Hitler am 24.2.1920 das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“

Foto: pa

GRÜNDUNG DER NSDAP

Hitler und sein „langweiliger, lächerlicher Verein“

Die absolute Macht des späteren Diktators hatte ihre dünnen Wurzeln in Hinterzimmern von München

tionalsozialistische“ vor den bisherigen Parteinaamen „Deutsche Arbeiterpartei“ setzen lassen. An jenem Abend des 24. Februar wurde von Hitler auch das 25 Punkte umfassende Parteiprogramm verkündet. Hauptpunkte: „Aufhebung des Versailler Friedensvertrages“, „Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft von Juden“ und „Stärkung der Volksgemeinschaft“. Darum gilt dieser 24. Februar neben dem 20. Februar des Jahres, an dem die offizielle Ummeldung von DAP in NSDAP vollzogen wurde, als Gründungstag der NSDAP.

Umbenennung in NSDAP

Zwar war Drexler noch Vorsitzender der NSDAP, die Marschrichtung aber gab zunehmend Hitler an. Er mobilisierte die Mengen und brachte damit Geld in die Kassen. Ohne Absprache mit Hitler verhandelte Drexler mit anderen Rechtsparteien. Hitler wütete. Am 11. Juli trat er aus der Partei aus. Drei Tage danach ging ein Brief Hitlers ein. Er bot seine Rückkehr unter der Bedingung an, dass der Vorsitz, ausgestattet mit diktatorischen Vollmachten, an ihn gehe. Der Parteiausschuss unterwarf sich. Da half es Drexler nichts mehr, dass er bei der Polizei vor Hitler

„Mensch, der hat a Gosch'n, den kunnt ma brauch'a“

Ein Lokführer und DAP-Mitglied
Kommentar über Adolf Hitler
gegenüber Anton Drexler

warnte. Am 29. Juli wählte die NSDAP Hitler mit 553 von 554 Stimmen zum Parteichef. Drexler speiste man mit dem Ehrentitel ab. Den hatte er bis 1923.

Auf die Parteigründung in München reagierten mehrere Länder der Republik verzögert mit Parteiverboten. Preußen erließ das Verbot am 11. November 1922. Als eine Ortsgruppe in Berlin gegründet werden sollte, war das Verbot von SPD-Innenminister Carl Severing bereits ausgesprochen. Da half der Ortsgruppe auch das Ausweichmanöver einer raschen Umbenennung in „Großdeutsche Arbeiterpartei“ nichts, auch sie wurde verboten.

Nur in Bayern ging es mit der Partei voran. Bis der Hitler-Putsch am 9. November 1923 scheiterte. Dem folgte ein Verbot der NSDAP im gesamten Reich. Das Vermögen der Partei wurde eingezogen, der „Völkische Beobachter“ zwangsweise eingestellt. Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, nach wenigen Monaten kam er wieder frei. Obwohl noch österreichischer Staatsbürger, durfte er bleiben.

Im Februar 1925 gründete er die Partei neu. „Mein Kampf“ erschien. Von 1933 bis 1945 war die NSDAP die einzige in Deutschland zugelassene Partei.

„ALTMARK“

Zweifel an Norwegens Neutralität

Während des Zweiten Weltkrieges war für die deutsche Wehrindustrie die Versorgung mit schwedischem Eisenerz von existenzieller Bedeutung. Deshalb beabsichtigten die Westalliierten, die für die Verschiffung schwedischen Eisenerzes wichtige norwegische Hafenstadt Narvik unter ihre Kontrolle zu bringen. Außerdem wollten die Briten und Franzosen im Rahmen der Operation Stratford beziehungsweise der Umsetzung des Planes R 4 ins neutrale Norwegen einrücken, um von dort aus Luftangriffe auf Deutschland zu fliegen und die Ostseeausgänge abriegeln zu können.

Da die deutsche Militärführung hiervon Kenntnis erlangte, begann sie ihrerseits, die präventive Besetzung Norwegens und Dänemarks zu erwägen. In diesem Zusammenhang befahl Adolf Hitler am 27. Januar 1940 die Erarbeitung einer entsprechenden Planstudie unter dem Decknamen „Weserübung.“ Allerdings herrschte zu diesem Zeitpunkt noch Unklarheit darüber, ob man das Unternehmen angesichts der deutlichen Übermacht der Royal Navy und der geringen eigenen Seetransportkapazitäten tatsächlich riskieren sollte. In diesem Zusammenhang erlangte die Frage der Verantwortlichkeit der norwegischen Neutralität besondere Bedeutung.

Einen eher negativen Eindruck vermittelte der sogenannte „Altmark“-Zwischenfall vom 16. Februar 1940. An jenem Tag enterten Marine-soldaten des britischen Zerstörers „Cossack“ das deutsche Versorgungsschiff „Altmark“, obwohl es im Jøssingfjord und damit in norwegischen Hoheitsgewässern lag. Die Entertung auf direkten Befehl des damaligen britischen Marineministers Winston Churchill kostete acht deutsche Matrosen das Leben.

Norwegen protestierte zwar am 17. Februar 1940 gegen die gravierende Verletzung seiner territorialen Hoheitsrechte. Das nützte dem Reich jedoch wenig. Entscheidend war, dass vier ebenfalls im Jøssingfjord befindliche Einheiten der norwegischen Marine letztlich passiv geblieben waren, als die „Cossack“ zur Attacke auf die „Altmark“ ansetzte, weil das Außenministerium und die Admiralität in Oslo Weisung erteilt hatten, die Briten nicht an ihrer brachialen Aktion zu hindern.

Als Reaktion auf den „Altmark“-Zwischenfall befahl Hitler am 19. Februar die Intensivierung der Planungen zum Unternehmen Weserübung. Dieses lief am 9. April 1940 an. Die deutsche Seite kam mit ihrer Besetzung Norwegens einer alliierten Landung in Narvik nur um Stunden zuvor.

Wolfgang Kaufmann



FOTO: PA

Die „Altmark“ im Jøssingfjord

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während sich bis Ende 2019 schon 68 deutsche Städte veranlasst sahen, den „Klima-Notstand“ auszurufen, wird Dresden von einem ganz anderen Problem geplagt: Hier herrscht der „Nazi-Notstand“. So beschloss es der Stadtrat am 30. Oktober 2019 mit den Stimmen von Grünen, Linkspartei und SPD sowie einigen Fraktionslosen und FDP-Abgeordneten. Damit folgte das Gremium dem Antrag von Max Aschenbach, einem Mitglied der Spaßpartei Die Partei.

Als Begründung wurde angeführt, dass es zu viele rechte Tendenzen in der Stadt gebe, die weit über Pegida hinausreichen. „Die Gefahr kommt eindeutig von rechts“, bestätigte FDP-Stadtrat Holger Hase, während sein Fraktionschef Holger Zastrow von „Schwachsinn“ sprach. Allerdings erst nach der Abstimmung, bei der er gefehlt hatte. Durch die Ausrufung des „Nazi-Notstands“ wurde Oberbürgermeister Dirk Hilbert (ebenfalls FDP) verpflichtet, schwerpunktmäßig gegen „rechte Gewalt“ und „rechte Positionen“ vorzugehen sowie die „demokratische Alltagskultur“ zu stärken. Hierdurch geriet Dresden nach all der negativen Presse über die Pegida-Demonstrationen erneut in die Schlagzeilen – sogar die „Washington Post“, CNN und der arabische Nachrichtenkanal Al-Dschasira berichteten über die Entscheidung des Stadtrats.

Doch marschieren im altherwürdigen Elbflorenz nun wirklich die braunen Bataillone, deretwegen drastische Sofortmaßnahmen nötig sind? Ein Blick auf die aktuelle Situation sowie einige aussagekräftige Zahlen schafft schnell Klarheit. Wie das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Bericht über das Jahr vor der Ausrufung des „Nazi-Notstands“ mitteilte, kam es im genannten Zeitraum in Dresden zu 359 rechtsextremen Straftaten, von denen 30 als Gewaltdelikte eingestuft wurden. Linksextremisten verübten hingegen 144 Straftaten, darunter 26 Gewaltdelikte, wobei die geringe Aufklärungsquote bei linksextremen Taten eine erhebliche Dunkelziffer vermuten lässt.

Touristenzahl auf Rekordhoch

Aber wie dem auch sei: Die wirkliche Gefahr liegt woanders! Denn den 503 politischen Straftaten stehen 49000 andere Delikte, darunter 1400 Gewalttaten, gegenüber. Wobei der Ausländeranteil unter den mutmaßlichen Tätern 34 Prozent beträgt, obwohl die Nichtdeutschen nur sieben Prozent der Einwohnerschaft stellen. Das erklärt dann auch, dass die meisten Dresdner wenig Angst vor rechtsextrem motivierter Gewalt haben, und somit auch keinen „Nazi-Notstand“ empfinden. Genauso geht es den Touristen: Deren



„Nazi-Notstand“ als willkommene Bestätigung: Aufmarsch der Antifa in Dresden

Foto: imago/Peter Blick

„KAMPF GEGEN RECHTS“

Dresdens Mogelpackung namens „Nazi-Notstand“

Vorbild war der „Klima-Notstand“: Die sächsische Metropole phantasiert ein Problem herbei. In Wahrheit geht es darum, noch mehr Steuergelder für linksextreme Projekte lockermachen zu können

Zahl ist in den vergangenen Jahren trotz des angeblich geschäftsschädigenden „Pegida-Effektes“ gestiegen und gestiegen. So war 2018 das absolute Rekordjahr mit 2,2 Millionen Gästen. Deshalb konstatierte der Chef des Tourismusverbandes, Johannes Lohmeyer, mit Blick auf den Stadtratsbeschluss: „Von einem Notstand ist weit und breit nichts zu sehen.“ Ausländer – seien es Touristen, seien es „Flüchtlinge“ – flanieren gelassen durch die Innenstadt und prägen deren Bild aufs Nachhaltigste.

Was treiben die geschätzten 350 Dresdner „Nazis“ nun eigentlich? Selbst den Verfassungsschützern fällt es schwer, konkrete Taten aufzulisten, welche über spontane Attacken auf Ausländer in Form von Beleidigungen oder einfachen Körperverletzungen hinausgehen, die von einem „unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotential“ begangen wurden. Was die Schlapphüte an „organisierten rechtsextremen Aktivitäten“ auffüh-

ren, sind alles Kundgebungen, Plakataktionen und Konzerte, bei denen es zu keinen Straftaten kam. Selbst die große neue Synagoge am Elbufer blieb von den „Nazis“ seit der Einweihung vor 19 Jahren unbehelligt – die einzigen Hakenkreuzschmierereien an den Mauern des Gotteshauses stammten von einem Algerier.

Im umgekehrten Falle sieht es anders aus: Während man nach „nazistischen“ Graffiti wie „Ausländer raus!“ im Dresdner Stadtbild lange suchen muss, stechen die Verunglimpfungen demokratischer Parteien durch Linksextreme allerorten ins Auge. Neben dem quasi unverzichtbaren „F(U)CKAFD“ finden sich auch Parolen gegen die CDU, FDP oder SPD.

Dazu kommen die schweren Sachbeschädigungen an den Häusern der Dresdner AfD-Funktionäre und -Landtagsabgeordneten Karin Wilke und Hans-Joachim Klaudiver, denen jeweils Aufrufe auf linksextremen Internetportalen vorausgegangen waren, Politikern der Alternative für

Deutschland „Besuche“ am Wohnort abzustatten.

Ebenso traf der Terror von links Einrichtungen der Bundeswehr, die Landeszentrale für politische Bildung, das tschechische Generalkonsulat sowie Restaurants wie das „Ballhaus Watzke“ in Dresden-Pieschen und das „Mephisto“ in Dresden-Löbtau. Auch vor dem Fahrzeug des Politikprofessors Werner Patzelt machten die „Autonomen“ nicht Halt. Der hatte ihren Zorn erregt, weil er angeblich zu viel Toleranz gegenüber Pegida aufbringe und als „Versteher der rechten Szene“ fungiere.

Linksextremisten sind hoch aktiv

Die Ausrufung des „Nazi-Notstands“ ist also Etikettenschwindel. Weder zeigen sich die „Braunen“ im Stadtbild, noch gibt es „No-Go-Areas“, in denen Rechtsextremisten das Sagen haben – ganz im Gegensatz zur Neustadt, wo die links-grüne Szene herrscht, in der man weder Polizei

noch Andersdenkende dulden mag. Deshalb kann der Beschluss des Stadtrats nur als weiterer plumper Versuch gewertet werden, mit dem Hochspielen der „Rechten Gefahr“ vom Treiben gewaltbereiter Linker abzulenken und die Kommune zugleich noch dazu zu bringen, deren Vereinsleben und Treffpunkte mit Steuergeldern zu sponsern – obwohl Dresden hier schon vor dem „Nazi-Notstand“ die Spenderhosen anhatte. Wer dies nicht glaubt, dem sei ein Besuch im „Alternativen Zentrum Conni“ in der Rudolf-Leonhard-Straße empfohlen. Dieser Szenetreff, in dem auch Linksextreme verkehren, wurde von 2017 bis 2019 – da er als „soziokulturelle Einrichtung“ gilt – mit 825000 Euro aus der Stadtkasse kernsaniert. So kann sich dort nun wieder an jedem fünften Mittwoch die Undogmatische Radikale Antifa Dresden als Gastgeber gerieren. Dass die URA zugleich regelmäßig Twitter-Botschaften verbreitet wie „Ewiger Hass der Polizei“, steht dabei nicht im Wege.

MASSEINWANDERUNG

Statt Ärzten kamen Barbieri

„Babershops“ schießen wie Pilze aus dem Boden: Sicherheitsbehörden vermuten oft Geldwäsche von Araberclans

Fast überall in Deutschland sind in den vergangenen Jahren mit der Immigration aus dem arabisch-muslimischen Kulturkreis neben Shishakneipen auch bislang kaum bekannte sogenannte Barbiershops entstanden. Sie schießen buchstäblich wie Pilze aus dem Boden. Vor allem in den Problemvierteln der Clankriminalität haben sie Hochkonjunktur. Den klassischen Friseurbetrieben sind die Barbiershops schon länger ein Dorn im Auge, weil sie zum einen Kunden abziehen und zum anderen teilweise illegal sind.

Barbiershops richten sich vor allem an Männer und legen einen großen Fokus auf Bartpflege. Diese darf auch von Mitarbeitern ohne Friseurausbildung durchgeführt werden, sobald aber auch das Haupthaar frisiert wird, wird auch hier

eine Zusatzausbildung oder ein Meisterbrief benötigt.

Die Herrensalons sind wie die Shishabars in den Fokus der Sicherheits- und Finanzbehörden geraten. Diese vermuten, dass dort nicht nur Bärte gestutzt werden. Die Behörden vermuten auch Verbindungen zu kriminellen arabischen Clans, denn es ist nur selten bekannt, woher das Geld für die oft großen finanziellen Investitionen zur Einrichtung dieser Läden stammt. Wenn in einem von Clans kontrollierten Viertel in Essen innerhalb kürzester Zeit 20 Barbiershops eröffnen, passiert das nicht zufällig. In den Clanhochburgen öffnet kein Geschäft mehr, ohne dass die Clans in irgendeiner Form damit zu tun haben und davon in irgendeiner Weise profitieren. Es mag unter den

Barbiershops legal Arbeitende geben, die nichts mit Clankriminalität zu tun haben, aber der Anteil derer, die eigentlich nur der Geldwäsche dienen, dürfte hoch sein. Nur wenn man die Clans von ihrem illegalen Geld trennt, kann man den Kampf gegen diese Strukturen gewinnen.

Nun auch bei Deutschen beliebt

Die Shops sind nicht nur bei jungen Männern aus Nordafrika und dem Nahen Osten beliebt, sondern auch bei einer wachsenden Schar Einheimischer. All diejenigen Männer, die dem Hipster-Trend folgen und sich einen Bart wachsen lassen, legen besonderen Wert auf dessen Pflege. Viele kommen oft wegen der günstigen Preise: zehn Euro für einen Herrenhaarschnitt, 23 für Waschen/Schneiden/Bart,

30 für ein Komplettpaket mit Kopfmassage. Terminabsprachen benötigt man nicht, es geht alles sehr schnell. Hier werden nicht nur Bärte formatiert, sondern auch Nasenhaare gewachst, Augenbrauen mit einem rhythmisch gezogenen Faden gezupft und Ohren ausgeflämmt. Das bieten deutsche Friseure nicht, gehört aber im Orient zur Haarpflege schon immer dazu.

Zu Beginn der Massimmigration aus dem arabischen Raum wurden Barbiershops sogar mit Steuergeld gefördert, weil man dort Möglichkeiten der schnellen Integration sah, weil anstatt Ärzten und Akademikern massenhaft Barbieri kamen. In der arabischen Männerkultur genießen sie hohes Ansehen und gehören zur Mittelschicht, weshalb sich diese auch

die teure Überfahrt nach Deutschland leisten konnten.

Wenn es wenigstens gelänge, einen Teil der Barbierimmigration anstatt in die Geldwäsche der Clans in Altenheime zu lenken, wo auch Dienstleistungen dringend dieser Art gebraucht werden, hätte das Ganze zumindest noch einen positiven Nebeneffekt. Aber danach sieht es nicht aus. Im Orient, wo die Frau in der Öffentlichkeit abgeschirmt und faktisch nicht präsent ist, ist das Friseur- und Barbierhandwerk ein rein männliches, die Frauen werden weitgehend hinter verschlossenen Türen frisiert. Dieser Trend wird auch jetzt immer mehr in Deutschland Einzug halten, auch wenn in Deutschland Geschlechtertrennung gesetzlich verboten ist.

Bodo Bost

BAHNAUSBAU

Allenstein erhält einen Verkehrsverbund

Ausbau der Bahnstrecke und Haltestellen ist in vollem Gange – Inbetriebnahme im Sommer geplant

VON DAWID KAZANSKI

Vieles weist darauf hin, dass die Bewohner Allensteins im kommenden Sommer neue Möglichkeiten zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs erhalten. Im September letzten Jahres begann bereits die Erneuerung der Eisenbahnstrecke von Allenstein nach Göttkendorf. Der Ausbau des Schienenverkehrs, der zur Entstehung einer sogenannten Stadtregionbahn führen soll, befindet sich schon in einer fortgeschrittenen Etappe. Für das Projekt sind die Polnischen Staatsbahnen PKP verantwortlich.

Die neue Zughaltestelle Allenstein-Stadtmitte ist seit Dezember im Betrieb, und es sollen noch drei weitere Bahnsteige errichtet werden, und zwar in den Bezirken Lykussen und Redigkainen sowie an Wirtschafts- und Energiefachschulen, die in der Langseestraße Richtung Stadtzentrum gelegen sind. Dabei ist beabsichtigt, an der Station in Lykussen eine Ausweichstelle anzulegen, wodurch die Kapazität der Strecke wächst. Wenn man die bereits bestehenden Bahnhöfe und eine Zughaltestelle in Deuthen berücksichtigt, so ergibt sich, dass den Fahrgästen in baldiger Zukunft insgesamt sieben Haltestellen zur Verfügung stehen.

Sieben Haltestellen in Allenstein

Im Rahmen der Bahnstreckenmodernisierung werden die alten durch neue Schienen ersetzt, und eine Unterführung für Fußgänger und Radfahrer ist in Planung. Der zukünftige Fußgänger- und Fahrradtunnel im Jahnweg, der den alten Bahnübergang ersetzen soll, gewährleistet ein höheres Sicherheitsniveau. Er werde eine bequeme Überfahrt für diejenigen sein, die den Stadtstrand von Allenstein von der Seite der Langseestraße aus besuchen möchten, sagte Martyn Jandula, Sprecher der PKP.

Die Erneuerungen sollen den Reisenden insgesamt einen guten Standard bieten. Die 76 Zentimeter hohen Bahnsteige



Der intensive Ausbau hat begonnen: Arbeiten an der innerstädtischen Bahnstrecke

Foto: D.K.

erleichtern das Einsteigen in die Züge. Eine rutschfeste Oberfläche und eine funktionelle Beleuchtung ermöglichen eine sichere Bewegung auch bei Dunkelheit. Neue Bänke, Überdachungen und gut verständliche Informationstafeln für Fahrgäste sollen für mehr Komfort sorgen. Es werden auch Einrichtungen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität installiert: Rampen, Führungen und Tasterwege.

Wenn die Anbindungsbahn fertig ist, will man sich noch um einen Fahrkartentarif bemühen, der es ermöglicht, sich mit einer Fahrkarte zu einem erschwinglichen Preis per Bus, Straßenbahn und Bahn im Ballungsraum Allenstein zu bewegen. Die Vertreter der Polnischen

Bahn und des städtischen Transportunternehmens diskutieren über mögliche Lösungen.

Verkehrsverbund wie in Warschau

Nach dem Vorbild anderer Großstädte wie Danzig, Warschau oder Lodz sollen sich die Betreiber der verschiedenen öffentlichen Transportmittel besser ergänzen und den Personennahverkehr optimieren. Es geht darum, eine Art Verkehrsverbund einzurichten, der einerseits der Verkürzung der Reisezeit dient, und andererseits durch eine Verringerung der Fahrtkosten die Städte dazu anspornen soll, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen und somit einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Die neuen Einrichtungen werden den Zugang zur Eisenbahn erheblich verbessern, was sich unmittelbar auf den Verkehr innerhalb des Stadtgebiets auswirkt und hilft, die Staus zu reduzieren. Von den Siedlungen Redigkainen, Lykussen und Göttkendorf aus wird es möglich sein, das Stadtzentrum in kurzer Zeit mit dem Zug zu erreichen. Auch die Einwohner der Nachbargemeinden werden profitieren, die mit neuen Bahnverbindungen einen bequemeren Zugang zur Arbeit und zu den Schulen bekommen. Die Kosten für Modernisierungsarbeiten sowie der Umbau der Bahnstrecke im Stadtgebiet belaufen sich umgerechnet auf etwa 15 Millionen Euro.

MELDUNGEN

39 Klassen geschlossen

Königsberg – In der Gebietshauptstadt und im gesamten nördlichen Ostpreußen sind 39 Klassen an Lehr-einrichtungen vorsorglich wegen Grippe- und Atemwegserkrankungen geschlossen worden. Am 4. Februar wurden die Schüler der betroffenen Anstalten in einen zehntägigen Zwangsurlaub geschickt. Betroffen waren Schulen in Tapiau, Pr. Eylau, Ragnit und um Labiau. Insgesamt wurden Klassen in 25 Schulen und 29 Gruppen von 21 Kindergärten nach Hause geschickt. MRK

S16 wird gebaut

Groß Borken/Sensburg – Der Ausbau der Schnellstraße 16 von Groß Borken bis Sensburg erfolgt noch in diesem Jahr. Inzwischen wurde der Auftragnehmer für den Bau der Schnellstraße 16 ermittelt. Innerhalb von 36 Monaten muss der Baukonzern Porr AG die Strecke für umgerechnet rund 147 Millionen Euro fertigstellen. Der Vertrag soll noch in diesem Quartal unterschrieben werden. PAZ

„Friedländer Tor“ gefördert

Königsberg – Das Museum Friedländer Tor hat gemeinsam mit seinem polnischen Kooperationspartner „Swaitowid“ und dem Museum für Archäologie und Geschichte eine internationale Ausschreibung gewonnen. Die Förderung in Höhe von 1,2 Millionen Euro findet im Rahmen einer grenzüberschreitenden Kooperation statt. Das Museum wird die Gelder für Elektrifizierung, Entwässerung und das Anlegen von Fußwegen auf dem 1,7 Hektar großen Gelände ausgeben und plant eine neue Ausstellung. MRK

E-MOBILITÄT

Mehr Ladestationen für Autos

Der polnische Staat fördert den Ausbau der Infrastruktur für Elektro-Pkw – Auch Allenstein profitiert

Noch sind Elektroautos eine recht teure Alternative, aber nach Meinung von Experten können sie in einigen Jahren zu einem Haupt-Transportmittel werden und den gesamten Verkehrssektor revolutionieren. Auch auf polnischen Straßen wächst die Anzahl der E-Autos. Angesichts langsam voranschreitenden Kohleausstiegs sowie der schwer erreichbaren Klimaziele drängt man polenweit auf den Ausbau der Elektromobilität.

In Allenstein sollen bis Mitte März 100 neue Stromtankstellen aufgestellt werden. Die erste Ladesäule für Elektrofahrzeuge wurde vor sechs Jahren auf dem Parkplatz des Wissenschafts- und Technologieparks errichtet. Nach dem Gesetz über die Elektromobilität müssen große und mittelgroße Städte neue Standorte für öffentlich zugängliche Ladepunkte vorschlagen. Auf diese Weise soll die



Sie sollen helfen, die Infrastruktur der Elektromobilität zu verbessern: Ladestation in Allenstein

Foto: D.K.

Elektromobilität in Polen gefördert werden. Wie Łukasz Pikula, der Bevollmäch-

tigte des Stadtpräsidenten für die Energieinfrastruktur, sagte, zieht man haupt-

sächlich Standorte in der Nähe von Mehrfamilienhäusern und in den von Anwohnern stark frequentierten Gebieten in Erwägung. Genannt wurden das Gebiet um den Okulsee und der Altstadtbereich.

Die meisten derzeit bestehenden Stromtankstellen gibt es in den Parkhäusern der größten städtischen Einkaufszentren „Ermländische Galerie“ und „Aura“.

Im vergangenen Jahr wurden in der gesamten Republik Polen 1400 Elektroautos verkauft. Zwar gehört Allenstein nicht zu den Spitzenreitern in diesem Bereich, aber die Autohändler sehen ein wachsendes Interesse an elektrisch angetriebenen Wagen. Je realer das in Aussicht gestellte Förderprogramm der Regierung für den Kauf von Elektroautos wird, desto größer ist die Chance, die Kaufentscheidung der Verbraucher zu beeinflussen. Damit ein Fahrer auf seinen konventionellen Diesel- oder

Benzin-Pkw verzichtet und auf ein Elektroauto umsteigt, muss die nötige Ladeinfrastruktur ausgebaut werden.

Der Aufruf zur Einreichung von Förderanträgen wird voraussichtlich noch in diesem Quartal erfolgen. Im polnischen Parlament wird noch erörtert, wie die Kaufprämie für Elektrofahrzeuge künftig errechnet wird. Der größte Nachteil umweltfreundlicher Autos ist ihr hoher Preis. Zu den Vorteilen zählt, dass man die Bus-spuren benutzen darf, was besonders zu Stoßzeiten angenehm ist, da man Staus meiden kann, sowie gebührenfreies Parken. Derzeit sind in Allenstein 21 Elektroautos zugelassen. Vor einem Jahr waren es nur sieben. Mit dem ausgebauten Netz von Ladestationen und geplanten Subventionen wird in Zukunft die Nachfrage nach E-Autos vermutlich steigen. D.K.

Heimatkreisgemeinschaften

Auseinandersetzungen zwischen zwei verschiedenen kulturgeschichtlichen Dimensionen – zwischen Ost und West steht.“

Nach weiteren markanten Hinweisen zur Entwicklung in der Geschichte der Nachkriegszeit stellt er fest: „Europa wächst. Wächst es auch zusammen? Die Nation, der Nationalstaat gilt nichts mehr. Wollen wir kein Europa der Vaterländer, von dem de Gaulle sprach? Wollen wir die Eigenheiten der Nationen und Völker abschaffen?“ Und führt weiter aus, dass gerade in der globalisierten Welt die modernen Nationalstaaten Hauptpfeiler von Demokratie und Gesellschaft sind.

Zum Schluss wirft er die Frage auf und beendet seinen Vortrag mit den Worten: „Wie wird es mit dem Bund der Vertriebenen und der Landsmannschaft Ostpreußen weitergehen? Es sind nicht nur die rückläufigen Mitgliederzahlen, die besorgt in die Zukunft schauen lassen – zu unserer Freude stoßen aber immer auch jüngere Menschen zu uns – sondern es fehlt das Bewusstsein, dass das Land hinter Oder und Neiße Jahrhunderte altes deutsches Land gewesen ist.“

Das Kapitel Ostdeutschland scheint abgeschlossen zu sein. Trotz vieler Rückschläge, die wir und unsere Eltern hinnehmen mussten, wollen wir hoffnungsvoll in die Zukunft sehen, der alten Heimat die Treue halten, und die Erinnerung an ein wunderschönes Land, das bis zum heutigen Tag uns alle und auch die Nicht-Ostpreußen in ihren Bann zieht, wachhalten.“

Das Auditorium dankte mit großem Applaus für seine Rede. Für den nächsten Vortrag zum Thema: „Das deutsche Geschichtsbewusstsein 2020“ kündigte der Vorsitzende Generalmajor Gerd Schultze-Rohnhof an und führte zur Vita des Referenten folgendes aus:

„Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rohnhof, 1939 in Weimar geboren, ist in Bonn aufgewachsen und hat dort Abitur gemacht. Er ist anschließend in die Bundeswehr eingetreten, ist in der Panzertruppe und später für den Generalstabsdienst ausgebildet worden. Er war in Truppenkommandos, im Verteidigungsministerium und in der NATO eingesetzt. Als letztes Kommando hat er die 1. Panzerdivision in Hannover und den Wehrbereich Niedersachsen-Bremen geführt.“

Seit seiner Pensionierung vor 24 Jahren ist Schultze-Rohnhof vor allem als Schriftsteller tätig. Er hat unter anderem mehrere Bücher geschrieben, meist zu historischen Themen, z.B. das Buch: „Der Krieg, der viele Väter hatte“, dessen Resümee er uns vortrug. Zudem hat er auch das Buch „Das tschechisch-deutsche Drama“ über die Geschichte der Sudetengebiete zwischen 1918 und 1939 verfasst.

Man muss das zitierte Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ gelesen haben, um in den Dschungel der vom Referenten nachgewiesenen Zitate, Schriften und medialen Veröffentlichungen über die Mitschuldigen des 2. Weltkrieges und die Einstellung der Deutschen zur Geschichte eintauchen zu können. Er selber sagt von sich zu dem Thema:

„Ich bin auf das Thema gestoßen, als ich noch während meiner Dienstzeit ausländische Literatur nach Rüstungsvorgängen der Vorkriegszeit zu untersuchen hatte. Dabei fand ich zu meiner großen Verwunderung, dass eine Reihe

von englischen, amerikanischen, tschechischen und französischen Historikern ihren Regierungen der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts vorwarfen, sie hätten den 2. Weltkrieg verhindern können, wenn sie es gewollt hätten; und zwar nicht mit Appeasement-Politik, sondern mit einer ausgeprägten Friedenspolitik. Manche gingen sogar so weit zu behaupten, dass ihre Regierungen den Krieg mit verursacht hätten. Den Behauptungen bin ich nach meiner Pensionierung in Archiven nachgegangen, fand sie bestätigt und beschloss, ein Buch darüber zu schreiben.“ Der Vortrag fand allgemein einen großen Zuspruch. Der Vorsitzende dankte dem Referenten und überreichte ihm zum Dank das Buch „Die Geschichte Königsbergs“.



Preußentag in Kiel Festredner Gerd Schultze-Rohnhof sprach zu den Teilnehmern über das Geschichtsbewusstsein der Deutschen in der Gegenwart Foto: Eckloff

Ortschaft Plaschken vor, das im Grenzgebiet zwischen der Nordostpreußischen Enklave und Litauen direkt gegenüber von Tilsit an der Memel liegt. Dr. Walter Rix ist hier Vorsitzender des Rettungsvereins „Rosa Sitzsniene“. Die Kirche des Ortes, erbaut 1901, ist ein Denkmal norddeutscher Backsteinarchitektur. Als Ruine ist sie von dem Verein für 30 Jahre gepachtet worden. Die Kirche ist ein Zentralpunkt im Memelgebiet und war insbesondere in den Jahren 1946/47 ein Treffpunkt der Wolfskinder. Der gleichnamige Film „Die Wolfskinder“ ist u.a. auch in der Kirche gedreht worden. Ziel des Vereins, der aus litauischen Bürgern, den Wolfskindern bzw. heute auch schon deren Kindern und auf russischer Seite aus deutschstämmigen Bürgern besteht, ist, die Kirche wieder aufzubauen und hier ein Dokumentati-

onszentrum für die Wolfskinder zu schaffen. In einem kurzen Film wurden u.a. die Renovierungsarbeiten am Dachstuhl und die Aufhängung einer Glocke am provisorisch gebautem Glockenstuhl gezeigt. Die Glocke konnte aus dem süddeutschen Raum kostenlos erworben werden. Insgesamt eine einmalige Maßnahme, die zeigt, wie das Zusammenleben von verschiedenen Menschengruppen grenzüberschreitend an einem Projekt funktionieren kann.

Nach der Mittagspause hielt Peter Gerigk, er ist Mitglied im Vorstand der LO, einen Vortrag zum Thema: „Der Kriegsschauplatz Ostpreußen im Ersten Weltkrieg und die Zeit nach den Kämpfen“ und begann mit der Entstehung des Krieges.

Die folgenschweren Schüsse von Sarajevo, die am 28. Juni 1914 den österreichischen Thronfolger Franz Friedrich tödlich trafen, führten zur Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien. Deutschland sicherte Österreich die volle Unterstützung zu und verlangte von Russland und Frankreich Neutralität in diesem Konflikt. Beide Länder machten aber ihre Truppen mobil, so dass im August 1914 Deutschland Russland und Frankreich den Krieg erklärte. Dadurch geriet Deutschland in einen Zweifrontenkrieg.

Der Vortragende ging nun insbesondere auf die Kriegshandlungen in der deutschen Provinz Ostpreußen ein, in der sich die deutsche 8. Armee gegen die russische Njemen-Armee im Norden und der Narew-Armee im Süden Schlachten lieferten. Mit exakten Daten und den Ortsnamen wurden die einzelnen Kampfhandlungen bis zum Sieg am 28./29. März 1915 bei Taugoggen über die russische Übermacht, auch an Hand von Karten und Bildern, dargestellt. Damit war Ostpreußen nach dem Einmarsch der Russen am 22. August 1914 wieder befreit. Man spricht auch von Ostpreußen 1914/15, dem vergessenen Krieg. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seinen Vortrag.

Zur Abwechslung und Erheiterung des Auditoriums trugen Margit Falk und Ingelore Spaeth einen Sketsch vor, in dem es sich um Wortverwechslungen drehte. Zum Abschluss ließ der Vorsitzende der LO Mölln, Herr Kuhr, noch einen Film abspielen, der Königsberg nach vor dem 2. Weltkrieg in seiner Pracht und die heile Stadt zeigte. Nach einer Kaffeepause beschloss der Vorsitzende Edmund Ferner mit dem Singen des Ostpreußenliedes den Preußentag 2020.

Rätsel

erhöhen, auszeichnen	wagen, aufs Spiel setzen	Glockchen, Klingel	Knaben-Frauenpartie im Chor	Schiff Noahs	bestehen aus, einschließen	heftige Gefühlsregung	Steigen und Fallen des Wassers	nachträgliche Montage	Chirurg	vordringlich	europ. Kultur-TV-Kanal	Haarknoten	Zauberer
Titelfigur eines Vampirromans			Zusammenkunft (ugs.)		Besessenheit		unmittelbar		Duftwasser		Kochsalz enthaltendes Wasser	nicht außen	
Schutzdamm am Meer		entstehen lassen							frisch und leistungsfähig				
			Laubbaum		Maßeinteilung an Messgeräten		Lungenfähigkeit	Begriff aus Jazz und Popmusik			leere Redensart	Frauen-gestalt im „Freischütz“	
Bruder d. Mutter oder des Vaters	span. Maler (Francisco de)	Nichtfachmann			orientalischer Markt			Landstreitkräfte		Wagenbespannung			
willkommen, erwünscht				ganztäg. Liegen auf Anweisung					Wildhüter				
		Kfz-Zeichen Peine		unverhehrt, heil		tapfer	Stimme; Volksentscheid	besitzanzeigendes Fürwort			Gespens		ungewöhnlich, nicht üblich
feine Hautöffnung	Kostenpunkt				chem. Zeichen für Germanium	Währungseinheit						Kauf, Anschaffung	
süd-amerikanisches Gebirge			knabbern				nicht folgsam		Singvogel	mit den Augen wahrnehmen			

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

E E F G I	A E K T		I L N N O	E E L R		A I L N W	A A G L	E O R S	A N S S
A E G L N						A A R			
A E N O			D E L N	O S					
						A S S			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort in Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für etwas gerade Aufgekommenes.

1	GRUND					GUT
2	HAUS					STALL
3	SEE					BANDE
4	TARIF					BALL
5	SELBST					LOS
6	SKI					SPITZE
7	MOHN					TEIG

3. Albaner
Magisch: 1. Paddeln, 2. Edelgas, Neuheit

Mittelworträtsel: 1. Gedanken, 2. Huhn, 3. Rauben, 4. Abschluss, 5. Zweifeln, 6. Stiefel, 7. Broetchen

Schüttelrätsel:

S	E	N	O	A	R	A	S
T	O	E	N	D	L	S	
A	N	G	E	L	A	R	
S	K	I	F	L	E	G	E
L							

So ist's richtig:

K	U	W	U	N	E	N			
K	U	W	U	W	U	W			
K	U	W	U	W	U	W			
K	U	W	U	W	U	W			
K	U	W	U	W	U	W			
K	U	W	U	W	U	W			
K	U	W	U	W	U	W			

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kanufahren
2 luftförmiges chemisches Element
3 Angehöriger eines Balkanvolkes

KRIEGSFOLGEN

Flucht durch Eis und Schnee

Eine Familie aus Braunsberg überlebt die Kriegstragödie – über das Frische Haff gelangten Mutter und Kinder in den Westen

VON SIEGFRIED F. WIECHERT

An einem frostigen Tag Mitte Februar 1945, bei minus 25 Grad Celsius, türmten sich vor unserer Haustür Schneeverwehungen. Dann kamen die Männer der SA in ihren Uniformen, und an den breiten Ledergürteln hingen Pistolen. Sie hatten Befehl, uns vor den Gräueltaten der sowjetischen Armee zu warnen. Mit energischer Stimme forderten sie uns auf, am nächsten Tag unser Haus zu verlassen, sie drohten sogar mit Erschießungen.

Mutter hörte von Nachbarn, die Front sei nur drei Kilometer südlich von Braunsberg entfernt. In der nächsten Nacht flogen die Geschosse der Roten Armee über unser Haus hinweg, sichtbar wie glühende Pakete am Nachthimmel. Zwei Artilleriegeschosse trafen die westliche Giebelwand unseres Hauses, zahlreiche Granatsplitter steckten im Putz der Außenwand, eine Bombe explodierte vor unserem Haus, und zwei Nachbarhäuser wurden zerstört. Ein Gefühl der Angst und Bedrohung überkam uns. Wir zogen doppelt Kleider und Strümpfe an, meine Mutter ihre Stiefel, und machten uns auf den Weg. Mein jüngerer Bruder im Kinderwagen, geschoben von Mutter, und ich (im 9. Lebensjahr); meine Tante und meine Cousine ergänzten unsere kleine Fluchtgruppe. Ich zog unseren Schlitten, den Mutter mit Eingemachtem und Decken, Kopfkissen und Jacken bepackt hatte.

Zunächst führte der Fluchtweg an der zerbombten und von Leichen verseuchten Innenstadt Braunsbergs vorbei. Der Treck, dem wir uns anschlossen, bewegte sich hinter dem Deich neben dem Fluss Passage. Es war eine Tagestour über matschigen Schnee. Viele ältere Menschen kamen nicht weiter, lagen im nassen Schnee am Wegesrand, und mancher hauchte hier seinen letzten Atem aus. Ich sah in ihre Augen und auf die bleichen Gesichter der im nassen Schnee Liegenden.



Sie traf es besonders schwer: Frauen mit kleinen Kindern

Foto: Archiv PAZ

Waren sie schon dem unbarmherzigen Tod erlegen?

Meine Mutter kannte eine Bauernfamilie in Altpassarge, bei der wir auf der Tenne in ihrem vollbelegten Bauernhaus eine Übernachtungsmöglichkeit fanden. Wir lagen mit verwundeten Soldaten und Flüchtlingen eng zusammen. Im Raum stieg der Geruch von Enge und verbrauchter Luft in die Nase. Noch zur späten Stunde suchten immer wieder von der Flucht erschöpfte Menschen Einlass und ein Dach über dem Kopf.

Schon früh am nächsten Tag, orange-gelb spiegelte sich die aufgehende Sonne auf der Eisfläche des Frischen Haffes, und unter dem wolkenlosen Himmel stand die Kälte still, schlossen wir uns dem Treck unserer Landsleute an. Der aus Leiterwagen und Pferdegespannen zusammengestellte Treck schlängelte sich auf dem mit Birkenästen abgesteckten Weg über das zugefrorene Frische Haff. Ein stiller, nicht enden wollender Zug, nur die Pferde, die die Wagen zogen, hörte man ab und an wiehern und ihr Atem stieg wie weißer Nebel

in die kalte Luft. Der klirrende Frost und der scharfe Wind, der über das Eis fegte, biss ins Gesicht, ließ meine Hände gefühllos werden, drang durch die Jacke und zog von unten durch die Schuhsohlen. Noch heute sieht man die Hautverfärbungen vom Frost an einigen Stellen meiner Zehen.

Auf dem Eis kam unserer Gruppe ein herrenloser großer Hund zugelaufen, sein Rücken reichte mir bis zur Hüfte. An einer Pfote war er verbunden und humpelte. Er lief zu meinem Schlitten und beschnüffelte das Gepäck, unsere letzte Habe.

Mutter bekam am zweiten Tag unserer Flucht Krämpfe in den Armen vom Schieben des Kinderwagens. Sie hob meinen kleinen Bruder aus dem Wagen, und er ist auch ab und zu eine kurze Strecke gelaufen, damit Mutter sich etwas erholen konnte. Sie bemühte sich jedoch, so schnell wie möglich die Frische Nehrung zu erreichen, um festen Boden zu betreten. Wegen seiner noch geringen Lebensjahre lief mein Bruder auf dem Eis nur kleinschrittig, sodass wir nicht recht vorankamen. Mutter hob ihn wieder in den Kinderwagen, denn die bewaldete Frische Nehrung lag im blauen Dunst am Horizont noch kilometerweit entfernt.

Wir hatten Angst vor Tieffliegern, die freie Eisfläche und der wolkenlose Himmel ließen bei Beschuss keine Deckung zu. Wir hörten entfernt vom Festland das Brummen der Flugzeugmotoren und die Explosionen von abgeworfenen Bomben sowie den Granatendonner, abgefeuert aus den Rohren der russischen Panzer. Aufklärungsflüge über das Frische Haff ließen die feindlichen Flieger an diesem Tag aus. Kurz bevor wir nach einem Tagesmarsch das Ufer der Frischen Nehrung erreichten, zeigten sich im Eis lange Risse und ich hatte Angst, so eine schwimmende Eisscholle zu übersteigen, denn man konnte abrutschen ins eisige Wasser. Aber der Hund, mein treuer Begleiter, machte es mir vor.

Er sprang über die schwankenden Eisschollen und nahm mir die Angst, sie zu überschreiten. So gelangte unsere kleine Fluchtgruppe unverletzt, aber gezeichnet von den Strapazen der zweitägigen kilometerlangen Flucht durch Eis und Schnee, zu Fuß auf die Frische Nehrung.

Auf Lkw der Wehrmacht wurden wir von Soldaten auf die Ladefläche gehoben und mit abgedunkelten Scheinwerfern noch in den Abendstunden über einen unebenen Sandweg (früher die ehemalige Poststraße) nach Pillau-Neutief befördert, nachdem wir fast unser ganzes Gepäck und die von Mutter gepackten Nahrungsmittel, auch unseren Schlitten, zurücklassen mussten. So schafften die Soldaten mehr Platz auf der Ladefläche für Flüchtlinge. Frauen mit kleinen Kindern bekamen bei der Auswahl zur Mitnahme den Vorzug. Meiner Mutter ließen sie ihren Kinderwagen, in dem mein kleiner Bruder dick angezogen und eingewickelt in Decken lag.

Keiner kannte das Ziel. Nur Vermutungen kursierten. Im Februar 1945 wurde Pillau am Seekanal nach Königsberg zur Sammelstelle für Flüchtlinge. Unsere Gruppe bestieg ein Küstenmotorschiff ab Pillau nach Gotenhafen-Neufahrwasser und weiter ging es mit der „Deutschland“ über die Ostsee vor die Insel Rügen auf Reede vor Sassnitz, nach der Ausbootung von dort aus im Güterzug bis in die Nähe der niederländischen Grenze. Hier blühten schon die Osterglocken. Unser Fluchtweg dauerte etwa sechs Wochen.

Nachtrag zu „Unsagbares Leid auf allen Seiten“ (PAZ-Nr. 6, Seite 18)

Bernhard Mrosz ist Kapitänleutnant a.D. Er war als Dolmetscheroffizier für die russische und polnische Sprache tätig. Den genannten Artikel von Wadim Gasisow übersetzte er aus dem Russischen für die PAZ.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Folgen der Vertreibung für die Architektur in Niederschlesien

Foto-Ausstellung „Unheimisch“ in Krakau setzt sich mit dem Empfinden der polnischen Bewohner nach 1945 auseinander

In der Görlitzer Galerie Brüderstraße 9 wurde am 6. Februar die Fotoausstellung „Unheimisch“ eröffnet, die jedoch mehr an die polnischen Niederschlesier gerichtet ist. Für den deutschen Teil der Weißstadt entschieden sich die Autoren Agata Pankiewicz und Marcin Przybylko dennoch ganz bewusst, da sie wussten, dass sie in Görlitz Vertreter beider Nationen erreichen würden. Die Fotografen, beide Dozenten an der Kunstakademie Krakau, wollten zur Diskussion über die Folgen der Vertreibung in der architektonischen Landschaft anregen. Die Krakauer durchreisten mit ihren Fotoapparaten die Republik Polen und dokumentierten die „architektonische Anarchie“ in den einstigen deutschen Ostgebieten.

Zu sehen bekommt der Betrachter ein historisches Schlossportal, das dilettantisch mit Garagen und Schuppen verschandelt wurde, Aufnahmen von verfallenen Herrenhäusern, zugewucherten Parkanlagen sowie zweckentfremdet genutzten Gebäuden. „Diese Bilder sind meist an bedeckten Tagen entstanden, sie sollen ausdrücken, wie unheimlich sich die neuen Bewohner Niederschlesiens gefühlt haben mussten, als sie den Propagandaparolen der polnischen



Ausstellung: Agata Pankiewicz (l.) im Gespräch mit Anna Hernik Foto: C.W.W.

kommunistischen Regierung von den ‚wiedergewonnenen Gebieten‘ folgten. Was sie jedoch vorfanden, war etwas, mit dem sie wenig anfangen konnten“.

Viele der deutschen Besucher waren erstaunt, dass die Ausstellung keine Hochglanzbilder von sanierten Schlössern oder historischen Städten zeigt, sondern das, wofür man sich fremdschämt, wenn man beispielsweise durch Lähn [Wlen] oder Löwenberg [Lwówek Slaski] reist. Doch genau das wollen die Autoren der Ausstellung erreichen, nämlich dem Empfinden der neuen Bewohner Niederschlesiens von 1945 auf den Grund gehen.

„Ich bin nach Niederschlesien gekommen, weil man mir sagte: ‚Fahr ins Isergebirge, du wirst dich in diese Landschaft verlieben‘. Ich habe mich verliebt, aber dann sah ich den Kontext und der war nicht so einfach zu verkraften. Ich durchfuhr das Bobertal an einem sonnigen Julitag. Ich fuhr über Jannowitz [Janowice Wielkie], Löwenberg, Lähn, Boberröhrsdorf. Was ich sah, hat mich erschüttert. Ich begegnete dort Menschen, die in einer Art Machtlosigkeit, Zerknitterung, im Stillstand waren. Sie hausten in heruntergekommenen deutschen Guts- und Herrenhäusern. Sie waren trostlos und selbst 70 Jahre nach Kriegsende konnten sie keinen Trost darin finden, dass es nun ihnen gehört, dass keiner mehr kommt, um es ihnen wegzunehmen und sie können doch endlich anfangen es wieder in Ordnung zu bringen“, so Prof. Agata Pankiewicz, die das vorgefundene Landschaftsbild als architektonische Anarchie bezeichnet. Für Dr. Piotr Ferenski, Kulturwissenschaftler der Universität Breslau, ist dies ein kontroverser Begriff. „Zweifelsohne sind uns nach Kriegsende Gebiete zugefallen, die propagandamäßig als ‚Wiedergewonnene

Gebiete‘ bezeichnet wurden. Dieser Anarchie liegt wohl zugrunde, dass diese Gebiete vor 1990, aber auch danach nicht ausreichend finanziert und gepflegt wurden“, so Ferenski. Er gibt zu bedenken, dass, auch wenn sich 50 Prozent aller polnischen Kulturdenkmäler in Niederschlesien befinden, seit den 90er Jahren etwa 85 Prozent der Gelder für die Sanierung der Kulturgüter in Krakau verwendet wurden. Diese Politik habe zur Degradation der Architekturlandschaft Niederschlesiens geführt.

Anna Hernik zog aus Radom nach Niederschlesien. Ganz bewusst wählte sie den kleinen Ort Rengersdorf [Stankowice] zu ihrem Zuhause. Sie führte viele Gespräche mit den Pionieren, die 1945 nach Niederschlesien kamen. „Ich stamme aus Zentralpolen und dachte immer, sie waren entzückt, als sie in diese großen steinernen deutschen Häuser kamen, dass sie von dieser materiellen Kultur angetan waren und die technischen Errungenschaften auf den Höfen gerne genutzt haben. Aber dem war nicht so. Diese Steinhäuser wirkten auf sie kalt, die großen Räume ungemütlich. Sie teilten die Räume auf, wollten viele lieber in engen Verhältnissen le-

ben, weil sie so den anderen näher waren. Und sie hatten das Gefühl, dass es nur vorübergehend ist und die Deutschen holen sich ihr Eigentum wieder“, so Hernik.

„Wir wollen die Menschen nie lächerlich machen oder sie stigmatisieren. Wir versuchen, die Menschen zu verstehen. Wir zeigen, dass es hier ein Problem gibt, das wir angehen müssen. Wir sollten endlich damit anfangen, unsere Umwelt nach einem einheitlichen Plan zu ordnen. Polen haben ein Problem mit der visuellen Form. Sie drücken sich durch Poesie, Literatur aus, das Materielle spielt keine Rolle. Vielleicht liegt der Grund in unserer Geschichte. Wir haben vieles verloren und binden uns nicht ans Materielle. Man muss darüber reden. Ich sage doch nicht: Leute, es ist so hässlich hier in Niederschlesien, ihr müsst endlich Ordnung schaffen. Nein, ich sage: Eure Landschaft befindet sich im Kulturkampf – ihr müsst das erkennen und dann werdet ihr anfangen aufzuräumen.“ *Chris W. Wagner*

Die Ausstellung *Unheimisch (Nieswojosc)* in der Görlitzer Galerie Brüderstraße 9 ist noch bis zum 2. Mai zu sehen.

FASZINATION DAMPFLOK

Drei Mann und eine große Liebe

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Vor 40 Jahren ging die Dampflokomotive-Ära in Stralsund zu Ende: Was bleibt, ist einzig die Erinnerung. Gemeint sind die damals in der Hansestadt beheimateten Maschinen der Baureihe 03 10, wegen ihrer guten Fahreigenschaften auch „Salon- oder Schnellzugdampfer“ genannt.

Da sitzen sie dieser Tage um einen Packen Fotos herum, die alten Dampf-Haudegen Franz Eickhoff und Franz Starrey. Der 30. Mai 1980 hat sich ihnen tief ins Gedächtnis eingegraben. Sie wissen noch ganz detailliert, wie dieser denkwürdige Tag im damals noch gepflegten DR-Betriebswerk Stralsund verlief.

„Wir mussten uns gesund, munter und

reits unter Dampf stehenden Lok im Rundschruppen, Betriebsmittelkontrolle von Öl, Bremssand, Kesselspeisewasser und Chemiekalien, Bremsprobe, Dichtigkeitsprüfung. „Wir sind dann über die Drehscheibe zur Lokübergabestelle gerollt“, so Starrey, „haben uns gemeldet mit ‚Lok 03 1010 für Zug 813‘ und hörten dann: ‚Ja, geht in Ordnung!‘“. Kollege Peter Sobottka, Dritter in der Runde, der die legendäre Maschine auch fuhr, erklärt: „Das war der D-Zug Stralsund-Leipzig über Berlin-Lichtenberg, wo die Lok gewechselt wurde. Zurück hieß er D 914 und kam von Dresden. Die 1010 blieb solange in Berlin und wurde für die Heimfahrt restauriert“. Nach der Vorbereitungsprozedur kam die Freigabe, so dass die Lok rückwärts an den Zug setzen konnte – „möglichst erschütterungsfrei wegen der Leute im Zug“, grinst Eickhoff. Erst dann

ne Kelle. „Ausfahrt frei!“, ruft Lokführer Franz Eickhoff, der auf der rechten Seite seinen Platz hat, dem Heizer zu. Ein kurzer Pfiff und der 164-Tonnen-Koloss mit seinen zwei Meter hohen Rädern zieht an, eine Schlange von acht Reisezugwaggons am Haken. Ihr Gewicht von 342 Tonnen sind kein Problem für die 2000-PS-Maschine. Dicke Dampfschwaden umhüllen die zahlreichen Zuschauer des morgendlichen Spektakels auf dem Bahnsteig. Die Stirnseite der blankgewienerten Lok ist mit Maigrün geschmückt, ein weißes Schild verkündet unübersehbar: „Bw Stralsund – letzte planmäßige Dampfbespannung D 813/D 914 am 31. Mai 1980.“

Mit geübten Griffen an Regler und Steuerung beschleunigt Franz Eickhoff die 24 Meter lange 03 1010. Sie ist nicht nur der Star, sondern das einzige betriebsfähige Exemplar dieser Baureihe. Nach einem erneuten Umbau 1981 auf Rostfeuerung ist sie auch die schnellste kohlegefeuerte Dampflokomotive Deutschlands. Von Lokführern bekam sie wegen ihres glänzenden Pflegezustands und Messing-Schornsteinrings den Spitznamen „Goldbroiler“.

Wenn man jemals erlebt hat, wie der Heizer im Schweiß seines Angesichts schaufelweise Steinkohle in die glühende Feuerbuche schleudert, der bekommt Respekt. Elf Tonnen, die für 400 bis 500 Kilometer reichen, lagern auf dem Tender. „Das war harte Arbeit bei Wind und Wetter, aber wir mochten sie trotz allem“, sieht das Sobottka völlig unromantisch, „im Gegensatz zu den vielen Fans an den Strecken und in den Traditionszügen“.

Eickhoff ist mit seinen Gedanken wieder auf dem Führerstand: „Als ich die Streckengeschwindigkeit erreicht hatte, hab ich die Steuerung auf 30 Prozent und den Regler auf mittlere Dampfzufuhr gestellt. Über Grimmen, Demmin, Neubrandenburg (mit Wasserergänzung), Neustrelitz und Oranienburg wurde Lichtenberg angesteuert. „Unterwegs“, leuchten Starreys Augen, „begeisterten sich immer wieder die Fans am markanten Auspuffschlags im Drillingstakt. Auf Grund dieses speziellen Klangs im höheren Geschwindigkeitsbereich erhielt 03.1010 von britischen Eisenbahnfans den Spitznamen ‚Roaring Monster‘“.

„Als unser Salondampfer“, lächelt Eickhoff, „in Berlin auf ihren von einer Diesellok gezogenen Dresdner Zug wartete, kam der deutlich später an. Wir holten bis Stralsund sogar noch zehn Minuten raus“. Peter Sobottka weiß zu berichten, dass heute die ICE-Fahrtzeiten fast identisch wären mit den damals 03 bespannten D-Zügen.

Die Drei machen sich stark für die Maschine. Man erfährt, dass der damals wie heute unverändert bewunderte Dampflokom-Star am 7. November 1940 bei den Borsig-Werken in Hennigsdorf (zu DDR-Zeiten dann LEW) gebaut und im

Meister Franz Eickhoff ließ die Dampfpfeife aufheulen. Mit bis zu Tempo 100 stampfte 03 1010 nach Süden, dass die Treibstangen die zwei Meter-Treibräder nur so durch Felder und Wälder flogen. Als abends die Backsteinkulisse von Stralsund gegen 19.30 Uhr wieder in Sicht kam, ging eine 120 Jahre-Ära zu Ende. Franz Starrey übernahm und brachte die Lok in den Schuppen: „Da kühlte sie dann ab“, sagt er rückblickend voller Wehmut, „und ging dann zurück ins RaW nach Halle“.

Er und seine Kollegen mussten auf Dieselbetrieb umsatteln. Bis dahin legte die Maschine mehr als drei Millionen



Peter Sobottka, Franz Eickhoff und Franz Starrey (v.l.n.r.) vor dem Bild der Stralsunder Traditionslokomotive 03 1090 am Bahnhof
Foto: Schmidt-Walther

einsatzfähig bei der Lokleitung melden“, beginnt Eickhoff und Starrey ergänzt: „Bis wir abfahren konnten, waren viele Arbeitsschritte notwendig, die uns in Fleisch und Blut übergegangen waren“. Das begann mit der Lokzuteilung, dann Schlüsselübergabe, Einsicht ins Strecken-Befehlsbuch mit Angabe von Baustellen und Langsamfahrstellen, Übernahme der be-

konnte der Heizer ankoppeln. Noch eine Bremsprobe, bis der Wagenmeister meldete: „Bremsen in Ordnung!“ Mit dem Ölgler – 1965 wurde auf Flüssigtreibstoff umgestellt – musste der Heizer jetzt für Spitzendampfdruck sorgen und den Kesselwasserstand überprüfen.

09:14 Uhr: Das Signal springt auf Grün. Die Bahnsteigaufsicht hebt die grü-



Die 03 1010 - auf der Ziegelgrabenbrücke in Stralsund

Foto: Thomas Quatsling

Bahnbetriebswerk Berlin-Grünwald in Dienst gestellt wurde. Wie auch ihre in Schwerin abgestellte, nicht betriebsfähige Stralsunder Schwester 03.1090 hat sie Eisenbahngeschichte geschrieben. Gegenüber der Vorgängerversion 03 wurde mit ihrem leistungsfähigeren Drillingstriebelement auch eine höhere Laufruhe im Bereich der Höchstgeschwindigkeit von 140 km/h erreicht.

Zum Erhalt werden Spendengelder dringend benötigt

In den Bestand der Deutschen Reichsbahn der DDR kamen nach dem Krieg insgesamt 21 Lokomotiven der Baureihe 03.10. Sie waren in den Betriebswerken Leipzig-West und Halle P und Dresden stationiert. Ihre ursprüngliche schnittige Stromlinienverkleidung wurde, weil unnötig und störend, schon bald entfernt. Ab 1954 wurden sie allmählich nach Stralsund umbeheimatet.

Schienen-Kilometer zurück.

Die drei Kollegen setzen sich jetzt dafür ein, dass das heiß geliebte Unikat 03 1010 mit seinem eindrucksvollen Lokleben erhalten bleibt und wieder unter Dampf kommt. Sie gehört zum Bestand der DB Nürnberg, aber braucht Spendengelder in Höhe von 850.000 Euro (s. Webseite von Traditionsgemeinschaft Bw Halle P e.V. – <https://www.lokschuppen4.de/>), um in Meiningen wieder fahrfähig aufgearbeitet werden zu können und ihre Fans nach Stralsund und Rügen zu bringen.

● Wer mehr über den Dampflokom-Star erfahren möchte, dem sei das Buch „Die Baureihe 03 10 der Deutschen Reichsbahn“ von Robin Garn empfohlen: ISBN 978-3-935909-23-3. Unter: Lokporträt Dampflokom 03 1010 gibt es eine Youtube-Doku. Zur Buchmesse erscheint der neueste Roman von Arno Surminski: „Unterwegs – aus dem Leben eines Lokführers“

DAMALS

Film „Kolberg“ – Uraufführung vor 75 Jahren

Der teuerste nationalpolitische Durchhaltefilm aus der Propagandamaschinerie Goebbels, „Kolberg“, der vor 75 Jahren am 30. Januar 1945 in die Kinos kam, konnte seine Botschaft, nämlich Durchhaltekraft, nicht erfüllen.

Der Großfilm „Kolberg“ des Regisseurs Veit Harlan, der sich allerdings nicht historisch exakt auf die Belagerung Kolbergs aus dem Jahre 1807 durch die Franzosen in den napoleonischen Kriegen bezog und die Auflehnung gegen einen übermächtigen Feind symbolisieren sollte. Als Propagandafilm in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs den Durchhaltewillen der Deutschen zu stärken, war der Plan. Gedreht wurde 1943/44 in Babelsberg bei Potsdam, Außenaufnahmen entstanden in Kolberg, Königsberg, Berlin und Umgebung. Es war der letzte und teuerste Film der deutschen NS-Propagandamaschinerie, Produktionskosten ca. 8 Millionen Reichsmark. Seit Beginn der deutschen Offensive gegen die Sowjetunion hatte Goebbels ihn bereits in Planung. Der Film sollte „einen in Heimat und Front geeinigtes Volk zeigen, das jeden Gegner über-

winden kann“. In diesem Film sollte „Harlan darin Beispiel des Mannesmutts und der Widerstandskraft einer Bürgerschaft auch unter verzweifelten Verhältnissen geben“, schrieb Goebbels in sein Tagebuch. Goebbels schwebte ein Film vor, der es an schauspielerischer Qualität etwa mit „Vom Winde verweht“ aufnehmen konnte. Allerdings hatten die Südstaaten, in denen dieser Film spielt, den US-Bürgerkrieg verloren, das wollte Goebbels nicht zählen lassen.

Für die Dreharbeiten des Films wurden 1944 zehntausende Soldaten der Wehrmacht als Statisten abgestellt, für die alle originale Uniformen geschneidert werden mussten. Auch mehr als tausend Pferde wirkten mit, was angesichts der schwierigen Kriegslage einen gewaltigen Aufwand bedeutet. Da im Sommer in Potsdam Winterszenen gedreht werden mussten, wurden Wagenladungen von

Salz herbeigefahren, um Schnee zu zeigen. Nachdem im Herbst 1944 bereits mit Aachen die erste deutsche Stadt erobert worden war, ließ Goebbels aus dem bereits fertigen Film besonders blutige Szenen heraus schneiden, um keine militärische Unterlegenheit zu zeigen.

In den belagerten Städten wollte man keine Kämpfe mehr sehen

Der Film der UFA basiert auf dem Schauspiel Kolberg von Paul Heyse. Die Uraufführung des „Durchhaltefilms“ fand am 12. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung, dem 30. Januar 1945, gleichzeitig in Berlin (Tauentzien-Palast, Ufa-Theater Alexanderplatz) und in der umkämpften Atlantikfestung La Rochelle statt. Die Marinefestung am Atlantik war zu diesem Zeitpunkt schon ganz von den Alliierten eingekesselt und

konnte nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. Zusammen mit der Filmrolle wurden Durchhaltebotschaften an die dortigen Soldaten abgeworfen. Die Art der Uraufführung war Teil der Berichterstattung über den Film. Später kam der Film in den eingeschlossenen Städten Königsberg, Breslau, Danzig und anderen Großstädten in die Kinos. Der nationalpolitische Film sollte mit „Kolberg“ einen Höhepunkt erreichen. Die Menschen in den bereits eingeschlossenen Städten in Schlesien, Pommern und Ostpreußen wussten diese Sternstunde nicht zu schätzen. Die Säle waren zur Uraufführung nur voll, weil alles was sich noch mobilisieren ließ, angefangen von der Hitlerjugend bis hin zum Volkssturm, in die Kinosäle gekarrt wurde. Und dies, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon Theater, Varietés und Kunstausstellungen geschlossen waren und von dieser Seite keine Konkurrenz zu

erwarten war. Außer dem Kino durften nur noch Zirkusse mit Sondergenehmigungen weiter arbeiten.

Der Film „Kolberg“ führte nicht zu neuem Kampfesmut, sondern zu Fatalismus. In Berlin blieben nach der Uraufführung die großen Häuser bei „Kolberg“ fast leer, während der parallel laufende Film „Münchhausen“ mit Hans Albers volle Säle verzeichnen konnte. Über Jahre hatte Goebbels seine größten Erfolge im Kino gefeiert, aber zum Zeitpunkt der größten militärischen Niederlage verlor auch er mit „Kolberg“ den Kampf um die Köpfe seiner Volksgenossen. „Kolberg“ kam offenbar zu spät, um die erhoffte Propagandawirkung zu erzielen. Als sowjetische Truppen am 18. März 1945 Kolberg selbst eroberten, untersagte Goebbels, dies im Wehrmachtsbericht zu erwähnen.

Bodo Bost

Mehr Mut für neue Beziehungen mit Russland

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Man muss sie in der deutschen Presselandschaft eigentlich schon mit der Lupe suchen: Eine Analyse von Weltuntergangsszenarien wie die in der PAZ“

Heinz Welchert, Norden
zum Thema: Weltuntergang war eigentlich schon immer (Nr. 5)



Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ERINNERUNG AN PUTINS REDE
ZU: DER MANN AUS ST. PETERSBURG (NR. 3)

Auch wenn der Beitrag über Putin den Untertitel „Schlaglichter der wechselvollen Ära“ erhielt und dadurch eine gewisse Lückenhaftigkeit andeutet, sollte er mit einigen wichtigen Entwicklungen beziehungsweise Ereignissen ergänzt werden.

Die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 hat bei den führenden westlichen Mächten eine nicht verständliche, überaus energische Reaktion ausgelöst. Russland wurde 2014 aus der Staatengruppe G8, der es seit 1998 angehörte, wegen Verletzung internationaler Verträge ausgeschlossen und mit zahlreichen Embargos belegt. Dabei hat niemand an die Geschichte dieses Landstriches gedacht, dass die Krim 170 Jahre lang zu Russland gehörte, bevor sie im Mai 1954 durch eine launische Entscheidung des damaligen KPdSU-Generalsekretärs Nikita Chruschtschow der Sowjetrepublik Ukraine angegliedert wurde.

Die gegen Russland ausgelösten Embargos haben nur eine kurze Zeit Wirkung gezeigt. Sie haben den westlichen Ländern auf Dauer möglicherweise mehr geschadet als Russland. In Russland haben die Embargos auf zahlreichen Gebieten zur Mobilisierung der eigenen Kräfte geführt. So hat sich seitdem die russische Landwirtschaft sowohl in der Menge der Produkte als auch in ihrer Qualität außerordentlich schnell entwickelt.

Auch die Industrie, darunter besonders die Rüstungsindustrie, erzielte bedeutsame Erfolge. Sie überflügelt weit den technischen Stand vieler Rüstungsgüter der USA. So weit, dass man heutzutage für einen neuen Abrüstungsvertrag wenig äquivalente Rüstungsprodukte finden könnte. Die Mobilisierung der eigenen Kräfte hat zugleich zum Wachsen des Selbstwertgefühls der Russen beigetragen. Dies alles hat bei den meisten Leuten in Russland einen Namen: Putin.

Bezüglich der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland vergessen unsere Politiker und auch die Medien, mög-

licherweise bewusst, eine überaus wichtige und zugleich symbolische Handreichung Russlands, die schon mehr als 18 Jahre zurückliegt. Das war die Rede Putins am 25. September 2001 im Bundestag. Zu der Zeit war Johannes Rau Bundespräsident, Gerhard Schröder Bundeskanzler und Wolfgang Thierse Bundestagspräsident. Alle SPD. Gerhard Schröder stand einer rot-grünen Koalitionsregierung vor.

Putin hielt seine Rede zunächst simultanübersetzt auf Russisch, dann nach kurzer Zeit „erlaubte er sich die Kühnheit, seine Rede in der Sprache von Goethe, Schiller und Kant, in deutscher Sprache“ fortzusetzen. Dies war eine einmalig große Geste eines der wichtigsten Staatsoberhäupter unserer Welt, die nie vergessen werden dürfte.

Die Anwesenden sprach Putin nicht nur mit „Damen und Herren“, sondern auch mit „liebe Kolleginnen und Kollegen“, einmal sogar mit „liebe Freunde“ an. Seine rund 25-minütige Rede wurde 16-mal mit Beifall honoriert.

Putin bezog sich in seiner Rede auf die zurückliegenden zahlreichen Höhepunkte der oft engen deutsch-russischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. Dabei blieb natürlich auch die deutschstämmige Zarin Katharina die Große nicht unerwähnt. Er zeichnete ausführlich die großen Chancen einer neuen Entwicklung der Beziehungen beider Länder auf.

Die Rede Putins im Bundestag scheint vergessen zu sein. 2005 begann die Merkel-Ära mit einer oft unverständlichen Anbiederung an den Bündnispartner USA. Aus der Zeit der Hoffnung blieb nur Schröders Posten im Aufsichtsrat von Gazprom übrig. Angela Merkel, die auch gut Russisch spricht, nutzte die Möglichkeiten nicht, die Beziehungen beider Länder auf eine neue Grundlage zu stellen. Es sind versäumte Jahre. Nun bleibt es zu hoffen, dass die Bundeskanzler nach Merkel aus innerer Überzeugung mehr Mut zu einer eigenständigen Politik gegenüber Russland haben werden. Im Interesse beider Länder. *Dr. Adam Sonnevend, Rostock*

INTERESSANT UND FUNDIERT
ZU: WENN „KLIMASCHUTZ“ ZUM KLIMAKILLER WIRD (NR. 4)

Ich möchte mich oftmals für den höchst interessanten und fundierten Artikel in der PAZ über die Gefahren von Windkraftanlagen bedanken, der überall publiziert werden müsste. Die darin enthaltene Information der Austrocknung der Böden durch die Rotation der Räder habe ich noch nie gehört.

Dabei ist sie mit dem wichtigsten Argument gegen die Windkraftanlagen, die unsere Landschaft verschandeln und schädlich für Mensch und Tier sind. Besser kann es wohl nicht ausgedrückt werden! Ich werde den Artikel weiterreichen!
Inge Schmidt, Hamburg

ROTE KARTE FÜR GIGANTOMANIE
ZU: MUSTERLÄNDLE DROHT VERSORGUNGSLÜCKE (NR. 3)

Seit Angela Merkel als Reaktion auf die Katastrophe von Fukushima, bei der menschliches Versagen eine entscheidende Rolle spielte, das Startsignal zur Energiewende gab, wurde der Ausbau gigantischer Windenergieanlagen auch in Baden-Württemberg mit revolutionärem Eifer betrieben.

Die Mahnungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, hier Augenmaß walten zu lassen, wurden buchstäblich in den Wind geschlagen. Die „Goldgräberstimmung“ machte auch vor ökologisch und landschaftlich sensiblen Bereichen keinen Halt. Für den Klimaschutz den Wald roden? Ein Widerspruch in sich.

Dem Artensterben entgegenwirken? Aber wie? Sicher leisten die gewaltigen Rotoren hierzu keinen Beitrag. Riesige Betonsockel im Waldboden vergraben, das macht ökologisch keinen Sinn. Anwohner haben wenig Lust auf Infraschall. Dem Schwarzwaldtourismus ist auch nicht gedient. Nun soll die Zustimmung der Bürger erkaufte werden. Mit welchem Geld? Das bombastische Geschäftsmodell ist

ins Stocken geraten. Die Bürger identifizieren sich immer weniger mit den Riesenrädern und deren surrealem Erscheinungsbild. Auch lässt sich deren Energie nicht so gut speichern.

Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat nun die rote Karte gezeichnet und dem künstlichen Höhenflug ein vorläufiges Ende bereitet. Die Genehmigungspraktik war rechtswidrig. Vielleicht eine Denkpause zur Besinnung darauf, wie man von der Gigantomanie zu dezentralen und kleinteiligen Lösungen kommen kann. Nicht ganz unähnlich wie bei der Atomkraft hat man sich über die Entsorgung ausgedienter Anlagen wohl noch kaum Gedanken gemacht.

Roland Grassl, Bühl

WER IM GLASHAUS SITZT
ZU: RUDOLF STEINERS UND EMIL MOLTS GEMEINSAMES BABY (NR. 36)

„Der Ton macht die Musik“ – ein Sprichwort, das meine Mutter, geboren 1928 in Königsberg, noch heute gerne anwendet.

Mit welcher Häme und Ironie Sie über die Waldorfschule und Rudolf Steiner schreiben können, zeigt Ihre Fähigkeit zu formulieren, nicht aber zugleich Sachlichkeit und Sachkenntnis: Man kann eine Kunst – die Eurythmie – nicht mögen, aber es handelt sich bei dieser nicht darum, seinen Namen tanzen zu können. Sie ist ein Ausdruck aus der Schülerschaft.

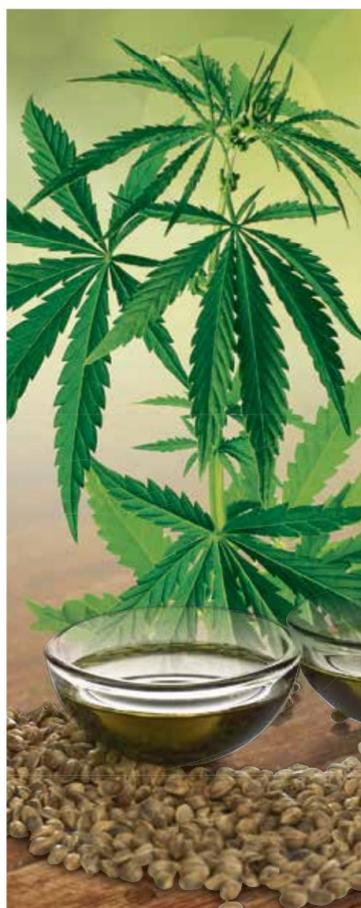
Weder Zwerge noch die Lehre über die „Wesensglieder“ sind Lehrinhalte. „Wurzelsasse“ ist ein Ausdruck von Dr. Steiner, den er später nicht mehr gebraucht.

Im Unterrichtsplan der Waldorfschulen stehen auch unter anderem Schiller-Goethe-Faust-Parzival-Einheiten (Epochen), also klassische oder auch konservative Inhalte, von denen ich im Gymnasium nie etwas gehört habe.

Es ist doch bekannt, dass unser herkömmliches Schul- und Bildungssystem immer weniger „Erfolg“ hat und bei Fachleuten unter starker Kritik steht. Wer im Glashaus sitzt ...

Johannes Fellner, Höslwang

ANZEIGE



Die Wiederentdeckung einer uralten Volksmedizin

Hanf heilt ist weltweit das erste Buch, das ausführlich anhand von 45 Fallstudien die therapeutische Wirksamkeit von Hanföl bei diversen Problemen und Krankheitsbildern dokumentiert.

Anders als Rick Simpson, dessen Videodokumentation *Run from the Cure* die Wirksamkeit von Hanföl vor allem bei Krebs belegt, hat Wernard Bruining mit seiner Arbeit gezeigt, dass der Einsatz von Hanföl auch in vielen anderen Fällen, zum Beispiel bei chronischen Schmerzen, multi-

pler Sklerose und Parkinson, zu einer dramatischen Besserung führen kann. Dazu reichen oftmals kleinste Dosen, die bei den Anwendern keinerlei Trübung des Bewusstseins und der Handlungsfähigkeit bewirken.

Hanföl, richtig eingesetzt, kann daher für viele Krankheitsbilder als ideale »Volksmedizin« bezeichnet werden.

Extra: Wernard Bruining beschreibt in einem speziellen Kapitel aus seiner eigenen langjährigen Erfahrung, wie man qualitativ hochwertiges Hanföl selbst herstellt.

Wernard Bruining: Hanf heilt • Paperback
288 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 959 700



Sonderausgabe als Paperback nur 9.99 €* statt 24.- €

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

KAFFEEKULTUR

Auf eine Tasse Kaffee

Gefiltert oder gebrüht? – An der Art der Zubereitung der schwarzen Bohnen erkennt man nationale Unterschiede

VON ALEXANDER GLÜCK

Kaffee zu filtern, ist ein Ruf nach Entschleunigung, wird aber der Sache nicht ganz gerecht. Zwar kommt kein Krümel in die Tasse, aber das Ergebnis bleibt dünn im Vergleich zum echten Aufbrühgeschmack, der im italienischen Espresso seine Vollendung findet. Trotzdem hält man in deutschen Küchen und Büros an Filtermaschinen fest.

Die gurgelnde und blubbernde Filtermaschine gehört zur deutschen Kaffeekultur wie das Ei zum Frühstück. Angefangen hat alles mit Unternehmer Gottlob Widmann, der 1954 mit dem „Wigomat“ die erste automatische Filtermaschine auf den Markt brachte. Ihre runden Filterblätter sind zwar längst Schnee von gestern, doch besaß sie ein hübsches Design, weshalb sie heute bei Sammlern hoch im Kurs steht.

Aber mit der protestantischen Kultur der Filtertüten ist es so eine Sache: Die keramischen „Schnellfilter“ hatten zu ihren besten Zeiten acht Löcher im Boden und filterten damit wirklich ruckzuck, aber dementsprechend dünn war das Ergebnis. Man ging daher bald zu Modellen mit einem, höchstens zwei Löchern über.

Seit Kaffee gefiltert wird, versucht man dieses Verfahren zu verbessern. In Vietnam bedient man sich dazu des „Phin“ genannten Filteraufsatzes für einzelne Tassen. Zunächst kommt süße Kondensmilch in die Tasse, dann der mit Kaffee gefüllte Aufsatz drauf, zuletzt heißes Wasser hinein. Das tröpfelt betulich und schmeckt entsprechend exotisch. Auch die Filtermaschine versucht, sich Zeit zu



Deutscher Erfindergeist gepaart mit edlem Design: Eine Wigomat-Kaffeemaschine

Foto: BiggyBlume

lassen, und simuliert physikalisch Omas Schwallrate beim Handaufbrühen. Das hat ihr den goldenen Aufkleber einer Genießervereinigung eingetragen, der nun auf jedem Gehäuse klebt.

Einmal perkolieren, bitte!

Kaffee zu filtern, ist weder das beste noch das älteste Zubereitungsverfahren. Die Skandinavier und viele Amerikaner be-

nutzen den von einem Pariser Blechschmied im Jahre 1819 erdachten Perkulator, in dem die auf einem Herd erhitzte Kaffeebrühe kontinuierlich zirkuliert, bis sie aussieht wie Erdöl. Berliner Szenelokale zelebrieren indessen den Handaufguss direkt vor dem Gast. Wieder andere versuchen es mit „Cold Brewing“: alles kalt, dafür dauert es zwölf Stunden. Alles nur Schau oder immer Kaffeekultur?

Das eigentliche Problem ist, dass man zunächst überhaupt nicht wissen konnte, wie guter Kaffee schmecken soll. Und man weiß bis heute nicht, ob es damit schnell oder nicht doch lieber ganz langsam gehen soll. Espressomaschinen wurden zunächst entwickelt, um Zeit zu sparen. Wahrscheinlich nutzte man Mitte des 19. Jahrhunderts die enorme Heizkraft des Dampfes, um Kaffee und Wasser

schneller zum Kochen zu bringen. Das Ergebnis war schlimm, deshalb arbeitete man beim zweiten Schritt am Geschmack. Eine Verbesserung der Zubereitungsart erfolgte jedoch erst durch die Anwendung der Perkolation, also des „Durchsickerns“, woraus sich später auch die elektrischen Filtermaschinen entwickelten.

Wenn es also schnell gehen und trotzdem gut schmecken sollte, waren verschiedene Faktoren wichtig: gute Bohnen, eine besondere Röstung und Mahlung, ein bestimmter Temperaturbereich und Druck. Technische Weiterentwicklung war zunächst nur durch Probieren möglich. Die erste „richtige“ Espressomaschine im heutigen Sinne wurde 1902 patentiert, das Modell „Tipo Gigante“ des Mailänders Luigi Bezzera. Mit einem Brühdruck von 1,5 bar ließen sich mit dieser Maschine bis zu acht Tassen Kaffee gleichzeitig „ziehen“.

Längst machen die Kapselmaschinen mit gespielter Modernität den etwas drögen Filtergeräten Konkurrenz. Obwohl der „eigentliche“ Kaffeegeschmack mit Druck erzeugt wird, bleiben viele der Filtertechnik treu. Vielleicht, weil sie so unkompliziert ist. Oder weil sie an früher erinnert, als man den Steingutfilter auf die Kanne setzte und alle paar Minuten Wasser nachgoss. Denn das Tempo der Zubereitung hat weniger Auswirkungen auf den Geschmack als aufs Ambiente.

In der „Karlsbader Kanne“ tröpfelt es bis heute, der Filter ist dort ganz aus Porzellan und ein echtes Sinnbild der Entschleunigung. Solcher Kaffee ist mollig, leicht, unverdächtig. Und unschädlich fürs Herz. Es könnte dann auch Kathreiner Malzkaffee sein.

SAMMLER AUS LEIDENSCHAFT

Vielfach angesteckt

Nadeln, Pins, Anstecker – Ein Bayer und sein ausgefallenes Hobby

Markus Zirngibl sammelt seit seiner Kindheit Nadeln. Eine nicht alltägliche Veranstaltung hat er erst kürzlich wieder organisiert: eine Nadeltauschbörse. Wer nun meint, das hätte mit Handarbeit, Stricken oder Nähen zu tun, irrt gewaltig. Es handelt sich vielmehr um Anstecker unterschiedlicher Art. Der aus Hemau in der bayerischen Oberpfalz lebende Zirngibl ist selbst langjähriger Sammler von Nadeln, Ansteckern und Broschen aller Art. Seit seinem sechsten Lebensjahr geht er dieser Leidenschaft nach.

Zur näheren Erläuterung: Bei Vereins Ehrungen gibt es für die zu Ehrenden Anstecknadeln. Und in jüngster Zeit werden zu den unterschiedlichsten Anlässen Pins aufgelegt.

Zirngibls Schwerpunkt liegt auf Nadeln, die im engeren und weiteren Sinn mit Fahrzeugen zu tun haben. Auch das ist ein riesiges Feld, umfasst es doch Autos, Motorräder, Lastwagen, Traktoren, Baufahrzeuge und Kraftstoffe. Als Bub war der in Painten bei Kelheim Geborene und Aufgewachsene oft beim örtlichen Landmaschinenhändler. Beim Kauf eines neuen Traktors erhielt der Landwirt auch die aktuelle Nadel der Traktorfirma. Bisweilen fiel auch für Zirngibl und seine Freunde eine Nadel ab, und so kamen seit den 1960er Jahren immer mehr Nadeln zusammen.

Zwar hat Zirngibl immer diese Nadeln gesammelt, aber es gab auch „Flautenjahre“. Bis er bei der Standortverwaltung der Bundeswehr in Regensburg, wo er beruf-

lich tätig war, auf einen weiteren Sammler stieß. „Wir haben um die Wette gesammelt“, erinnert er sich. Damit war die Glut bei ihm wieder entbrannt.

Als leidenschaftlicher Sammler gibt es für ihn vier Kategorien: Pins, Knöpfe, Nadeln, Broschen. Die Pins sind die jüngsten Nadelformen, die Broschen die ältesten. Stolz ist er auf die Broschen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, die von Firmen Zeugnis geben, die heute nur noch die Fachleute kennen. Auch ganze Firmengeschichten lassen sich anhand der Nadeln nachvollziehen. So hat Zirngibl noch eine Nadel des Eisenacher Motorenwerks (EMW), dessen Logo als Basis des

heutigen BMW-Markenzeichens diente. Überhaupt schätzt der Sammler die Firmenlogos auf den Nadeln mehr als die Silhouetten von Fahrzeugen. Und kleinste Nuancen bei den Logos sagen oft viel über die Firma aus.

Zur Erweiterung seiner Sammlung besucht Zirngibl Flohmärkte und überregionale Tauschbörsen. Manche Brosche oder Nadel fehlt noch in seiner Sammlung und würde er gerne sein Eigen nennen. „Aber es soll ja zum Spaß sein“, sagt er. Deshalb hat er in einem seiner Koffer nur Tauschnadeln, für die er bei Sammlerbörsen im Gegenzug das eine oder andere von ihm favorisierte Stück erhält. *Markus Bauer*



„Nadelkissen“: Ein kleiner, aber kostbarer Teil der Anstecker-Sammlung Foto: Bauer

SPÜRHUNDE

Freund Nase

Polizeihunde erschnüffeln nun sogar Datenträger

Seit Oktober sind bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen sogenannte Datenspeicher-Spürhunde im Einsatz. Und das mit großem Erfolg. Zu den ersten Schnüffel-Experten, die ihre Prüfung bestanden haben und jetzt im Einsatz sind, gehören Ali Baba, Theo, Jupp, Odin und Herr Rossi.

Ihre Nasen standen auch vor der Umschulung bereits im Dienst des Menschen. Vorher mit dem Auftrag Drogen, Menschen, Sprengstoff oder Banknoten zu finden, sind die fünf Hunde wochenlang mit einem Spezialtraining auf ihren neuen Einsatz vorbereitet worden: Das Erschnüffeln von Datenträgern. Jetzt suchen und finden die Hunde Smartphones, USB-Sticks, Kameras und andere Datenträger, auf denen für die Polizei wichtige Informationen enthalten sind.

Den Stein ins Rollen gebracht hat Hund Artus, der im Fall des Kindesmissbrauchs von Lügde zum Einsatz kam. Die Polizei hatte den im sächsischen Justizdienst stehenden Vierbeiner kurzerhand entliehen, um die Wohnungen der Verdächtigen so genau wie möglich untersuchen zu können. Artus fand Material in einer Sesselritze, das den sorgsam Augen der Polizisten entgangen war und zeigte damit eindrucksvoll, dass Suchhunde auch bei Datenspeichern einen sehr wertvollen Dienst leisten können.

Die Behörden in NRW entschieden nach diesem erfolgreichen Hunde-Einsatz, selbst Datenspeicher-Spürhunde ausbilden zu lassen. Unter anderem belgische Schäferhunde und Mischlinge haben

das entsprechende Training inzwischen absolviert. In Frage kommen für diese Aufgabe nur Hunde mit einem starken Spieltrieb. Denn die Belohnung für die Suche ist in der Regel das Spiel – zum Beispiel mit der Beißwurst.

Die Spürhunde sind beim Schnüffel-Einsatz in Höchstleistung unterwegs. Länger als zehn, maximal 15 Minuten können sie am Stück nicht arbeiten. Dann benötigen Hund und Nase eine Pause. Doch in diesem kurzen Zeitfenster sind die Hunde brillant. Rund zehn Zentimeter dicht am Objekt müssen sie sein, damit ihr feines Geruchsorgan die Chemie des Datenträgers wahrnehmen kann. Dann ist aber nichts vor ihnen sicher. Der Datenträger im Kuli der Jackentasche wird ebenso entdeckt wie das extra kleine Handy eines Gefängnisinsassen oder eben der USB-Stick in der Sofaritze.

Im Gegensatz zur Suche nach Drogen oder Menschen, zeigen Hunde einen Datenträger-Fund nicht mit Bellens an. Stattdessen verharren sie regungslos vor dem Objekt. Der Grund: Die Hunde werden unter anderem in Gefängnissen eingesetzt und verdächtige Insassen sollen nicht am Bellens der Hunde feststellen können, dass Suchhunde im Einsatz sind.

Nach Sachsen ist Nordrhein-Westfalen nun das zweite Bundesland, das Datenspeicher-Spürhunde einsetzt. Angesichts der großen Erfolge, die die ersten Spürnasen vorweisen können, werden andere Bundesländer sicher in Kürze diesem Vorbild folgen. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Gerede über „Verlierer“

In „Die halbe Revolution. 1989 und die Folgen“ beschreibt der frühere ZDF-Korrespondent Joachim Jauer den Zusammenbruch des Sozialismus durch die Umwälzungen in den Ländern des Ostblocks. Dabei handelt es sich um einen Neuabdruck seines Werkes „Urbi et Gorbis“ aus dem Jahre 2009. In diesem vertrat er die These, dass vorrangig Christen „Wegbereiter der Wende“ gewesen seien. Jetzt – zehn Jahre später – fügte der Autor nun noch ein 50-Seiten-Kapitel mit Beiträgen aus der Feder von Prominenten wie Basil Kerski, Vaclav Maly, Frank Richter, Richard Schröder und Wolfgang Thierse hinzu. Die sollen einerseits Jauers alte These stützen und andererseits erklären, wieso die Menschen in der ehemaligen DDR sowie Polen, Tschechien und Ungarn immer noch so anders „ticken“ als im Westen Deutschlands beziehungsweise Europas – sprich irgendwie mehr „rechts“ sind. Darauf bezieht sich möglicherweise auch der kryptische Titel. Jedenfalls enthält das Buch selbst keine schlüssige Erklärung dafür, warum die Revolution von 1989 denn nur eine „halbe“ gewesen sein soll.

Die Ausführungen der vermeintlichen Experten über die Befindlichkeit der Menschen in den Regionen, die früher östlich des Eisernen Vorhangs lagen, kommen allerdings recht schlicht gestrickt daher. Insbesondere wird der im Raum stehende riesige „Weiße Elefant“ der entgegen aller geltenden Gesetze vom deutschen Staat beziehungsweise der EU-Obrigkeit geduldeten, ja geförderten Masseneinwanderung von kulturfremden und integrationsunwilligen Menschen aus Nahost und Afrika nach Kräften ignoriert. Stattdessen schwätzt man wieder in altbekannter Weise von Verlierern des Transformationsprozesses, mangelnder Erfahrung mit Einwanderung, Sozialismus-Nostalgie, dem Gefühl der Demütigung und politisch-gesellschaftlichem Orientierungsnotstand. *Wolfgang Kaufmann*



Joachim Jauer: „Die halbe Revolution. 1989 und die Folgen“, Herder Verlag, Freiburg 2019, broschiert, 351 Seiten, 14 Euro

Heine zum 175. Jubiläum

Joachim Gauck hat das Vorwort zur Neuauflage von Heinrich Heines wirkmächtigem Epos „Deutschland. Ein Wintermärchen“ geschrieben. Im November 1843 kehrte der zum Christentum konvertierte Jude aus dem französischen Exil nach Hamburg zurück und beschrieb satirisch die Zustände zur Zeit des Vormärz, indem er sich über „das hölzerne pedantische Volk“ lustig machte. Noch heute bietet das Werk höchsten Lesegenuss. Die bibliophile Ausgabe mit Illustrationen von Olivia von Pilgrim ist auch ein Augenschmaus. *MRK*



Heinrich Heine: „Deutschland. Ein Wintermärchen“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2019, gebunden, 125 Seiten, 14 Euro

DEUTSCHLAND



FOTO: ALLGÄU GMBH

Neu entdeckt Das Allgäu, ein angesagtes Reiseziel zwischen Bodensee und Lech, hat für jedermann etwas zu bieten: Wanderer, Alpinisten, Kulturreisende oder Familien mit Kindern kommen voll auf ihre Kosten. Als Vorbereitung auf die Reise oder als nützlicher Führer vor

Ort hat Baedeker seinen umfangreichen Reiseführer neu aufgelegt. Nützliche Informationen, 3D-Grafiken, eine herausnehmbare Faltkarte sowie alphabetische Ortsbeschreibungen geben umfassende Informationen zu einer der reizvollsten Gegenden Deutschlands. *MRK*



Baedeker Reiseführer Mit praktischer Karte EASY ZIP, Baedeker Verlag, Ostfildern, 2019, broschiert, 380 Seiten, 22,95 Euro

GESELLSCHAFT

Vom Scheitern eines allzu permissiven Staates

Rolf Peter Sieferles posthum erschienenes Buch deckt die Relitätsferne von Politikern und den Medien des Establishments auf

VON BERND KALLINA

Es gibt Bücher, die weisen kenntnisreich und tiefenanalytisch auf strategische Fehlentwicklungen unseres Gemeinwesens hin. Deswegen sollten sie von den maßgeblichen Akteuren in Politik und Gesellschaft eines Landes nicht nur gelesen werden, besser wäre es, sie würden die Verantwortlichen im Lande zur Abkehr von falschen Wegen veranlassen. Eines dieser hervorzuhebenden Werke stammt vom 2016 zu früh verstorbenen Rolf Peter Sieferle, ist posthum 2017 erschienen und verdeutlicht schon im wegweisenden Titel, worum es geht: „Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung“.

Von Umkehr in die richtige Richtung kann jedoch keine Rede sein, im Gegenteil: Die maßgeblichen Funktionsebenen in Deutschland haben die profunden Warnrufe des Autors nach wie vor nicht beherzigt: Eine die deutschen Interessen wahrende Kehrtwende vom immer offenkundiger werdenden Sturz ins Bodenlose einer unkontrollierten Masseneinwanderung findet bis dato nicht statt. Fakt ist vielmehr: Gegenwärtig reisen weiterhin rund 200.000 Personen im Jahr über praktisch offene Grenzen zumeist illegal nach Deutschland ein. Gerade deswegen sei auf die stichhaltigen Argumente von Sieferle, der auf eine renommierte Wissenschaftskarriere als Historiker zurückblicken konnte, hier anhand seiner Veröffentlichung hingewiesen.

Das in der Werkreihe von Tumult erschienene, 136 Seiten starke Büchlein im

handlichen Paperback-Format veranschaulicht die Grundproblematik gerade für den interessierten Laien klarsichtig: „Man kann die Märkte nach außen wie nach innen liberalisieren, doch kann man nicht im Innern hohe Sozialstaatsstandards aufbauen und gleichzeitig die Grenzen öffnen“, schreibt der Autor mit Blick auf die verhängnisvolle Politik unserer Bundeskanzlerin, die dabei von maßgeblichen Teilen der Altparteien und den Mainstream-Medien nahezu kritiklos unterstützt wird.

„Schwerster Verfassungsbruch“

Was damals im Herbst 2015 über uns hereinbrach und bis heute andauert, sei jedoch nicht nur ein gravierender Verfassungsbruch – sondern der schwerste, den wir in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland jemals erlebt hätten, charakterisiert in diesem Zusammenhang der Staatsrechtler und frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz den skandalösen Sachverhalt ergänzend.

Zurück zu Sieferle, der von der politischen Linken kam (er war zeitweise während seiner Heidelberger Studienzeit dort im SDS-Vorstand) und in seinem Werk den Gesichtspunkt der Sozialstaatlichkeit in anschaulicher Weise mit der Problematik von offenen Grenzen verknüpft: „Man handelt dann wie der Bewohner eines Hauses, der im Winter die Fenster und Türen weit öffnet. Wenn das zur Abkühlung führt, dreht er eben die Heizung weiter auf. Man braucht kein Energieexperte zu sein, um zu erkennen, dass dies auf Dauer nicht geht.“

Und so offenbaren sich in der Migrationskrise nach Einschätzung des Autors

nicht nur die Schwächen und das Scheitern des permissiven, sprich nachgiebigen, Staates, sondern auch die grassierenden Verständnis- und Erklärungsnöte der Öffentlichkeit. Während der deutsche Staat in seiner Führung nach wie vor handlungsunfähig und vor allem auch handlungsunwillig erscheint, vom Zwischenspiel eines

„Dann entartet die Gesellschaft“

Helmut Schmidt
Altbundeskanzler

Horst Seehofers einmal abgesehen („Wir haben im Moment ... eine Herrschaft des Unrechts!“), fehlt es dem medialen Establishment an krisenfesten Begriffen: Der Einbruch der Wirklichkeit wird mit bundesrepublikanischen Wohlfahrtsideen und One-World-Phrasen pseudohumanitär quitiert, sodass die irrsinnige Parole dann lautet: Wohlstand für alle, Grenzen für niemand!

Dabei übersehen die selbsternannten Wohlfahrts-Akteure die Fragilität eines Gemeinwesens, das durch den Sozialstaat getragen wird. Es fußt nämlich auf Prinzipien wie Solidarität und Vertrauen – alles Werte, die in einem Land mit illegaler Masseneinwanderung im höchsten Maße gefährdet sind. Helmut Schmidt, einer der letzten großen deutschen Staatsmänner, schlug – leider nicht nur von seinen sozialdemokratischen Parteigenossen ungehört – in dieselbe Ker-

be, als er 1992 in seinem berühmten Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (Ausgabe vom 12. September) eindringlich vor Einwanderungsgesellschaften warnte: „Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft ... Die Vorstellung, wie sie etwa Heiner Geissler (CDU) jahrelang verbreitet hat, dass wir mehrere Kulturen nebeneinander haben könnten, habe ich immer für absurd gehalten.“

Neben den Kulturkonflikten mit Entartungs-Folgen (Helmut Schmidt), stehen dann die zusätzlichen und absehbaren Sozialkonflikte bei Sieferle im Mittelpunkt, denn: Der Sozialstaat und seine Segnungen lassen sich eben nicht ins Unendliche expandieren. Eigentlich eine ganz einfache Milchmädchen-Rechnung, möchte man meinen. Schließlich mutiert im Globalisierungsstrudel, in dem Ansprüche universale Gestalt annehmen und jeder Ort erreichbar scheint, das Wohlfahrtsversprechen zu einem Anachronismus, dessen Verheißungen für die meisten Migranten uneinlösbar sind.

Rolf Peter Sieferle:

„Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung“, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Waltrop/Berlin 2017, Paperback, 136 Seiten, 16 Euro



● AUFGESCHNAPPT

Wladimir Putin plant anlässlich des 75. Jahrestags der deutschen Kapitulation im Mai eine zweite Jalta-Konferenz und hat schon Einladungen an vier Atomkräfte mit Veto-recht im UN-Sicherheitsrat verschickt. Anders als vor 75 Jahren, als Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin die Aufteilung Deutschlands und die Machtverteilung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg besiegelten, sollen diesmal auch Frankreich und China beteiligt werden. Putin will die Weltmächte erneut zu einem großen Gipfel an einen Tisch zusammenbringen, um für „die Vielzahl internationaler Probleme“ gemeinsam eine Lösung zu finden. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron soll schon zugesagt haben, von China wird ebenfalls eine Zusage erwartet. Wie Donald Trump und Boris Johnson reagieren werden, ist ungewiss. Angesichts der Tatsache, dass für viele osteuropäische Staaten Jalta als Synonym für eine Weltmachtpolitik auf Kosten kleinerer und schwächerer Nationen steht sowie des umstrittenen Krim-Anschlusses dürfte „Jalta 2.0.“ jedoch kaum realisierbar sein. MRK



● STIMMEN ZUR ZEIT

Laut Verfassung sind frei gewählte Abgeordnete unabhängig und nur ihrem Gewissen verpflichtet. Thomas Spahn zeigt sich daher in „Tichys Einblick“ (6. Februar) entsetzt, wie die Bundesführungen von CDU und FDP mit allen Mitteln gegen die Wahlentscheidung ihrer Parteifreunde im Thüringer Landtag vorgehen:

„Der Tag von Thüringen hat den finalen Beweis erbracht, dass das Modell der parlamentarischen Demokratie mit unabhängigen Bürgervertretern der Vergangenheit angehört. Es wurde ersetzt durch eine Parteienautokratie, deren Parlamentsvertreter nur noch willenlose Erfüllungsgehilfen ihrer linkgestrickten Eliten sein dürfen ... Tiefschwarz ist dieser Tag, weil an ihm alles zu Grabe getragen wurde, was an Idealen und Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie als unersetzlich galt.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (5. Februar) stellt Benedict Neff eine interessante Überlegung an:

„Man stelle sich vor, die Rechtspopulisten hätten sich einen Spaß daraus gemacht und Bodo Ramelow ins Amt gewählt – wäre es dann eine Schande für die Linkspartei gewesen? Gäbe es dann Rücktrittsforderungen, und wäre die Demokratie in Gefahr? Es ist generell problematisch, wenn Politiker haftbar gemacht werden für jene, die sie gewählt haben.“

Der Autor Michael Klonovsky weist in seinem Netzstagebuch „acta diurna“ (7. Februar) auf eine interessante historische Parallele hin:

„Die Warnung vor irgendwelchen ‚Nazis‘, ... war auch in der SED und vor allem anno 1989 en vogue, damals war Helmut Kohl einer und mit der Wiedervereinigung drohte das Vierte Reich. Inzwischen hat sich die SED-Diktion bis in die Union durchgesetzt ... Die Warnung vor dem Faschismus ist das konstante Begleitgeräusch jeder beginnenden linken Diktatur (mit Ausnahme der ersten, als deren Gegner der Faschismus überhaupt erst entstand).“

Ulf Poschardt nennt die CDU in der „Welt“ (10. Februar) eine „Partei des schamlosen Zeitgeist-Surfens“ und gibt dafür vor allem der Kanzlerin die Schuld:

„Angela Merkel hat alle innerparteilichen Widersacher erledigt. In der vergangenen Woche nun hat sie eisig und brutal die stets unterschätzte AKK abserviert: Mit Machtwörtern, die so nur sie, aber nicht ihre Nachfolgerin sprechen konnte. Merkel agiert staatsmännisch, aber sie hegt für ihre Partei keinerlei Sympathien mehr. Sie hat sie kalt fallengelassen. Richtig lächeln sieht man sie, wenn sie mit Annalena Baerbock deren opportunistische (aber erfolgreiche) Organisations-Rege-lung im Bundestag besprechen sieht.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Unverzeihlich

Wie man nach dem Putsch seine Haut rettet, und wie AKK Merkels Plan durcheinandergebracht hat

VON HANS HECKEL

Nach dem Putsch folgen die Säuberungen. Es wird abgerechnet mit den Abweichlern. Früher brausten an solchen Tagen schwarze Limousinen durch die Straßen, denen grobe Kerle in dunklen Mänteln entstiegen und „Kommse mit, stellense keine Fragen!“ brummelten. Die Eingesammelten verschwanden in dunklen Löchern oder wurden gar gleich liquidiert.

Diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei. Heute rückt nur noch die Antifa an, beschmiert die Wände von Parteibüros und bedroht die Familie des Weggeputschten, derweil die Führer der siegreichen Putschisten das Land nach weiteren Opfern durchsuchen: „Als nächstes sind Kemmerich, Mohring und Lindner fällig, vorher geben wir keine Ruhe“, so Timon Dzienus, Bundesvorstandmitglied der Grünen Jugend. Auch der frühere CDU-Abgeordnete im EU-Parlament Elmar Brok möchte die Gunst der aufgewühlten Stunde nutzen und klar Schiff machen. Die letzten konservativen Dissidenten in der CDU will er jetzt „mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen“, weil sie wie ein „Krebsgeschwür seien“, das man „abschneiden“ müsse.

Wir sehen: Zumindest die Sprache hat sich seit der Epoche der schwarzen Limousinen kaum verändert. Wie es unter Stalin zur Zeit der berühmten Säuberungen zugeht, beschreibt Wolfgang Leonhard in seinem Bestseller „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ von 1955. Er erzählt dort, wie die Angeklagten in den berühmten Schauprozessen ihre Treue zum Regime und zur „gemeinsamen Sache“ beteuerten und wie manche sogar angebliche eigene Verfehlungen erfunden haben, weil sie hofften, per Selbstanklage ein milderer Urteil zu erwirken.

Ria Schröder, die Chefin der Jungen Liberalen, hat ihren Leonhard offenbar gelesen. Beim Wahlkampf in Hamburg habe jemand sie als „Nazi“ verurteilt, verrät Schröder dem Netzportal der „Zeit“ und reagiert mit einem flehenden Plädoyer, das die erwähnte Selbstanklage gleich mit dem flammenden Treueschwur zur „gemeinsamen Sache“ verbindet. Schröder wörtlich: „Wir müssen aufmerksamer werden gegenüber den vielfältigen Wegen, die sich die AfD sucht, um demokratische Prozesse zu unterwandern, und uns darauf besser vorbereiten. Wir haben die Ereignisse in Thüringen nicht kommen sehen. Da

waren wir nicht wachsam genug.“ Nicht „wachsam genug“ war laut Leonhard eine sehr beliebte Formel der abgenötigten „Selbstkritik“.

Eines hat Ria Schröder auf jeden Fall gelernt: Wenn du vor dem Tribunal stehst, zeige bloß kein Mitleid oder gar Zeichen von Solidarität mit anderen Angeklagten. Im Gegenteil, schmeiß ins Feuer, wen du finden kannst. Die Ankläger mögen Denunzianten. So stellt die Jungliberale die (historisch wie weltanschaulich ziemlich sportliche) Gleichsetzung der AfD mit „Nazis“ im „Zeit-online“-Interview auch mit keiner Silbe in Frage und gelobt stattdessen „klare Abgrenzung“. Wir wollen hoffen, dass der Hechtsprung in den Staub die junge Frau noch einmal rettet.

Es kommt halt darauf an, auch in der fast ausweglosen Klemme eine Spalte zu finden, durch die man entweichen kann. Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Spalte gefunden, sehr zum Unbehagen der Kanzlerin.

Angela Merkel hatte das nämlich ganz anders geplant, und zwar so: Nicht sie, sondern AKK sollte die kommenden Landtagswahlen für die CDU verlieren und dabei jedes Mal ein bisschen kleiner werden. Wenn es dann zur Kür des nächsten Kanzlerkandidaten der Union gekommen wäre, hätte die glücklose Parteichefin schon alle Federn verloren und wäre gar nicht mehr in Frage gekommen.

Um ganz sicher zu gehen, dass AKK im Dreck landet, hat Merkel sie obendrein mit dem Verteidigungsministerium behängt. Kein Ressort ist verminter, keines gefährlicher als dieses, das fast alle seine Chefs in den Abgrund gezogen hat. (Dass von der Leyen danach trotzdem noch Karriere machen konnte, liegt nur an ihrer eigenen Chuzpe, die AKK fehlt, und daran, dass die meisten Medien den Berater-Skandal bemerkenswert tief gehängt haben.) Schließlich sollten die übrigen Aspiranten wie Merz, Laschet oder Spahn wild übereinander herfallen und sich dabei so hässlich machen, dass sie am Ende keiner sehen will.

Dann – aber eben erst dann! – wollte die große Merkel majestätisch aus der Kulisse schreiten und huldvoll verkünden: „Kinder, ihr seht ja: Es geht nicht ohne mich! Also habe ich schweren Herzens beschlossen, mich aus Sorge um das Land und unsere Partei doch noch einmal in die Pflicht nehmen zu lassen und trete daher 2021 erneut zur Kanzlerkandidatenwahl an. Niemand soll glauben, dass mir dieser Entschluss leichtgefallen ist.“

—
Erst wenn alle anderen sich verkämpft haben, wollte die Kanzlerin aus der Kulisse schreiten und sagen: „Kinder, ihr seht ja: Es geht nicht ohne mich!“

Mit diesen Worten wäre das Tor aufgestoßen zu weiteren vier Jahren Kanzlerschaft für Angela Merkel. Doch was ist mit der Groko? Die überlebt die Wahlen Ende nächsten Jahres doch auf keinen Fall, schon wegen des absehbaren Untergangs der SPD.

Richtig, aber das kann Merkel egal sein. Selbst, wenn die Sozen 2021 aus dem Bundestag fliegen, braucht dies die Kanzlerin nicht zu kümmern. Sie kann ihre Macht danach auf eine solide Koalition aus Union, Grünen und Linkspartei stützen. Ein Bündnis, das in unseren bewegten Tagen bereits unübersehbar angebahnt wird.

Und die CDU? Der geht's schließlich auch immer schlechter. Na und? Ebenfalls kein Problem für Merkel: Der Niedergang der CDU läuft ja zeitversetzt zu dem der SPD ab, wird also etwas später zum Ziel kommen. Für Merkel wird's noch reichen, glaubt Merkel.

Übrigens ist man sich in der CDU gar nicht sicher: Hat Merkel die Partei zerstört? Oder ist nicht ausgerechnet sie die Klammer, welche die CDU zusammenhält, weshalb man den Tag ihres Abgangs eher fürchten als herbeisehnen sollte. Na? Was meinen Sie?

Ich sage, die Frau ist beides, Zerstörerin und letzte Klammer zugleich. Die Kanzlerin erscheint in dem Spiel wie ein Riesenkraken, der das Schiff CDU zerquetscht hat. Nachdem es längst zerschmettert ist, wird das Wrack nur noch von den Tentakeln seines eigenen Zerstörers zusammengehalten. Erst, wenn der sich zurückzieht und dafür seinen Würgegriff löst, wird alles auseinanderfallen und auf den Grund sinken, wo die SPD dann schon eine Weile liegt.

Die Kanzlerin benutzt die CDU sozusagen wie eine Endverbraucherin. Wenn sie 2025 tatsächlich in den Ruhestand geht, so ihr bisheriger Plan, kann die CDU ruhig verschwinden, denn dann hätte sie ja sowieso keine Verwendung mehr für diese Partei, also: Deckel auf und weg damit.

Ja, so hätte es kommen sollen. Blöderweise hat AKK ihre triste Rolle in dem Ränkespiel viel zu früh durchschaut. Daraufhin hat sie den ganzen Zeitplan durcheinandergebracht und Merkel damit großen Kummer bereitet, denn nun beginnt das Gerangel um die Kanzlerkandidatur viel zu früh, was Merkel aus dem Rennen werfen könnte. Mit einem schnell berühmt gewordenen Wort der Kanzlerin möchte man sagen: Das, was AKK da getan hat, ist „unverzeihlich“ und müsste „rückgängig gemacht werden“.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.preussische-allgemeine.de

● WORT DER WOCHE

„Die Leute merken, dass die CDU gar keine eigene Strategie mehr hat, sondern sich einfach nur noch durchwurstelt.“

Sahra Wagenknecht (Linkspartei), in der ARD-Sendung „Anne Will“ zum Grund für die Krise der CDU